



2022



STADT MEERBUSCH

Beteiligungsbericht



## Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen.....	4
2	Beteiligungsbericht 2022 .....	6
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes .....	6
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes.....	7
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Meerbusch.....	8
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio.....	9
3.2	Beteiligungsstruktur .....	10
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen .....	11
3.4	Einzeldarstellung .....	12
3.4.1	Stadtwerke Meerbusch GmbH.....	13
3.4.2	Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG .....	25
3.4.3	Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH.....	36
3.4.4	MWEnergy GmbH.....	41
3.4.5	STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG Jamlitz (seit dem 29. August 2023 Iqony Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG) .....	49
3.4.6	Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH .....	58
3.4.7	IT Kooperation Rheinland (Zweckverband).....	63
3.4.8	D-NRW AÖR .....	83
3.4.9	Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG.....	94
3.4.10	GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Kreis Viersen AG .....	102
3.4.11	NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH .....	120
3.5	Übersicht Prüfungsgesellschaften.....	129

# 1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts Anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff.) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommunen, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtliche Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein.

Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

## 2 Beteiligungsbericht 2022

### 2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben sämtliche Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabchluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Meerbusch hat am 13.06.2023 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Meerbusch gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

1. die Beteiligungsverhältnisse,
2. die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
3. eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
4. eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Meerbusch hat am 29.02.2024 den Beteiligungsbericht 2022 beschlossen.

## 2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Meerbusch. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Meerbusch, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Meerbusch durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Meerbusch durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

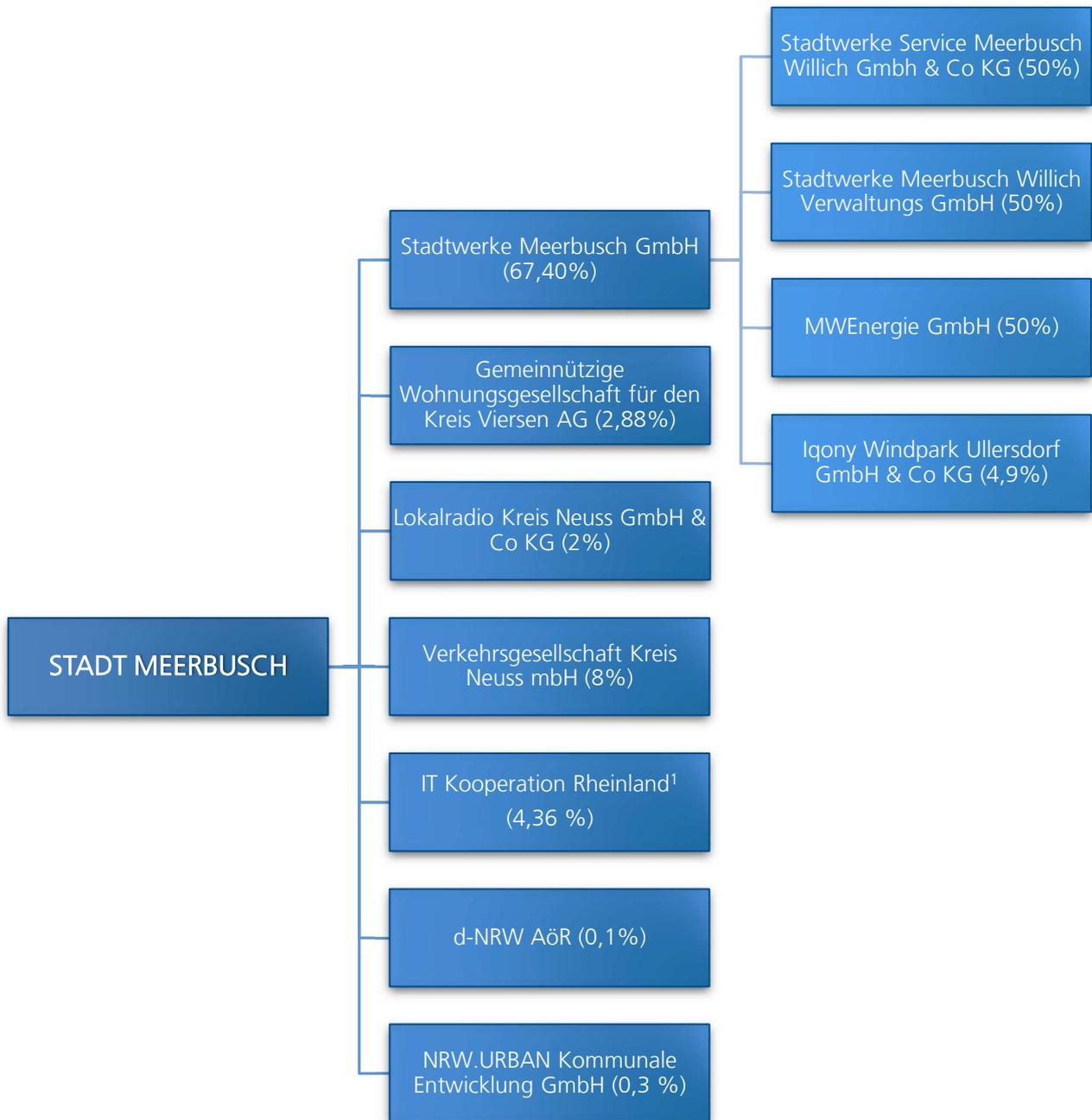
Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Meerbusch insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Meerbusch. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Meerbusch die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Meerbusch unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den im Laufe des Jahres 2023 festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2022. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2022 aus.

### 3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Meerbusch



<sup>1</sup> Die Stadt Meerbusch verfügt im Rahmen der Verbandsversammlung über 2 von insgesamt 57 Stimmen.

### 3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

**STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG Jamlitz (seit dem 29. August 2023 Iqony Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG)**

Die Gesellschafter der STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG haben auf einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 15. Februar 2023 die Umfirmierung der Gesellschaft in Iqony Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG beschlossen. Die Eintragung der Umfirmierung ins Handelsregister steht zum Zeitpunkt der Aufstellung noch aus. Die Umfirmierung der Komplementärin STEAG WEA Ullersdorf GmbH in Iqony WEA Ullersdorf GmbH ist bereits vollzogen.

## 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht der Beteiligungen der Stadt Meerbusch mit Angabe der Beteiligungsverhältnisse und Jahresergebnisse

Lfd. Nr.	Beteiligung	Höhe des Stammkapitals und des Jahresergebnisses am 31.12. 2022	(durchgerechneter) Anteil der Stadt Meerbusch am Stammkapital		Beteiligungsart
		TEURO	TEURO	%	
1	Stadtwerke Meerbusch GmbH Jahresergebnis 2022	10.300 + 7.253	6.942,2	67,4	Unmittelbar
2	Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co KG Jahresergebnis 2022	100 +11.318,2	33,7	33,7	Mittelbar
3	Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH Jahresergebnis 2022	25 + 2	8,4	33,7	Mittelbar
4	MWEnergy GmbH Jahresergebnis 2022	25 + 5	8,4	33,7	Mittelbar
5	Iqony Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG Jahresergebnis 2022	1 +5.023	0,0	3,3	Mittelbar
6	Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss mbH Jahresergebnis 2022	26 0	2,0	8,0	Unmittelbar
7	IT Kooperation Rheinland (Zweckverband) Jahresergebnis 2022	100 +5.894	<sup>2</sup>	<sup>2</sup>	Unmittelbar
8	d-NRW AÖR Jahresergebnis 2022	1.368 0	1,0	0,1	Unmittelbar
9	Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG Jahresergebnis 2022	770 -1,4	15,4	2,0	Unmittelbar
10	Gemeinnützige Wohnungsge- sellschaft für den Kreis Viersen AG Jahresergebnis 2022	32.508 + 5.037	936,6	2,9	Unmittelbar
11	NRW.URBAN Kommunale Ent- wicklung GmbH Jahresergebnis 2022	300 +29	1,0	0,3	Unmittelbar

<sup>2</sup> Die Stadt Meerbusch verfügt im Rahmen der Verbandsversammlung über 2 von insgesamt 57 Stimmen.

### 3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Tabelle 1:

Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Kommunalkonzern Stadt Meerbusch (in TEURO).

	gegenüber	Stadt Meerbusch	Stadtwerke Meerbusch GmbH
Stadt Meerbusch	Forderungen		1,5
	Verbindlichkeiten		351,9
	Erträge		4.850,5
	Aufwendungen		3.280,7
Stadtwerke Meerbusch GmbH	Forderungen	351,9	
	Verbindlichkeiten	1,5	
	Erträge	3.280,7	
	Aufwendungen	4.850,5	

### 3.4 Einzeldarstellung

Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen der Stadt Meerbusch zum 31.12.2022.

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Meerbusch einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Meerbusch mehr als 50 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Wertpapiere des Anlagevermögens“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Unternehmensanteile, die auf Dauer angelegt werden, durch die jedoch keine dauernde Verbindung der Stadt Meerbusch zum Unternehmen hergestellt werden soll. Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 1 nachrichtlich ausgewiesen.
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Meerbusch gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Meerbusch dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Das gilt auch für die städt. Genossenschaftsanteile (Bauverein Meerbusch eG und KoPart eG). Aufgrund dessen werden diese lediglich in Tabelle 2 nachrichtlich ausgewiesen.

<b>Tabelle 2</b>	<b>2022</b>
	T€
<b>Wertpapiere des Anlagevermögens</b>	<b>2.881</b>
- Rhein. Versorgungsfonds	1.936
- Brüll-Houfer-Stiftung	945
<b>Sonstige Ausleihungen</b>	<b>484</b>
- Arbeitgeberdarlehen	36
- Wohnungsbaudarlehen	372
- Genossenschaftsanteile	77

### 3.4.1 STADTWERKE MEERBUSCH GMBH

#### Basisdaten

Sitz: Kaarster Straße 135 in 40670 Meerbusch



Kontakt: Telefon: 02159 9137-333  
 Fax: 02159 9137-269  
 E-Mail: kundenservice@stm-stw.de

Internetauftritt: [www.stadtwerke-meerbusch.de](http://www.stadtwerke-meerbusch.de)

Gründungsjahr: 1995

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die öffentliche Versorgung mit Gas, Wasser und Strom sowie die Betriebsführung für Einrichtungen der Stadt Meerbusch. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten und Anlagen der öffentlichen Energie- und Wasserversorgung verpachten.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der Beteiligung an der Stadtwerke Meerbusch GmbH wird sichergestellt, dass die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Energie zu angemessenen Preisen auf Dauer garantiert werden kann.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	%-Anteil
Stadt Meerbusch	67,40
Stadtwerke Neuss Energie und Wasser Beteiligungs-GmbH	32,60

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Verbindlichkeiten der Stadt Meerbusch gegenüber der Stadtwerke Meerbusch GmbH resultieren aus der Abrechnung der Konzessionsabgabe.

Die Erträge der Stadt Meerbusch setzen sich im Wesentlichen aus der Gewerbesteuer 740,9 T€, der Konzessionsabgabe 1.010,2 T€ und der Gewinnausschüttung 3.073,6 T€ zusammen.

Die Aufwendungen der Stadt Meerbusch beinhalten im Wesentlichen die Lieferung von Strom 2.574,4 T€ und Inkassogebühren für Abwasser 227,4 T€.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

### Vermögenslage

Aktiva			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	78,8	95,7	-16,9
II. Sachanlagen	60.013,2	58.395,4	+1617,8
III. Finanzanlagen	4.681,7	4.681,7	
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	5.733,7	0,0	+5.733,7
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28.689,1	21.639,4	+7.049,7
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.759,3	2.407,4	-648,1
<b>C. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	58,4	87,0	-28,6
<b>Bilanzsumme</b>	101.014,3	87.306,7	+13.707,6

### Kapitallage

Passiva			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Gezeichnetes Kapital	10.300,0	10.300,0	0,0
II. Kapitalrücklage	3.204,9	3.204,9	0,0
III. Gewinnrücklagen	6.894,5	6.744,5	+150,0
IV. Jahresüberschuss	7.253,6	4.710,3	+2.543,3
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>	27,8	35,9	-8,1
<b>C. Empfangene Ertragszuschüsse</b>	5.161,1	5.131,8	+29,3
<b>D. Rückstellungen</b>	4.681,2	2.419,8	+2.261,4
<b>E. Verbindlichkeiten</b>	61.373,8	52.652,3	+8.721,5
<b>F. Passive Rechnungsabgrenzung</b>	2.117,3	2.062,6	+54,7
<b>G. Passive latente Steuern</b>	0,0	44,7	-44,7
<b>Bilanzsumme</b>	101.014,3	87.306,7	+13.707,6

### Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Die Position „Verbindlichkeiten“ enthält „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“. Diese enthalten Restbeträge in Höhe von 557 T€, die durch Ausfallbürgschaften der Stadt Meerbusch gesichert sind.

### Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	53.390,6	49.513,1	+3.877,5
2. sonstige betriebliche Erträge	2.371,5	1.317,1	+1.054,4
Insgesamt	55.762,1	50.830,2	+4.931,9
3. Materialaufwand	39.611,4	38.219,0	+1.972,2
4. Abschreibungen auf immaterielle Ver- mögensgegenstände des Anlagevermö- gens und Sachanlagen	3.866,3	3.690,1	+176,2
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.756,6	1.825,4	+931,2
6. Erträge aus Beteiligungen	2.046,6	74,4	+1972,2
7. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,0	126,0	-126,0
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,6	7,6	-6
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	393,3	397,0	-3,7
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.920,4	1.937,3	-1.983,1
11. Sonstige Steuern	8,7	7,0	+1,7
12. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	7.253,6	4.710,3	+2.543,3

### Kennzahlen

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	26,8	29,6	-2,8
Eigenkapitalrentabilität	45,8	29,0	+16,8
Anlagendeckungsgrad 2	92,1	89,1	+3
Verschuldungsgrad	73,2	70,4	+2,8
Umsatzrentabilität	20,9	13,4	+7,5

### Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2021: 0) für das Unternehmen tätig. Die Betriebsführung erfolgt extern durch die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG.

## Geschäftsentwicklung<sup>3</sup>

### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Stadtwerke Meerbusch GmbH, im folgenden STM genannt, baut und unterhält im Stadtgebiet Meerbusch die Infrastruktur zur Energie- und Wasserversorgung. Daneben hat die STM im Stadtgebiet eine große Anzahl von Kunden, die sie direkt mit Strom, Gas, Wärme und Wasser beliefert. Als Dienstleistungende rechnet die STM für die Stadt Meerbusch das Abwasser ab.

Das Versorgungsgebiet der STM ist im Berichtsjahr mit einer Fläche von 64,4 km<sup>2</sup> unverändert geblieben und umfasst die Ortsteile Büderich, Ilverich, Langst-Kierst, Lank-Latum, Nierst, Ossum-Bösinghoven, Osterath und Strümp. Die Zahl der Einwohner zum 31.12.2022 stieg um 520 auf 59.016 (Vorjahr: 58.496).

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahr unverändert und beträgt 10,3 Mio. €.

Die Kapitalverhältnisse stellen sich somit wie folgt dar:

- 67,4 % Stadt Meerbusch
- 32,6 % Stadtwerke Neuss Energie und Wasser Beteiligungs-GmbH

Die stetige Liberalisierung des Energiemarktes durch die Europäische Union führte auch 2022 dazu, dass die STM ihre strategische Neuausrichtung weiter offensiv realisiert hat.

Die Entwicklung ist geprägt durch die anhaltende Energiewende in Deutschland. Zusammen mit den Beschlüssen zum Energiekonzept der Bundesregierung und den in den vergangenen Jahren durchgeführten Energiegesetznovellierungen ergeben sich immer wieder erhebliche Veränderungen für die Energieversorgung in Deutschland und Europa.

Die Beschaffungskosten an den Energiemärkten sind bis Mitte 2022 stark gestiegen und erreichten am 26.08. ihren Höhepunkt. Gegenüber dem Jahresanfang war eine Steigerung der Preise für Strom und Gas am Terminmarkt von bis um das Achtfache zu verzeichnen.

Nach dieser Hochphase sind die Energiepreise zum Jahresende wieder gefallen. Gegenüber dem Jahresanfang lag die Steigerung aber immer noch beim Zwei- bis Dreifachen. Auslöser der Energiekrise war der Wegfall der leitungsgebundenen Gaslieferungen aus Russland in Richtung EU und der damit verbundenen Sorge vor einer Gasmangellage. Sowohl durch staatliche Eingriffe (Gasspeichergesetz, Verstaatlichung von Unternehmen) als auch Verbrauchsreduktion im Industrie- und Privatsektor konnte diese in Deutschland allerdings verhindert werden.

Die EEG-Umlage ist bei steigenden Stromproduktionsmengen aus den regenerativen Erzeugungsanlagen in 2022 um 2,777 ct/kWh auf 3,723 ct/kWh gesunken (Vorjahr 6,500 ct/kWh). Die EEG-Umlage entfiel ab dem 01.07.2022.

---

<sup>3</sup> Zur Darstellung der Geschäftsentwicklung der Meerbuscher Beteiligungen, wurde in Rahmen dieses Beteiligungsberichts jeweils der entsprechende Lagebericht der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2022 verwendet.

Der gemeinsame Energieeinkauf mit anderen Energieversorgern schafft die Voraussetzung für marktgerechte Verkaufspreise. Diese sowie diverse Kundenbindungsmaßnahmen sind die wesentlichen Ursachen dafür, dass die Abwanderungsquote von Kunden zu Konkurrenten bisher nur ein sehr niedriges Niveau erreichte.

Die STM bezieht seit dem Vertragsende mit der Quantum zum 31.12.2019 ihre Dienstleistungen und Energielieferungen von mehreren neuen Vertragspartnern und plant auch in 2023 weitere Vertragsbeziehungen aufzubauen.

Im März 2014 wurde ein neuer Strom-Konzessionsvertrag mit der Laufzeit ab 01.07.2014 bis zum 30.06.2034 abgeschlossen. Der Wasserkonzessionsvertrag zwischen der Stadt Meerbusch als Konzessionsgeber und der STM als Konzessionsnehmer konnte bereits zum 28.06.2013 für die Laufzeit vom 01.07.2013 bis zum 30.06.2033 neu abgeschlossen werden. Der Gaskonzessionsvertrag wurde im Oktober 2015 für die Laufzeit vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2035 abgeschlossen.

Durch die in 2015 realisierte Beteiligung an einem Windpark mit einer Leistung von 43,2 MW in Ullersdorf/Brandenburg ist die STM in die Produktion regenerativer Energien eingestiegen.

Die STM hat ihr Stromnetz zum 01.01.2019 an die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG verpachtet. Der Pachtvertrag hat eine Vertragsdauer von 5 Jahren und verlängert sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn er nicht zuvor mit einer Kündigungsfrist von zwei Jahren auf das jeweilige Vertragsende gekündigt wird. Das aktuelle Vertragsende ist damit der 31.12.2028.

Die STM verfügt über die nötige Umsatz- und Ertragsstärke, aber auch die notwendige Kompetenz, um sich den Herausforderungen des Wettbewerbs und der fortschreitenden Energiewende vor Ort zu stellen.

#### **Angaben gem. § 6b Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)**

Die STM hat nach Maßgabe des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) einen Tätigkeitsabschluss für die in § 6b Absatz 3 EnWG genannten Tätigkeiten zu erstellen und hierauf im Lagebericht einzugehen (§ 6b Absatz 7 EnWG). Die Tätigkeiten der Gesellschaft umfassen die Strom- und Gasverteilung, das digitale Messwesen, andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors. Für die Tätigkeiten der Strom- und Gasverteilung besteht Offenlegungspflicht.

In der Stromverteilung werden die Tätigkeiten der STM als Netzeigentümer der an die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG verpachteten Stromverteilungsanlagen der Stadt Meerbusch abgebildet.

Grundsätzlich werden die Konten im Rechnungswesen den einzelnen Tätigkeiten direkt zugeordnet. Soweit dies nicht möglich ist, erfolgt eine Zuordnung durch sachgerechte und nachvollziehbare Schlüsselung der Konten.

## Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

### Ertragslage

Die verkaufte Strommenge inkl. der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung in 2022 sank um 8,8 Mio. kWh auf 112,1 Mio. kWh (Vorjahr: 120,9 Mio. kWh). Die aus dem Stromvertrieb resultierenden Umsatzerlöse vor Abzug der Stromsteuer sanken um 1.966,9 T€ auf 24.283,6 T€.

In der Sparte Gasvertrieb minderte sich der Absatz inkl. der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung um 15,1 % auf 219,7 Mio. kWh. Die Umsatzerlöse der Sparte Gas stiegen vor Abzug der Energiesteuer um 16,8 % auf 17.911,3 T€.

In der Sparte Energiedienstleistungen betrug der Wärme- und Kälteabsatz 9,6 Mio. kWh und sank somit um 13,5 % im Vergleich zum Vorjahr (11,1 Mio. kWh). Die Umsatzerlöse aus dem Wärme- und Kälteverkauf sanken um 893,1 T€ auf 2.761,6 T€.

In der Sparte Wasser betrug der Wasserabsatz 2.939,6 Tm<sup>3</sup> und minderte sich somit gegenüber dem Vorjahr um 69,1 Tm<sup>3</sup>. Die Umsatzerlöse stiegen leicht um 30,9 T€ auf 7.146,3 T€.

Die Umsatzerlöse nach Abzug der innerbetrieblichen Leistungen sowie der Energie- und Stromsteuer erreichten einen Wert von 53.390,6 T€ und liegen um 3.877,5 T€ über denen des Vorjahres.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen bei 2.371,5 T€ (Vorjahr: 1.317,1 T€). Die Erhöhung resultiert aus höheren Erstattungen der Aufwendungen im Zusammenhang mit der Marktraumumstellung im Bereich Gas.

Der gesamte Materialaufwand ohne innerbetriebliche Leistungen beträgt 39.611,4 T€ und ist im Vergleich zum Vorjahr in Einklang mit dem Anstieg der Umsatzerlöse um 1.392,4 T€ gestiegen (Vorjahr: 38.219,0 T€).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 2.756,6 T€ und liegen um 931,2 T€ über den Aufwendungen des Jahres 2021. Sie setzen sich im Wesentlichen zusammen aus:

- |   |            |
|---|------------|
| • Kosten der Marktraumumstellung Gas        | 2.002,0 T€ |
| • Forderungsverluste und Wertberichtigungen | 47,4 T€    |
| • Inkasso- und Sperrkosten                  | 49,0 T€    |
| • Werbekosten                               | 142,3 T€   |
| • Beratungsdienstleistungen                 | 115,3 T€   |

Die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Marktraumumstellung betragen in 2022 2.002,0 T€ und liegen mit 844,5 T€ über dem Vorjahr, da die vorbereitenden Maßnahmen für die Marktraumumstellung intensiviert wurden.

Das Finanzergebnis 2022 beträgt 1.654,8 T€ und verbessert sich damit zum Vorjahr um 2.095,9 T€ (Vorjahr -441,1 T€). Dies liegt begründet an dem besseren Ergebnis der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 3.920,4 T€ beinhalten die Steuerlast aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und vermehren sich zum Vorjahr um 1.983,1 T€.

Für 2022 kann ein Jahresüberschuss in Höhe von 7.253,6 T€ (Vorjahr: 4.710,3 T€) ausgewiesen werden. Damit konnte der im Vorjahr für 2022 prognostizierte Wert von 5.010,3 T€ deutlich überschritten werden. Dies resultiert vor allem aus der deutlich über Plan liegenden Gewinnausschüttung der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG.

Die Umsatzrentabilität beträgt 22,6 % (Vorjahr: 13,4 %).

### Finanzlage

Die Analyse der Vermögens- und Kapitalstruktur erfolgt unter Berücksichtigung der in der Bilanz auf der Passivseite ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus erhaltenen Abschlagszahlungen von Energiekunden in Höhe von 9.773,5 T€ im Bereich des kurzfristig gebundenen Vermögens. Nach Abzug dieses Wertes von der Bilanzsumme beträgt das ausgewiesene Gesamtvermögen 91.240,8 T€ (Vorjahr: 77.565,9 T€).

Das langfristige Vermögen hat hier einen Anteil von 71 % und liegt im Schwerpunkt in den Sachanlagen. Finanziert wird das Vermögen durch mittel- und langfristige Darlehen, den Rechnungsabgrenzungsposten, empfangene Ertrags- und Investitionszuschüsse sowie über Eigenkapital.

Das kurzfristig gebundene Vermögen liegt mit 24,7 Mio. € deutlich über dem Vorjahr (12,0 Mio. €). Insgesamt beläuft sich das kurzfristig gebundene Vermögen auf 27,1 % (Vorjahr: 15,5 %) des Gesamtvermögens.

Das Volumen des kurzfristigen Fremdkapitals stieg auf 31,6 Mio. € (Vorjahr: 21,3 Mio. €). Es beträgt 34,6 % (Vorjahr 27,5 %) des Gesamtvermögens und ergibt sich vorwiegend aus der Mehrung der Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsgesellschaften.

Der positive Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit (9.123 T€) kann die negativen Cash-Flows aus der Investitionstätigkeit (-5.530 T€) sowie aus der Finanzierungstätigkeit (-4.947 T€) nicht in voller Höhe kompensieren.

Das Investitionsvolumen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände, der Sachanlagen und der Finanzanlagen beträgt 5.483,5 T€ und liegt 345,8 T€ unter dem Vorjahr. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit 2022 war die Erneuerung und Erweiterung der bestehenden Netzinfrastruktur.

Unter Berücksichtigung der Abschreibungen lag der Buchwert des Anlagevermögens bei 64.773,7 T€ und damit 1.600,9 T€ über dem Wert des Vorjahres (63.172,8 T€).

Kapitalflussrechnung	2022 T€	2021 T€
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	9.123	12.354
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-5.530	-9.112
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	-4.947	-3.144
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-1.354	3.098
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	2.356	-742
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>1.002</b>	<b>2.356</b>
<i>Zusammenfassung des Finanzmittelfonds:</i>		
Liquide Mittel zum Ende der Periode	1.759	2.407
Kurzfristige Kreditaufnahmen (werden auf der Passivseite unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen)	-757	-51
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	1.002	-2.356

### Vermögenslage

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 13.707,6 T€ auf 101.014,3 T€ (Vorjahr: 87.306,7 T€).

Die **Anlagenintensität** liegt bei 71,0 % (Vorjahr: 81,4 %).

Das Eigenkapital beträgt 27.653,1 T€ und hat einen Anteil von 27,4 % an der Bilanzsumme.

Als lang- und mittelfristiges Kapital (Eigenkapital, Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen, empfangene Ertragszuschüsse, Rückstellungen und lang- und mittelfristige Verbindlichkeiten) stehen 65,4 % (Vorjahr: 72,5 %) im Verhältnis zum bereinigten Bilanzvolumen (nach Verrechnung der erhaltenen Anzahlungen mit den Forderungen) zur Verfügung.

### Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement hat das Ziel, frühest möglich Entwicklungen zu erkennen, die den Fortbestand der STM gefährden können. Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) schreibt dessen Einrichtung zwingend vor.

Die Gesellschaft hat das Risikomanagementsystem in die interne Berichtsstruktur integriert; es ist damit Bestandteil des gesamten Planungs-, Steuerungs- und Berichtserstattungsprozess. Chancen und Risiken werden im Rahmen der langfristigen Unternehmensplanung, der jährlichen sowie der unterjährigen Berichte für alle Geschäftsaktivitäten beurteilt.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifiziert die STM regelmäßig alle relevanten Risikopotentiale und bewertet sie nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. So wird eine systematische Analyse der Risikolage ermöglicht. Die Führungs- und Aufsichtsgremien erhalten regelmäßig Informationen über die aktuelle Risikosituation.

Den erkennbaren Risiken wird, soweit notwendig und handelsrechtlich zulässig, durch angemessene Rückstellungen entgegengetreten.

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios lässt für die STM die Aussage zu, dass im Geschäftsjahr 2022 keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben und aus heutiger Sicht auch für die Zukunft nicht erkennbar sind.

Wenn auch keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken erkennbar sind, ist die Geschäftstätigkeit der STM aber mit Risiken, insbesondere im Absatz- und Bezugsbereich, ausgesetzt.

Im Jahr 2022 sind insgesamt 99 aktive Risiken identifiziert, davon 4 A-Risiko mit einer netto Schadenshöhe von 1.117,0 T€ (Vorjahr 1 A-Risiko mit einer netto Schadenshöhe von 100 T€), 20 B-Risiken mit einer netto Schadenshöhe von zusammen 1.381,9 T€ (Vorjahr 17 B-Risiken mit einer netto Schadenshöhe von zusammen 303,3 T€), 75 C-Risiken mit einer netto-Schadenshöhe von 393,3 T€ (Vorjahr 82 C-Risiken mit einer netto Schadenshöhe von zusammen 264,5 T€).

Im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine haben sich die Risiken im Zusammenhang mit der Energiebeschaffung deutlich erhöht. Wir verweisen dazu auf unsere Ausführungen im Prognosebericht.

In den Verteilungsanlagen des Versorgungsbereiches werden technologisch komplexe Anlagen betrieben. Längere Betriebsstörungen oder der Ausfall von Anlagen oder Komponenten könnten die Ertragslage beeinträchtigen. Den Ausfallrisiken wird begegnet, in dem Wartungs-, Instandhaltungs- und Erneuerungsprogramme kontinuierlich optimiert werden. Die technischen Standards werden ständig verbessert. Gegen dennoch eintretende Schadensfälle ist die STM in einem wirtschaftlich sinnvollen Umfang versichert.

Finanzrisiken bestehen insofern, dass kalkulierte Netznutzungsentgelte und/oder Preiserhöhungen durch die staatlichen Regulierungsbehörden oder die zuständigen Kartellbehörden im Gasbereich gekürzt werden. Durch akribische Beachtung aller behördlichen Forderungen wird dieses Risiko weitgehend minimiert.

Kundeninsolvenzen und Forderungsausfälle werden durch interne Sicherungsmethoden und durch angemessene Wertberichtigungen abgedeckt.

Den Wettbewerbsrisiken des Marktes begegnet die Gesellschaft durch Kundenbindungsmaßnahmen, optimierte Preiskalkulationen und eine strukturierte Energiebezugsbündelung. Im Bereich der Strom- und Gasbeschaffung werden Termingeschäfte vereinbart.

Verbindliche Vorgaben im Rahmen des Organisationshandbuchs minimieren operative Risiken. Den sich aus der Ausübung der unternehmerischen Tätigkeiten ergebenden Prozessrisiken wird durch umfangreichen Versicherungsschutz Rechnung getragen.

### **Prognosebericht**

Am 24. Februar 2022 sind russische Truppen in die Ukraine einmarschiert. Diese Invasion hat weitreichende volkswirtschaftliche Folgen und es sind direkte Auswirkungen – insbesondere im Energiesektor – zu beobachten. Die Folgen des Kriegs haben auch Auswirkungen auf das Geschäft der Stadtwerke Meerbusch, insbesondere durch die Anspannung und hohe Volatilität an den Märkten der Strom- und Gasbeschaffung. Im Laufe des Jahres 2022 stiegen die Preise bis in das dritte Quartal ungebremst an; zum Ende des Jahres bis zum Zeitpunkt der Berichterstellung gingen die Preise zwar deutlich, aber auf ein weiterhin sehr hohes Niveau, zurück.

Im Vertrieb werden die Stadtwerke Meerbusch aufgrund der aktuellen Preisentwicklung auf den Energiebeschaffungsmärkten in den Sparten Strom und Gas die Verkaufspreise den Trendentwicklungen anpassen. Es ist zu erwarten, dass künftig Preismaßnahmen in kürzeren Zyklen durchzuführen sind, da die Volatilität der Beschaffungsmärkte in Kombination mit dem Wettbewerbsdruck eine deutliche höhere Preisflexibilität auf der Vertriebsseite erfordern. Ebenso sehen wir eine Fortsetzung und weitere Intensivierung des Trends zur Klimaneutralität im Absatz von Produkten. Die Unsicherheiten in den geopolitischen Entwicklungen werden die Beschaffungsmärkte voraussichtlich weiterhin volatil halten.

Für das Jahr 2023 gehen die Stadtwerke Meerbusch GmbH von Umsatzerlösen in Höhe von 81.800,7 T€ aus, was deutlich über dem Vorjahresniveau liegt. Das verpachtete Stromnetz trägt auf Grund der Investitionsstrategie gegenüber dem Vorjahr zur Steigerung der Umsatzerlöse bei. Im selbst betriebenen Gasnetz hat die Temperaturentwicklung wesentlichen Einfluss auf die Erlöse. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung gehen wir davon aus, dass in 2023 die Erlösobergrenze im Gasnetz erreicht werden wird.

Nach wie vor erfreulich entwickelt sich die Sparte Energiedienstleistungen mit den Geschäftsfeldern Wärme, Photovoltaik und Elektro-Mobilität.

In 2022 konnte die Marktraumumstellung von ca. 11.700 Gasversorgungsgeräte im Netzgebiet Meerbusch für den Betrieb mit Erdgas abgeschlossen werden. Der Schalttermin zur Umstellung der Gasqualität von L-Gas auf H-Gas für das Gebiet Meerbusch war der 06.09.2022.

Trotz der zum Teil deutlich gestiegenen Endverbraucherpreise für Strom, Gas und Wärme konnten bisher keine nennenswerten Steigerungen bei den Forderungsausfällen in den Kundensegmenten der Gesellschaft festgestellt werden.

Auch wenn zum Zeitpunkt der Berichterstellung das Risiko einer Gasmangellage im Versorgungsgebiet im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringer ist, ist nicht auszuschließen, dass durch entsprechende Einflüsse in der Gasversorgung, hier insbesondere die im Extremfall drohende Einstellung der Gaslieferung seitens des vorgelagerten Netzbetreibers, der geplante Jahresüberschuss von 4,855 Mio. € nicht erzielt werden kann.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Aufsichtsrat

<b>Vorsitzender</b>	Werner Damblon Geschäftsführer Softwert GmbH
<b>Stellvertretende Vorsitzende</b>	Dr. Martina Sanfleber Geschäftsführerin, Stadtwerke Neuss Energie und Wasser Beteiligungs-GmbH
<b>Mitglieder</b>	Christian Bommers Bürgermeister der Stadt Meerbusch
	Fabian Hasebrink Bundesbankinspektor
	Ralph Jörgens

	Unternehmensberater
	Thomas Jung Installations- und Heizungsbaumeister
	Stephan Lommetz (ab 16.02.2021) Geschäftsführer, Stadtwerke Neuss Energie und Wasser Beteiligungs-GmbH
	Nicole Niederdellmann-Siemes Diplom-Sozialwissenschaftlerin
	Jürgen Peters Diplom-Sozialpädagoge
	Michael Hartel Leiter Beteiligungsmanagement, Westenergie AG
<b>Mit beratender Stimme</b>	Marc Vanderfuhr Senior Consultant

### Gesellschafterversammlung

<b>Vorsitzender</b>	Werner Damblon Geschäftsführer Softwert GmbH
<b>Stellvertretende Vorsitzende</b>	Dr. Martina Sanfleber Geschäftsführerin, Stadtwerke Neuss Energie und Wasser Beteiligungs-GmbH
<b>Mitglieder</b>	Herbert Becker Diplom-Betriebswirt
	Christian Bommers Bürgermeister der Stadt Meerbusch
	Guido Fliege Diplom-Sozialwissenschaftler
	Thomas Gabernig Glasermeister
	Stephan Lommetz Geschäftsführer, Stadtwerke Neuss Energie und Wasser Beteiligungs-GmbH
	Heidmarie Niegeloh Umwelttechnikerin
	Petra Schoppe Lehrerin

### Geschäftsführung

<b>Geschäftsführung</b>	Tafil Pufja
-------------------------	-------------

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören am 31.12.2022 von den insgesamt 11 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 18,18 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor, da die Gesellschaft keine Mitarbeiter beschäftigt. Die Betriebsführung erfolgt durch die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG.

### 3.4.2 STADTWERKE SERVICE MEERBUSCH WILLICH GMBH & CO. KG

#### Basisdaten

Sitz: Brauereistr. 7 in 47877 Willich

Kontakt: Telefon: 02154 4702-333  
 Telefax: 02154 4702-200  
 E-Mail: kundenservice@stm-stw.de

Internetauftritt: [www.stadtwerke-service.de](http://www.stadtwerke-service.de)

Gründungsjahr: 2008



#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Serviceleistungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung für Versorgungsunternehmen. Die Gesellschaft ist zu allen hiermit sachlich im Zusammenhang stehenden Geschäften berechtigt. Sie kann sich an anderen gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen beteiligen oder solche erwerben sowie Zweigniederlassungen und Tochtergesellschaften errichten.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der mittelbaren Beteiligung wird sichergestellt, dass die Stadt Meerbusch einen Einfluss auf die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Strom, Gas und Wasser erhält.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	%-Anteil
Stadtwerke Meerbusch GmbH	50,00
Stadtwerke Willich GmbH	50,00

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine unmittelbaren Leistungsbeziehungen zur Stadt Meerbusch. Die Gesellschaft ist ausschließlich dienstleistend für Ihre Gesellschafter und deren Tochtergesellschaften tätig.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	94,2	135,7	-41,5
II. Sachanlagen	16.369,9	12.090,2	+4.279,7
III. Finanzanlagen	158,3	204,6	-46,3
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	3.489,5	2.049,1	+1.440,0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.595,1	10.076,0	+13.519,1
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	4.670,4	1.325,6	+3.344,8
<b>C. Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	95,1	91,2	+3,9
<b>Bilanzsumme</b>	48.472,5	25.972,5	+22.500,0
<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	100,0	100,0	0,0
II. Kapitalrücklagen der Kommanditisten	7.627,6	7.627,6	0,0
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	11.318,2	-204,5	+11.522,7
<b>B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</b>	16,0	17,6	-1,6
<b>C. Rückstellungen</b>	5.616,7	3.853,0	+1.763,7
<b>D. Verbindlichkeiten</b>	23.794,0	14.578,8	+9.215,2
<b>Bilanzsumme</b>	48.472,5	25.972,5	+22.500,0

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften: Keine Bürgschaften vorhanden.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	88.899,9	65.899,8	+23.000,1
2. Aktivierte Eigenleistungen	18,9	4,0	+14,9
3. sonstige betriebliche Erträge	947,6	581,3	+366,3
Insgesamt	89.866,4	66.481,0	+23.385,4
4. Materialaufwand	53.897,5	44.917,8	+8.979,7
5. Personalaufwand	14.518,3	14.245,7	+272,6
6. Abschreibungen auf immaterielle Ver- mögensgegenstände des Anlagevermö- gens und Sachanlagen	927,8	1.068,2	-140,4
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	6.328,9	5.748,5	+580,4
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,1	5,0	-0,9
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	193,0	183,9	+9,1
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.652,9	476,0	+2.176,9
11. Sonstige Steuern	34,1	50,5	-16,4
12. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	11.318,2	-204,5	+11.522,7

## Kennzahlen

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	39,4	29,0	+4,9
Eigenkapitalrentabilität	59,4	-2,7	+6,5
Anlagendeckungsgrad 2	170,0	107,0	-40,4
Verschuldungsgrad	154,4	245,0	-69,1
Umsatzrentabilität	12,6	-0,3	+0,6

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 205 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2021: 197) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Alleinige Kommanditisten der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG (SG) sind die Stadtwerke Meerbusch GmbH (STM) und die Stadtwerke Willich GmbH (STW). Diese haben jeweils Kommanditeinlagen in Höhe von 50,0 T€ geleistet.

Die Komplementärin und damit persönlich haftende Gesellschafterin ist die Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH mit Sitz in Willich. Sie erbringt keine Einlage und hat keinen Kapitalanteil. An ihr sind die Muttergesellschaften STM und STW ebenfalls mit jeweils 50 % beteiligt.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von eigenen oder gepachteten Energienetzen und die Erbringung von Serviceleistungen im Bereich der Energie- und Wasserversorgung für Versorgungsunternehmen.

Zum 01.01.2019 wurde der Aufgabenbereich der Gesellschaft um die Rolle des Strom-Verteilnetzbetreibers für die Netzgebiete Meerbusch und Willich erweitert. Das Eigentum an den Stromnetzen ist in der STM und der STW verblieben. Alle netzrelevanten Anlagengüter werden der SG mittels zweier Pachtverträge mit den Muttergesellschaften zur Nutzung überlassen und die Berichtsgesellschaft führt die Stromnetze für die Städte Meerbusch und Willich in eigener Verantwortung. Wesentliche Rahmenbedingungen für die Bewirtschaftung der Stromnetze stellen das Energiewirtschaftsgesetz und seine Verordnungen, insbesondere die Anreizregulierungsverordnung (ARegV) dar.

Die SG baut und betreibt im Rahmen bestehender Betriebsführungsverträge mit ihren Gesellschaftern, der STM und der STW die Gas-, Wasser- und Wärmenetze in den Städten Willich und Meerbusch. Darüber hinaus übernimmt sie die Betriebsführung im Vertrieb der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung der beiden Gesellschafter. Ebenfalls hält sie Betriebsführungsverträge mit der Wasserwerk Willich GmbH (Wasserproduktion), der Wasserversorgung Willich GmbH (Wasserverteilung und -vertrieb) und der MWEnergy GmbH als überregionale Vertriebsgesellschaft für Strom-, Gas- und Wärmeprodukte.

Sämtliche Verwaltungsdienstleistungen werden ebenfalls durch die SG für die oben genannten Gesellschaften erbracht.

Die Vergütung erfolgt maßgeblich über Betriebsführungspauschalen sowie über die Weiterberechnung von Bauleistungen. Die Festsetzung der Betriebsführungspauschalen stellt für die SG einen Anreiz dar, durch Kostensenkungen das Unternehmensergebnis positiv zu beeinflussen.

Weiterhin bleibt es das Ziel des Unternehmens, die bestehende partnerschaftliche Kooperation der beiden Gesellschafter weiter zu festigen, deren Kräfte zu bündeln und gemeinsam neue, innovative Produkte und Dienstleistungen für die Region zu entwickeln.

### Angaben gem. § 6b Abs. 7 Satz 4 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)

Die SG hat nach Maßgabe des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) einen Tätigkeitsabschluss für die in § 6b Absatz 3 EnWG genannten Tätigkeiten zu erstellen und hierauf im Lagebericht einzugehen (§ 6b Absatz 7 EnWG). Die Tätigkeiten der Gesellschaft umfassen die Strom- und Gasverteilung, das digitale

Messwesen, andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors sowie Aktivitäten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors.

In der Stromverteilung werden die Tätigkeiten der SG als Verteilnetzbetreiber der von der STM und STW gepachteten Stromverteilungsanlagen der Stadt Meerbusch und Willich abgebildet. In der Gasverteilung erbringt die SG energiespezifische Dienstleistungen im Rahmen der Betriebsführungsverträge.

Grundsätzlich werden die Konten im Rechnungswesen den einzelnen Tätigkeiten direkt zugeordnet. Soweit dies nicht möglich ist, erfolgt eine Zuordnung durch sachgerechte und nachvollziehbare Schlüsselung der Konten.

### **Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage**

Die bereits unter Geschäfts- und Rahmenbedingungen genannten Betriebsführungsverträge mit den Gesellschaften sind langfristig angelegt und mit der Gründung der Gesellschaft in 2009 geschlossen worden.

Die Pachtverträge über die Stromnetze der STM und STW haben eine Dauer von jeweils 5 Jahren und verlängern sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn sie nicht zuvor mit einer Kündigungsfrist von zwei Jahren auf das jeweilige Vertragsende gekündigt werden. Das aktuelle Vertragsende ist damit der 31.12.2028

Die wirtschaftliche Lage ist stabil, da die Muttergesellschaften über langfristige Konzessionsverträge mit den Städten verfügen und somit entsprechend langfristig die Versorgungsnetze der Städte betreiben können.

### **Personal**

Unter Berücksichtigung der Personalab- und -zugänge im Jahr 2022 sowie weiterer individueller personeller Veränderungen lag der Personalstand inklusive der Geschäftsführung zum 31.12.2022 bei 205 Mitarbeitern, ohne geringfügig Beschäftigte.

Die Personalveränderung zum 31.12.2022 im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich daraus, dass zum einen während des Jahres fünf Mitarbeiter in den Ruhestand gewechselt sind sowie sechs Mitarbeiter ausgeschieden sind. Eine Auszubildende hat dieses Jahr ihre Prüfung bestanden und wurde im Anschluss befristet für ein Jahr eingestellt. Des Weiteren wurden elf unbefristete Arbeitsverhältnisse und fünf befristete Arbeitsverhältnisse im Laufe des Jahres 2022 abgeschlossen. Außerdem wurden noch drei neue Azubis eingestellt – zwei kaufmännische und ein technischer Azubi.

### **Ertragslage**

Die Umsatzerlöse der SG beliefen sich im Jahr 2022 auf insgesamt 88.899,9 T€ (Vorjahr 65.899,8 T€). Diese resultieren hauptsächlich aus dem Geschäftsfeld Verteilnetzbetrieb Strom (40.673,8 T€) sowie aus den Erlösen aus den Betriebsführungsverträgen mit den Mutter- und Schwestergesellschaften (31.429,0 T€). Zudem wurden in 2022 zusätzliche Erlöse aus dem Verkauf von nicht benötigten Gasbezugsrechten an die Gesellschafter (11.675,4 T€) und Verkäufen am Spotmarkt (3.376,9 T€) erzielt.

Die Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen in Höhe von 53.897,4 T€ (Vorjahr: 44.917,8 T€) sind unterproportional zu den Umsätzen gestiegen. Hauptbestandteile der Aufwendungen für Material und bezogene Leistungen sind die EEG-Vergütungen Konzessionsabgaben, Pachtentgelte,

Netzentgeltumlagen und vorgelagerte Netzkosten. Im Rahmen der Betriebsführung sind hier die Kosten der investiven Aufwendungen sowie der Unterhaltungsaufwendungen zu nennen.

Der Personalaufwand beläuft sich auf 14.518,3 T€ (Vorjahr: 14.245,7 T€). Diese Erhöhung resultiert insbesondere aus einer tariflichen Entgelterhöhung, einer Erhöhung der Leistungsprämie und der Neuanstellung von qualifiziertem Fachpersonal.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 6.328,9 T€ (Vorjahr: 5.748,5 T€) beinhalten im Wesentlichen die Kosten der EDV, Rechts- und Beratungskosten, Mieten und Pachten, Betriebskosten für Grundstücke und Gebäude, Kosten für den Jahresabschluss, Werbekosten, Fort- und Weiterbildungskosten sowie der allgemeinen Verwaltung. Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist u.a. auf höhere Weiterberechnungen und aufgestiegene Beratungskosten zurückzuführen.

Das Betriebsergebnis belief sich in 2022 auf 14.194,1 T€ (Vorjahr: 500,9).

Das Finanzergebnis veränderte sich von -178,9 T€ aus dem Vorjahr auf -188,9 T€.

Der Steueraufwand vom Einkommen und Ertrag beträgt 2.652,9 T€ (Vorjahr 476,0 T€) und betrifft in Höhe von 9,3 T€ Vorjahre.

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr beträgt 11.318,2 T€ (Vorjahr -204,5 T€). Dieser liegt deutlich über dem im Vorjahr für 2022 prognostizierten Jahresfehlbetrag von 384,5 T€. Grund hierfür waren insbesondere die oben bereits genannten zusätzlichen Erlöse aus dem Energieverkauf.

Die Umsatzrentabilität verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr von -0,3 % auf 12,6 %.

## Finanzlage

Die Gesellschaft hatte zum Jahresende ein Gesamtvermögen in Höhe von 48.472,5 T€ (Vorjahr 25.972,5 T€).

Der langfristige Vermögensanteil hat hiervon einen Anteil von 34,3 % und liegt im Anlagevermögen. Finanziert ist das Gesamtvermögen zu 60,6 % über Fremdkapital, davon sind 18,9 % mittel- und langfristiges Fremdkapital, 41,7 % kurzfristiges Fremdkapital.

Die im Umlaufvermögen ausgewiesenen liquiden Mittel, Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände und die aktivierten Rechnungsabgrenzungen in Höhe von insgesamt 31.850,0 T€ (Vorjahr 13.541,9 T€) liegen über den kurzfristigen Verbindlichkeiten von 14.788,2 T€. Insgesamt beläuft sich das Umlaufvermögen (einschließlich Rechnungsabgrenzung) auf ca. 65,7 % der Bilanzsumme.

Die Eigenkapitalquote (vor Ergebnisverwendung) beträgt 39,4 % (Vorjahr 29,0 %).

Im abgelaufenen Jahr lag der Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit bei 4.499 T€ (Vorjahr -493 T€) und der Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit bei -5.132 T€. Unter Einbeziehung des Mittelzuflusses aus Finanzierungstätigkeit konnte der Finanzmittelbestand um 3.344 T€ erhöht werden.

Schwerpunkt der Investitionstätigkeit 2022 waren weitere Baukosten im Zuge der Umsetzung des Verwaltungsneubaus an der Gießerallee und der EDV Ausstattung.

Der Finanzmittelbestand beträgt 4.670,4 T€ (Vorjahr 1.325,6 T€). Die Liquidität war auch in 2022 ganzjährig gewährleistet.

Kapitalflussrechnung	2022 T€	2021 T€
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	4.499	-493
Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	-5.132	-4.029
Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	3.978	4.540
Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln	3.344	16
Finanzmittelbestand am 31.12. des Vorjahres	1.325	1.308
<b>Finanzmittelbestand 31.12. des Berichtsjahres</b>	<b>4.670</b>	<b>1.325</b>

## Vermögenslage

Die Bilanz per 31.12.2022 schließt mit einem Volumen von 48.472,5 T€ ab.

Die Sachanlagen liegen mit einem Wert von 16.369,9 T€ über dem Vorjahreswert von 12.090,2 T€.

Im Vergleich zum Vorjahr nahmen die Vorräte um 1.440,4 T€ auf 3.489,5 T€ (Vorjahr: 2.049,1 T€) zu.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit 23.595,1 T€ um 13.519,1 T€ höher als im Vorjahr (10.076,0 T€). Dies ergibt sich schwerpunktmäßig aus der zum Bilanzstichtag bestehenden Forderungen gegen die Muttergesellschaften in Zusammenhang mit dem Verkauf von nicht benötigten Gasbezugsrechten.

Nach Berücksichtigung des Jahresergebnisses ergibt sich ein bilanzielles Eigenkapital zum 31.12.2022 von 19.045,8 T€ (Vorjahr: 7.523,1 T€).

## Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement hat das Ziel, frühestmöglich Entwicklungen zu erkennen, die den Fortbestand der SG gefährden können. Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) schreibt dessen Einrichtung zwingend vor.

Das Risikomanagementsystem wurde in die interne Berichtsstruktur integriert; es ist damit Bestandteil des gesamten Planungs-, Steuerungs- und Berichtserstattungsprozesses. Chancen und Risiken werden im Rahmen der langfristigen Unternehmensplanung, der jährlichen sowie der unterjährigen Berichte für alle Geschäftsaktivitäten beurteilt.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifiziert die Gesellschaft regelmäßig alle relevanten Risikopotentiale und bewertet sie nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. So wird eine systematische Analyse der Risikolage ermöglicht. Die Führungs- und Aufsichtsgremien erhalten regelmäßig Informationen über die aktuelle Risikosituation des Unternehmens.

Den erkennbaren Risiken wird, soweit handelsrechtlich zulässig, durch angemessene Rückstellungen entgegengetreten.

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios lässt für die SG die Aussage zu, dass im Geschäftsjahr 2022 keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben und aus heutiger Sicht auch für die Zukunft nicht erkennbar sind.

Wenn auch keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken erkennbar sind, ist die Geschäftstätigkeit der SG aber Risiken, insbesondere im Bereich der Betriebsführung und des Strom-Verteilnetzbetriebs, ausgesetzt.

Die Kategorisierung der Risiken erfolgt in A-, B- und C-Risiken. Die Kategorisierung erfolgt nach möglicher Schadenshöhe in Verbindung mit der Eintrittswahrscheinlichkeit und den Maßnahmen aus den Risikobewältigungsstrategien. Im Jahr 2022 sind insgesamt 49 aktive Risiken identifiziert, davon 3 A-Risiken, 6 B-Risiken und 40 C-Risiken.

Zum 01.01.2019 hat die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG Pachtverträge für die Stromnetze der STM und STW geschlossen. Die Pachtverträge verlängern sich jeweils um weitere fünf Jahre, wenn sie nicht zuvor mit einer Kündigungsfrist von zwei Jahren auf das jeweilige Vertragsende von einer Vertragspartei gekündigt wird. Somit geht die Laufzeit der Verträge zum Stand der Berichterstattung bis zum 31.12.2028. Die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG führt die Betriebsführung der Stromnetze in eigener Verantwortung durch.

Die Risiken der Kündigung der Betriebsführungsverträge und damit der Verlust der Geschäftsgrundlage sind durch den Verbund des Unternehmens mit der STM und der STW äußerst gering.

Finanzielle Risiken werden durch die Erstellung des jährlichen Wirtschaftsplanes, laufende Überwachung der Planzahlen und der kurz- und mittelfristigen Liquidität überwacht.

Verbindliche Vorgaben im Rahmen des Organisationshandbuchs minimieren operative Risiken. Gegen eventuelle Regressforderungen von Dritten, z.B. aus Bauaktivitäten, ist das Unternehmen versichert. Gegenüber den Auftraggebern besteht kein Erstattungsrisiko, da in den jeweiligen Betriebsführungsverträgen festgelegt ist, dass die SG nur in dem Falle und in der Höhe eine Schadensersatzforderung erfüllen muss, wenn und soweit die Versicherung der Servicegesellschaft diesen Schadensausgleich anerkennt und übernimmt.

Dem Risiko aus der Abwanderung von Personal und dem damit einhergehenden Verlust von Know-How, fehlenden Redundanzen und erhöhten Kosten für die Personalbeschaffung wird mit diversen Maßnahmen im Personalbereich begegnet. So werden zentrale Aufgabenbereiche möglichst redundant besetzt. Know-How Transfer erfolgt durch Prozessdokumentation im Organisationshandbuch. Durch Mitarbeiterbindungsmaßnahmen wie Schulungen, Bonussysteme und regelmäßige Personalgespräche wird Vorsorge gegen die Abwanderung von Personal getroffen.

Den sich aus der Ausübung der unternehmerischen Tätigkeiten ergebenden Prozessrisiken wird durch umfangreichen Versicherungsschutz Rechnung getragen.

Die Risikolandschaft der SG im Jahr 2022 ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Bewertungen sind soweit notwendig angepasst worden.

Die wirtschaftliche Lage der Muttergesellschaften wurde durch die im Februar 2022 ausgelöste Ukraine-Krise bisher nicht negativ beeinflusst.

Zum Zeitpunkt der Berichterstattung sind negative Einflüsse bei beiden Muttergesellschaften nicht festzustellen. Preisanpassungen bei Strom- und Gaskunden wurden bereits umgesetzt und sind auch weiterhin in Planung. Auswirkungen auf die Tätigkeit im Stromverteilnetzbetrieb sind im Rahmen der Ukraine-Krise bisher nicht festgestellt worden.

## Prognosebericht

Bei der Aufstellung des Lageberichts Ende April 2023 waren der Fortgang des am 24.02.2022 begonnenen Ukraine-Krieges und seine Folgen weiterhin nicht absehbar. Bisher ist es nicht zu relevanten Materialverknappungen im Bausektor der Versorgungswirtschaft gekommen. Die im Lager der SG geführten Materialbestände sind ausreichend um die anliegenden Bauprojekte zu realisieren. Die von der SG beauftragten Dienstleister sind regional ansässige Unternehmen. Wir gehen zum Zeitpunkt der Berichterstattung nicht von einer Beeinträchtigung der Geschäftsentwicklung aus.

Das neue Verwaltungsgebäude konnte mit der Eröffnungsfeier am 09.03.2023 den Mitarbeitern zur Nutzung übergeben werden. Notwendige Restarbeiten werden aller Voraussicht nach bis zur Mitte des Jahre 2023 abgeschlossen sein. Die Baukosten des Gebäudes konnten trotz der eingetretenen Verzögerungen im 2. Halbjahr 2022 deutlich unter Budget gehalten werden.

Die L-H-Gas-Marktraumumstellung läuft weiterhin planmäßig. Im Netzgebiet der Stadt Meerbusch erfolgte die Umstellung mit dem Schalttermin am 06.09.2022. In Willich (Ortsteil Anrath) ist der letzte Schalttermin auf H-Gas für den 05.09.2023 geplant. Die Umstellung von L-Gas auf H-Gas kann somit im Netzgebiet Willich im September 2023 abgeschlossen werden.

Neben diesen laufenden oder anstehenden Sonderaktionen bleibt das Thema Digitalisierung auch im Jahr 2023 im Fokus. Die Pflichtaufgaben Zertifizierung eines Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) sowie Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen durch die Datenschutzgrundverordnung werden weiter fortgeführt. Die Digitalisierung des Arbeitsplatzes und der Arbeitsbereiche wird in 2023 zur weiter steigenden Effizienz des Home-Office Arbeitsplatzes beitragen.

Mit Beendigung der Corona Pandemie Anfang April 2023 sind alle Einschränkungen, die im Zuge der Pandemie ergriffen wurden, ebenfalls beendet worden. Weiterhin werden Aufgaben aus dem Home-Office wahrgenommen und Besprechungstermine als Webkonferenzen durchgeführt. Dies jedoch nicht vor dem Hintergrund der Pandemie, sondern im Zuge der Digitalisierung des Arbeitsplatzes.

Die bereits für 2022 geplante Online-Schaltung des überregionalen Vertriebes für Strom und Gas wurde bis auf weiteres ausgesetzt. Die nur schwer einzuschätzende Entwicklung an den Beschaffungsmärkten für Strom und Gas lässt ein Go-Live des Online-Handels zurzeit nur unter erhöhten Risiken durchführbar erscheinen. Sobald sich die Rahmenparameter stabilisieren wird das Geschäftsmodell neuerlich aufgegriffen. Im Wirtschaftsplan 2023 ist diese Entwicklung bereits berücksichtigt, so dass hier keine Veränderungen zum geplanten Jahresergebnis 2023 zu erwarten sind.

Mit den in 2021 mit der Westnetz GmbH getroffenen Vereinbarungen zur Übertragung der Erlösobergrenze zum Stromnetzbetrieb in den Städten Willich und Meerbusch gibt es Planungssicherheit hinsichtlich der festzulegenden Strom-Netzentgelte. Die im Plan 2023 angenommenen Werte zu den zu realisierenden Stromnetzerlöse basieren auf der getroffenen Vereinbarung. Vor dem Hintergrund fixer Strukturdaten im Stromnetz und stabiler Mengenverläufe ist von einem Erreichen der Planergebnisse für 2023 auszugehen.

Die Entwicklung des Jahres 2023 verläuft trotz der Ukraine Krise bisher planmäßig. Insbesondere die Ukraine Krise hat nicht unerheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Rohstoffpreise und der Verfügbarkeit von Material. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung ist nicht auszuschließen, dass durch entsprechende Einflüsse der geplante Jahresfehlbetrag von 412,6 T€ noch unterschritten werden könnte.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Aufsichtsrat

<b>Vorsitzender</b>	Werner Damblon Geschäftsführer Softwert GmbH
<b>1. Stellvertretender Vorsitzender</b>	Guido Görz Mitglied des NRW Landtages
<b>2. Stellvertretende Vorsitzende</b>	Dr. Martina Sanfleber Geschäftsführerin, Stadtwerke Neuss Energie und Wasser Beteiligungs-GmbH
<b>Mitglieder</b>	Christian Bommers Bürgermeister Stadt Meerbusch
	Hans-Joachim Donath Landesbeamter
	Michael Hartel Leiter Teilnehmungsmanagement und –service, Westenergie AG
	Thomas Jung Installations- und Heizungsbaumeister
	Stephan Lommetz Geschäftsführer Stadtwerke Neuss Energie & Wasser Beteiligungs-GmbH
	Andreas Müller Lehrer
	Christian Pakusch Bürgermeister Stadt Willich
	Jürgen Peters Diplom-Sozialpädagoge
	Christian Winterbach Bauingenieur
<b>Mit beratender Stimme</b>	Dr. Raimund Berg Kämmerer und Beigeordneter der Stadt Willich
	Marc Vanderfuhr Senior Consultant Stadtwerke Neuss Energie & Wasser Beteiligungs-GmbH

### Vertreter der Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung

Christian Bommers	Bürgermeister Stadt Meerbusch
Christian Pakusch	Bürgermeister Stadt Willich

## Geschäftsführung

Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer, Herrn Tafil Pufja.

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören am 31.12.2022 von den insgesamt 14 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 7,14 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan liegt für den Zeitraum 2023-2026 vor.

### 3.4.3 STADTWERKE SERVICE MEERBUSCH WILlich VERWALTUNGS GMBH

#### Basisdaten

<u>Sitz:</u>	Brauereistraße 7 in 47877 Willich
<u>Kontakt:</u>	Telefon: 02154 4702-0 Fax: 02154 4702-302 E-Mail: kundenservice@stm-stw.de
<u>Internetauftritt:</u>	www.stadtwerke-service.de
<u>Gründungsjahr:</u>	2008

#### Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft ist Komplementärin der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG. Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der mittelbaren Beteiligung wird sichergestellt, dass die Stadt Meerbusch einen Einfluss auf die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Strom, Gas und Wasser erhält.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	%-Anteil
Stadtwerke Meerbusch GmbH	50,00
Stadtwerke Willich GmbH	50,00

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Stadt Meerbusch bestehen keine Finanz- und Leistungsbeziehungen.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	<b>2022</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	40,4	37,2	+3,2
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	13,7	14,4	-0,7
<b>Bilanzsumme</b>	<b>54,2</b>	<b>51,6</b>	<b>+2,6</b>
<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	<b>2022</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>	<b>49,3</b>	<b>47,2</b>	<b>+2,1</b>
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>2,9</b>	<b>3,4</b>	<b>-0,5</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>1,9</b>	<b>1,0</b>	<b>+0,9</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>54,2</b>	<b>51,6</b>	<b>+2,6</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften: Keine Bürgschaften vorhanden.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	3,1	4,1	-1,0
2. sonstige betriebliche Erträge	2,5	2,5	0,0
Insgesamt	5,6	6,6	-1,0
3. sonstige betriebliche Aufwendungen	3,1	4,1	-1,0
4. Betriebsergebnis	2,5	2,5	0,0
5. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,4	0,4	0,0
6. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	2,1	2,1	0,0

## Kennzahlen

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	91,0	91,5	-0,5
Eigenkapitalrentabilität	4,3	4,5	-0,2
Anlagendeckungsgrad <sup>2</sup> 4	-	-	-
Verschuldungsgrad	9,8	9,3	+0,5
Umsatzrentabilität	67,6	51,2	+16,4

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2021: 0) für das Unternehmen tätig. Die Betriebsführung erfolgt extern durch die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG.

## Geschäftsentwicklung

### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH ist ein Tochterunternehmen der Stadtwerke Meerbusch GmbH und der Stadtwerke Willich GmbH. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 € seit dem 10.07.2008 und verteilt sich zu jeweils 50 % auf die beiden oben genannten Muttergesellschaften.

<sup>4</sup> Die Gesellschaft besitzt kein Anlagevermögen.

Unternehmensgegenstand der Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG, die u.a. die Erbringung von Serviceleistungen im Bereich der Energie und Wasserversorgung für Versorgungsunternehmen zum Gegenstand hat.

## **Organe**

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. Geschäftsführung
2. Gesellschafterversammlung

## **Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage**

Sämtliche Aufwendungen aus der Geschäftsführungstätigkeit werden der Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH erstattet. Gleichzeitig erhält sie eine Haftungsvergütung von 10 % auf das eingezahlte Stammkapital. Damit wird langfristig Eigenkapital aufgebaut.

Die Eigenkapitalquote sank marginal aufgrund des Zugangs der kurzfristigen Verbindlichkeiten auf 91,0 % (Vorjahr 91,5 %).

Die Guthaben bei Kreditinstituten zum Bilanzstichtag betragen 13.725,02 € (Vorjahr 14,4 T€).

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.104,38 € aus, der nach dem Ergebnisverwendungsvorschlag der Geschäftsführung auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Der Jahresüberschuss entspricht somit dem in 2021 prognostizierten Wert.

## **Chancen- und Risikobericht**

Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gesellschaft sind aus der Geschäftsführungstätigkeit nicht abzuleiten. Die Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH ist als Mitversicherungsnehmerin durch den umfangreichen Versicherungsschutz der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG abgesichert.

Die Überprüfung des aktuellen Risikoszenarios lässt die Aussage zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben und nach gegenwärtigem Erkenntnisstand auch für die Zukunft nicht erkennbar sind.

## **Prognosebericht**

Die Geschäftsführung erwartet für das Geschäftsjahr 2023 ein positives Ergebnis in Höhe des Ergebnisses des Geschäftsjahres 2022.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Vertreter der Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung

Christian Bommers	Bürgermeister Stadt Meerbusch
Christian Pakusch	Bürgermeister Stadt Willich

### Geschäftsführung

Tafil Pufja	Geschäftsführer
-------------	-----------------

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Es ist kein Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen vorhanden.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor, da die Gesellschaft keine Mitarbeiter beschäftigt. Die Betriebsführung erfolgt durch die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG.

### 3.4.4 MWENERGY GMBH

#### Basisdaten

Sitz: Kaarster Straße 135 in 40670  
Meerbusch

Kontakt: Telefon: 02159 9137-111  
E-Mail: info@mwenergy.de

Internetauftritt: www.mwenergy.de

Gründungsjahr: 2008



#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Energie und damit zusammenhängende Dienstleistungen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der mittelbaren Beteiligung wird sichergestellt, dass die Stadt Meerbusch einen Einfluss auf die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Strom, Gas und Wasser erhält.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	%-Anteil
Stadtwerke Meerbusch GmbH	50,00
Stadtwerke Willich GmbH	50,00

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine unmittelbaren Leistungsbeziehungen zur Stadt Meerbusch. Die Gesellschaft ist ausschließlich dienstleistend für Ihre Gesellschafter und deren Tochtergesellschaften tätig.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	<b>2022</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Sachanlagen	220,8	248,5	-27,7
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	842,5	458,3	+384,2
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	167,1	84,0	+83,1
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.230,4</b>	<b>790,8</b>	<b>+439,6</b>

<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	<b>2022</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>	180,8	175,6	+5,2
<b>B. Rückstellungen</b>	250,0	199,9	+50,1
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	799,6	415,3	+384,3
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.230,4</b>	<b>790,8</b>	<b>+439,6</b>

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften: Keine Bürgschaften vorhanden.

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	<b>2022</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	1.806,6	1.056,1	+750,5
2. sonstige betriebliche Erträge	1,9	0,5	+1,4
Insgesamt	1.808,6	1.056,6	+752,0
3. Materialaufwand	1.760,4	1.007,2	+753,2

4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	27,8	30,8	-3,0
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	12,3	11,6	+0,7
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,2	0,3	-0,1
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2,7	0,0	+2,7
8. Sonstige Steuern	0,0	1,12	-1,12
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	5,2	6,7	-1,5

## Kennzahlen

	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	14,7	22,2	-7,5
Eigenkapitalrentabilität	2,9	3,8	-0,9
Anlagendeckungsgrad 2	124,9	117,7	+7,2
Verschuldungsgrad	580,4	350,3	+230,1
Umsatzrentabilität	0,3	0,6	-0,3

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2021: 0) für das Unternehmen tätig. Die Betriebsführung erfolgt extern durch die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG.

## Geschäftsentwicklung

### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft übernimmt seit 2014 als überregional tätige Tochtergesellschaft der Stadtwerke Willich GmbH und der Stadtwerke Meerbusch GmbH den Strom-, Gas- und Wärmevertrieb in den Netzgebieten außerhalb der Städte Willich und Meerbusch.

Die Gesellschaft ist primär aus strategischen Erwägungen gegründet worden. Weil die Gesellschafter Stadtwerke Willich GmbH und Stadtwerke Meerbusch GmbH vertrieblich ausschließlich in ihren Stadtgebieten aktiv sind, können diese keine Kunden außerhalb dieser Stadtgebiete beliefern. Dies könnte in einigen Fällen aber erforderlich sein, da manche Bestandskunden Zweigstellen oder Nebenbetriebe außerhalb der Städte haben und für diese ebenfalls ein Angebot erwarten. Grundsätzlich könnten die Gesellschafter dieses Angebot unterbreiten, ungeklärt ist aber, welcher Gesellschafter diesen Kunden beliefern würde.

Des Weiteren wird mit der Gründung das Ziel verfolgt, auf eventuelle vertriebliche Entwicklungen reagieren zu können. Sollte es zu massiven Kundenverlusten bei den Gesellschaftern kommen, muss durch externe Aktivitäten hierauf reagiert werden können. Dies kann durch die problematische Zuordnung von Neukunden auf die Mütter besser durch eine gemeinsame Gesellschaft erfolgen.

Die MWEnergy GmbH bietet darüber hinaus allen außerhalb der Versorgungsgebiete wohnenden Mitarbeitern der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG die Möglichkeit, Energie von einer mit ihrem Arbeitgeber verbundenen Gesellschaft zu beziehen.

## **Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage**

### **Ertragslage**

In der Sparte Strom konnten im vergangenen Geschäftsjahr erfolgreich Kunden akquiriert werden. Hieraus resultieren deutliche Umsatzsteigerungen.

Die Abgabemenge im Bereich Strom betrug 4.382,9 MWh und weicht um 1.740,8 MWh vom Vorjahr in Höhe von 2.642,1 MWh ab. Daraus ergeben sich Umsatzerlöse in Höhe von 1.213,0 T€, die zu einer Erhöhung von 712,8 T€ zum Vorjahreswert in Höhe von 500,2 T€ führen.

Im Bereich des Gasverkaufes wurden 8.579,9 MWh an Kunden geliefert. Im Vorjahr waren es 11.544,0 MWh. Die Umsatzerlöse betragen hier 450,8 T€ und liegen 30,1 T€ über dem Wert des Vorjahres von 420,7 T€.

Im Geschäftsfeld Wärme sank der Absatz in 2022 um 224,5 MWh auf 491,6 MWh (Vorjahr: 716,1 MWh). Daraus ergeben sich, unter zusätzlicher Berücksichtigung von Einspeiseerlösen eines Blockheizkraftwerkes, Umsatzerlöse in Höhe von 135,5 T€ (Vorjahr: 109,7 T€).

Der Aufwand für Material und bezogene Leistungen in Höhe von 1.760,4 T€ beinhaltet hauptsächlich Kosten für den Bezug von Strom und Gas und stieg im Vergleich zum Vorjahr um 753,2 T€. Dieser Anstieg liegt ebenfalls in dem erhöhten Beschaffungsvolumen für die Kunden im Stromsegment begründet. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 12,3 T€ (Vorjahr: 11,6 T€) resultierten überwiegend aus den Kosten für die Prüfung des Jahresabschlusses und Beratungsleistungen.

Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 T€ verbessert und liegt bei 8,1 T€. Das Geschäftsjahr 2022 schloss mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 5,2 T€ ab (Vorjahr: 6,7 T€) und liegt somit unter der Prognose des Vorjahres von 13,2 T€. Diese Abweichung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Materialaufwandsquote im Verhältnis zu den Umsatzerlösen gestiegen ist.

### **Finanzlage**

Das Investitionsvolumen beträgt 0,0 T€, da im Jahr 2022 keine Investitionen getätigt wurden. Die im Umlaufvermögen ausgewiesenen Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von 1.009,7 T€ liegen über dem kurzfristigen Fremdkapital von 703,6 T€.

Die Rückstellungen haben einen Anteil von 20,4 % an der Bilanzsumme.

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft liegen im Verhältnis zur Bilanzsumme zu 57,2 % im Kurzfristbereich. Der Anteil der langfristigen Verbindlichkeiten beträgt 7,7 %.

Die Liquidität war ganzjährig gewährleistet.

## Vermögenslage

Die Bilanzsumme stieg gegenüber dem Vorjahr um 439,6 T€ auf 1.230,4 T€ (Vorjahr: 790,8 T€). Gegenüber dem Vorjahr mindert sich das Sachanlagevermögen um 27,7 T€ auf 220,8 T€ (Vorjahr: 248,5 T€). Sein Anteil an der höheren Bilanzsumme sinkt um 13,5 % auf 17,9% (Vorjahr: 31,4 %). Das Eigenkapital beträgt 180,8 T€ und hat einen Anteil von 14,7 % an der Bilanzsumme (Vorjahr: 22,2 %).

## Chancen- und Risikobericht

In Anlehnung an die gesetzlichen Regelungen des Aktiengesetzes (§ 91 Abs. 2 AktG) wird regelmäßig eine alle Bereiche des Unternehmens umfassende Risikoinventur durchgeführt.

Unterjährig werden alle den Geschäftszweck gefährdenden Risiken intensiv beobachtet. Neue Erkenntnisse führen somit zeitnah zu geänderten Maßnahmen und Anpassungen.

Risiken, die die Entwicklung oder den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, sind nicht erkennbar.

Finanzielle Risiken werden durch die Erstellung eines jährlichen Wirtschaftsplanes, die laufende Überwachung der Planzahlen und der kurz- und mittelfristigen Liquidität überwacht.

Der im Zusammenhang mit der Betriebsführung der Gesellschaft abgeschlossene Vertrag mit der Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG gestattet einen flexiblen Aufbau des angestrebten Kundenstamms.

Die Energiebeschaffung erfolgt wegen der Geringfügigkeit der Mengen durch Beistellung der Energiemengen über den Bilanzkreis der Stadtwerke Willich GmbH. Dadurch sind die Risiken hoher Dienstleistungsentgelte für die Beschaffung geringer Strom- und Gasmengen ausgeschlossen.

Die Überprüfung des aktuellen Risikoszenarios lässt die Aussage zu, dass im abgelaufenen Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken bestanden haben.

Im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine haben sich die Risiken im Zusammenhang mit der Gasbeschaffung deutlich erhöht. Wir verweisen dazu auf unsere Ausführungen im Prognosebericht.

Chancen ergeben sich für die MWEnergy weiterhin durch neue Projekte in der Wärmeproduktion und dem Wärmevertrieb, mit denen Potenziale zur Ergebnisverbesserung umgesetzt werden. Diese sind vor dem Hintergrund der strategischen Ausrichtung des Unternehmens weiterhin noch als punktuelle Aktionen zu verstehen, und damit nicht in einen systematischen Innovationsmanagement-Prozess eingebunden.

## Prognosebericht

Für das Jahr 2023 erwartet die MWEnergy Umsatzerlöse (exkl. Energie- und Stromsteuer) in Höhe von 2.932,4 T€. Die erwarteten Umsatzerlöse liegen somit um ca. 62,3 % (ca. 1.125,8 T€) über den Umsatzerlösen 2022. Dem stehen entsprechend höhere Beschaffungskosten gegenüber, so dass der geplante Rohertrag im Jahr 2023 mit 95,8 T€ 47,6 T€ höher als im Jahr 2022 erwartet wird.

Der im Plan unterstellte Umsatzzuwachs resultiert insbesondere durch in 2023 realisierte kundenseitige Preisanpassungen infolge der gestiegenen Beschaffungskosten.

Die Beschaffungskosten sind an der EEX-Börse im Jahresverlauf 2022 rückläufig. Da sowohl die Beschaffungskontrakte für Bestandskunden für 2022 bereits geschlossen und die Kundenverträge entsprechend fixiert sind, haben diese Preis-Entwicklungen keinen wesentlichen Einfluss auf die Umsatz- und Ergebnisziele.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt nach wie vor im Bereich der Groß- und Sonderkunden, auch wenn hier die Margen nach wie vor niedrig sind. Das Ziel ist weiterhin primär der Aufbau tragfähiger Geschäftsbeziehungen, aus denen sich zukünftig eine Verbesserung des Ergebnisses generieren lässt.

Eine offensivere Positionierung der MWEnergy im Marktsegment der Groß- und Sonderkunden erscheint weiterhin wenig erfolgversprechend. Hier bleibt die Gesellschaft passiv und wächst lediglich um einige „Zufallskunden“.

Durch die Corona-Pandemie wurden im Jahr 2022 keine nennenswerten Forderungsausfälle im Kundensegment der Gesellschaft festgestellt. Die Pandemie wurde im April 2023 für beendet erklärt. Es gab bezogen auf die Pandemie keine nennenswerten Auswirkungen für die Gesellschaft.

Die durch den russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 angespannte politische Situation besteht weiterhin. Die Situation an den Beschaffungsmärkten konnte durch die Schaffung alternativer Versorgungswege insbesondere bei der Gasbeschaffung aber auch durch verstärkte Einsparungen beim Verbraucher beruhigt werden. Dies führt zu sinkenden Preise bei der Strom- und Gasbeschaffung.

Die im Rahmen der sukzessiven Beschaffung seitens der Stadtwerke Willich GmbH für die MWEnergy für 2022 beschafften Strom- und Gasmengen sichern die Preissituation für bestehende Versorgungsverträge ab. Bei den bestehenden Strom-Versorgungsverträgen sind die entsprechenden Mengen bereits seitens der Stadtwerke Willich GmbH für die MWEnergy für 2022 beschafft. Bei Versorgungsverträgen, die in 2022 neu abgeschlossen werden, wird die Beschaffungssituation entsprechend in den Verträgen berücksichtigt. Bei den bestehenden Gas-Versorgungsverträgen sind die entsprechenden Mengen ebenfalls unter den angenommenen Rahmenbedingungen zu Abnahmestruktur und Temperaturerwartung bereits seitens der Stadtwerke Willich GmbH für die MWEnergy für 2022 beschafft. Abweichungen von den angenommenen Rahmenbedingungen zu Abnahmestruktur und Temperaturerwartungen können zu Nach- bzw. Abverkäufen von Gasmengen führen. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung liegen keine Kenntnisse zu nennenswerten Abweichungen im Gasabsatz vor, so dass wir hier bis auf weiteres nicht von Einflüssen auf das Jahresergebnis ausgehen.

Die Entwicklung des Jahres 2022 verläuft trotz der weiterhin bestehenden Ukraine Krise bisher planmäßig. Insbesondere hat die Ukraine Krise nicht unerheblichen Einfluss auf die Energiemärkte und damit auf die Beschaffungssituation. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung ist trotz der oben beschriebenen Beschaffungsstrategie nicht auszuschließen, dass durch entsprechende Einflüsse in der Gasversorgung der geplante Jahresüberschuss von 13,3 T€ nicht erzielt werden kann.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Aufsichtsrat

<b>Vorsitzender</b>	Guido Görtz Mitglied des NRW Landtages
<b>1. Stellvertretender Vorsitzender</b>	Werner Damblon Geschäftsführer Softwert GmbH
<b>2. Stellvertretende Vorsitzende</b>	Dr. Martina Sanfleber Geschäftsführerin Stadtwerke Neuss E. & W. Bet.- GmbH
<b>Mitglieder</b>	Christian Bommers Bürgermeister Stadt Meerbusch
	Michael Hartel Leiter Beteiligungsmanagement und -service, Westenergie AG
	Thomas Jung Installations- und Heizungsbaumeister
	Stephan Lommetz Geschäftsführer Stadtwerke Neuss Energie & Wasser Beteiligungs- GmbH
	Andreas Müller Lehrer
	Christian Pakusch Bürgermeister Stadt Willich
	Hendrik Pempelfort Wissenschaftlicher Mitarbeiter / Pressestelle
	Jürgen Peters Diplom-Sozialpädagoge
	Christian Winterbach Bauingenieur
<b>Mit beratender Stimme</b>	Dr. Raimund Berg Kämmerer und Beigeordneter der Stadt Willich
	Marc Vanderfuhr Senior Consultant Stadtwerke Neuss Energie & Wasser GmbH

### Vertreter der Gesellschafter in der Gesellschafterversammlung

Christian Bommers	Bürgermeister Stadt Meerbusch
Christian Pakusch	Bürgermeister Stadt Willich

### Geschäftsführung

Tafil Pufja	Geschäftsführer (ohne Bezüge)
-------------	-------------------------------

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören zum 31.12.2022 von den insgesamt 14 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 7,14 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor, da die Gesellschaft keine Mitarbeiter beschäftigt. Die Betriebsführung erfolgt durch die Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG.

### 3.4.5 STEAG WINDPARK ULLERSDORF GMBH & CO. KG JAMLITZ (SEIT DEM 29. AUGUST 2023 IQONY WINDPARK ULLERSDORF GMBH & CO. KG)

#### Basisdaten

<u>Sitz:</u>	Schulstraße 12 in 15868 Jamlitz
<u>Kontakt:</u>	E-Mail: <a href="mailto:energies@iqony.energy">energies@iqony.energy</a>
<u>Internetauftritt:</u>	<a href="https://energies.iqony.energy/de/">https://energies.iqony.energy/de/</a>
<u>Gründungsjahr:</u>	2013

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und der Betrieb von Windenergieanlagen in Ullersdorf.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der mittelbaren Beteiligung an der STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG wird sichergestellt, dass die Versorgung der Meerbuscher Bevölkerung mit Energie zu angemessenen Preisen auf Dauer garantiert werden kann.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	%-Anteil
Iqony Energies GmbH (ehemals STEAG New Energies GmbH)	51,0
Emscher Lippe Energie GmbH	12,2
Stadtwerke Solingen GmbH	11,6
Stadtwerke Düren GmbH	8,6
Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH	8,6
Stadtwerke Meerbusch GmbH	4,9
Stadtwerke Wesel GmbH	3,1

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Stadt Meerbusch bestehen keine Finanz- und Leistungsbeziehungen.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	3.495,4	3.786,7	-291,3
<b>II. Sachanlagen</b>			
1. technische Anlagen und Maschinen	45.385,9	49.057,6	-3.671,7
2. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,0	70,0	-70,0
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
<b>I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.307,3	2.204,2	-896,9
2. Sonstige Vermögensgegenstände	107,5	159,0	-51,5
II. Guthaben bei Kreditinstituten	11.601,9	5.986,2	+5.615,7
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	200,2	400,4	-200,2
<b>Bilanzsumme</b>	62.098,2	61.664,1	+434,1
<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Kapitalanteile	1,0	1,0	0,0
II. Kapitalrücklage	17.749,0	17.749,0	0,0
III. Jahresüberschuss	5.022,6	1.502,2	+3.520,4
<b>B. Rückstellungen</b>			
1. Steuerrückstellungen	657,2	228,9	+428,3
2. sonstige Rückstellungen	2.109,7	1.226,6	+883,1
<b>C. Verbindlichkeiten</b>			

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36.193,1	40.329,5	-4.136,4
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,7	71,3	-70,6
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	24,9	24,5	+0,4
4. sonstige Verbindlichkeiten	340,0	531,1	+191,1
<b>Bilanzsumme</b>	<b>62.098,2</b>	<b>61.664,1</b>	<b>+434,1</b>

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	14.953,5	10.232,4	+4.721,1
2. sonstige betriebliche Erträge	96,5	232,5	-136,0
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh- Hilf- und Betriebsstoffe	27,5	41,2	-13,7
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.212,7	1.222,5	-9,8
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.072,6	4.063,6	+9,0
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.344,1	1.668,7	+675,4
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,6	0,2	+4,4
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.555,3	1.695,2	-139,9
(davon aus der Aufzinsung EUR 58.054,04; Vorjahr EUR 61.401,94)			
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	815,5	263,0	+552,5
9. Ergebnis nach Steuern	5.027,0	1.510,8	+3.516,2
10. sonstige Steuern	4,4	8,7	-4,3
10. Jahresüberschuss	5.022,6	1.502,2	+3.520,4

## Kennzahlen

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	36,7	31,2	+5,5
Eigenkapitalrentabilität	22,1	7,8	+15,3
Anlagendeckungsgrad 2	78,3	73,5	+4,8
Verschuldungsgrad	172,7	220,3	-47,6
Umsatzrentabilität	33,6	14,7	+18,9

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2021: 0) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### Lagebericht für das Geschäftsjahr 2022

#### I. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG (SWU), Jamlitz, betreibt auf Grundstücken der Gemarkung Ullersdorf in der Gemeinde Jamlitz, Brandenburg, einen aus 18 Windenergieanlagen, Typ Nordex N117/2400, bestehenden Windpark mit einer Gesamtleistung von 43,2 MWel.

Gesellschafter der SWU sind der Komplementär, die Iqony WEA Ullersdorf GmbH (ehemals STEAG WEA Ullersdorf GmbH) mit Sitz in Jamlitz, sowie die Kommanditisten Iqony Energies GmbH (ehemals STEAG New Energies GmbH), Saarbrücken (51%), Emscher Lippe Energie GmbH, Gelsenkirchen (12,2%), Stadtwerke Solingen GmbH, Solingen (11,64%), Stadtwerke Düren GmbH, Düren (8,6%), Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH, Neuss (8,6%), Stadtwerke Meerbusch GmbH, Meerbusch (4,9%) und die Stadtwerke Wesel Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wesel (3,06%).

Die Zusammenarbeit der Gesellschafter beruht auf dem Gesellschaftsvertrag vom 2. März 2016 und der Neufassung des Gesellschaftsvertrages vom 15. Februar 2023.

Die SWU hat die Grundstücke zur Errichtung der Windenergieanlagen mittels eines Grundstücksnutzungsvertrages mit der Lieberose-Friedland Forst GmbH, Jamlitz, vom 23. September 2013 langfristig für 25 Jahre gepachtet. Zudem wurde zur Einspeisung des produzierten Stroms ein Umspannwerk von der Lieberose Netz GmbH & Co. KG, Jamlitz, für 25 Jahre angemietet.

Mit dem Kommanditisten Iqony Energies GmbH, Saarbrücken wurde am 17. Dezember 2013 ein Geschäftsbesorgungsvertrag zur Übernahme der kaufmännischen Geschäftsbesorgung der Gesellschaft geschlossen. Die technische Betriebsführung des Windparks wurde mittels eines Betriebsführungsvertrages vom 17. Dezember 2013 ebenfalls an die Iqony Energies GmbH delegiert.

Mit der STEAG GmbH wurde am 19. Dezember 2013 ein Direktvermarktungsvertrag geschlossen, wonach die STEAG GmbH für die Direktvermarktung des von der Gesellschaft erzeugten Stromes verantwortlich ist. Im Rahmen der Neuausrichtung der STEAG-Gruppe im Jahr 2022 wurde der Vertrag auf die Iqony GmbH (ehemals STEAG 2. Beteiligungs- GmbH) übertragen. Aufgrund der Marktgegebenheiten in 2022 wurde der Direktvermarktungsvertrag am 27. September 2022 zu Gunsten der Gesellschaft angepasst.

Mit der Firma SPIE SAG GmbH wurde ein Vertrag zur Übernahme der technischen Betriebsführung des Umspannwerks ab 2021 geschlossen.

Am 13. Januar 2015 wurden die Windenergieanlagen seitens SWU vom Hersteller Nordex abgenommen. Mit Wirkung zum 1. Oktober 2017 wurden die bestehenden Wartungsverträge durch einen langfristigen Vollwartungsvertrag inkl. Reparatur und Austausch von Klein- und Großkomponenten mit Nordex abgelöst.

Im Geschäftsjahr 2022 wurden durchschnittlich 2.218 Vollastbenutzungsstunden (VJ 2.147) erreicht und 95.801 MWh (92.768 MWh) Strom eingespeist und vergütet. Stillstände sind entweder Windmangel, Störungen, Abschaltungen durch den Netzbetreiber/ Direktvermarkter oder geplanten Wartungsarbeiten geschuldet. In 2022 sind keine Großschäden im Windpark Ullersdorf eingetreten.

## II. Wirtschaftsbericht

### a. Ertragslage

Die vergütete Stromproduktion für den WP Ullersdorf liegt mit rd. 95.801 MWh über dem Vorjahr (92.768 MWh).

Die Gesellschaft konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Umsatz in Höhe von 14.953.519,55 EUR (VJ 10.232.389,03 EUR) verzeichnen. Für den erzeugten und in das Netz der E.DIS AG eingespeisten Strom wurde im Geschäftsjahr 2022 eine durchschnittliche Vergütung von rd. 156,1 EUR/MWh erzielt, der im gesamten Jahr über der gesetzlichen Einspeisevergütung lag, so dass die Vergütung ausschließlich durch die Direktvermarktung des Stroms erfolgte.

Die Vergütung durch höhere Marktpreise konnte das unterdurchschnittliche Winddargebot des Jahres 2022 überkompensieren.

Darüber hinaus erhielt die Gesellschaft sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 96.486,73 EUR (VJ 232.457,24 EUR). Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Forderung von Kompensationszahlungen aus der Verfügbarkeitsgarantie gegen Nordex.

Dem Umsatz standen Kosten in Höhe von 9.216.570,12 EUR (VJ 8.699.855,66 EUR) gegenüber, wovon 1.015.166,40 EUR (VJ 957.335,58 EUR) auf den mit dem Hersteller Nordex abgeschlossenen Wartungsvertrag entfallen. Die planmäßige Abschreibung belief sich auf 4.072.564,00 EUR (VJ 4.063.560,40 EUR). Es konnte ein Jahresüberschuss i. H. v. 5.022.588,71 EUR (VJ 1.502.160,22 EUR) erwirtschaftet werden.

### b. Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist gekennzeichnet durch den mit der Norddeutschen Landesbank Girozentrale, Hannover, Braunschweig, Magdeburg, (NordLB) abgeschlossenen Darlehensvertrag in Höhe

von 68.250.000,00 EUR zur langfristigen Finanzierung der getätigten Investitionen sowie einem Eigenkapital in Höhe von 22.772.588,71 EUR (VJ 19.252.160,22 EUR), wovon 17.749.000,00 EUR (VJ 17.749.000,00 EUR) in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt sind. Mit dem im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatz aus Stromerlösen und anderen Sonstigen Erträgen, abzüglich periodenfremder Erträge und Erlöse, in Höhe von insgesamt 15.219.273,09 EUR (VJ 10.380.952,54 EUR) wurde die geforderte DSCRQuote von 1,05:1 sicher eingehalten.

Zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken aus dem Darlehensvertrag wurde in Höhe des variabel verzinslichen Anteils ein Zinssicherungsgeschäft abgeschlossen. Der Swapvertrag deckt die gesamte relevante Laufzeit bis zum 30. September 2031 ab und betrifft ein Nominalvolumen von 32.056.780,00 EUR.

Im Geschäftsjahr waren stets ausreichend liquide Mittel vorhanden, um die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft zu gewährleisten.

### **c. Vermögenslage**

Die Bilanzsumme beträgt zum Stichtag 61.664.064,12 EUR.

Auf der Aktivseite hat sich das Anlagevermögen aufgrund von planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 4.072.564,00 EUR und Zugängen in Höhe von 109.603,00 EUR auf 48.881.291,00 EUR verringert.

Das Umlaufvermögen ist um 4.667.358,06 EUR auf 13.016.735,02 EUR gestiegen. Beiden Forderungen gegen verbundene Unternehmen und sonstigen Vermögensgegenständen ist eine Reduzierung um 948.341,60 EUR auf 1.414.869,89 EUR zu verzeichnen. Demgegenüber erhöhte sich das Bankguthaben um 5.615.699,66 auf 11.601.865,13 EUR.

Der gebildete Rechnungsabgrenzungsposten für ein Disagio konnte in Höhe von 200.217,84 EUR aufgelöst werden.

Auf der Passivseite haben sich die Verbindlichkeiten um 4.397.658,90 EUR auf 36.558.776,21 EUR verringert. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Tilgung des Bankdarlehens bei der NordLB in Höhe von 4.136.368,00 EUR. Die Umsatzsteuer-Verbindlichkeiten reduzierten sich um 190.641,21 EUR. Gegenläufig erhöhten sich die Rückstellungen um 1.311.409,63 EUR; im Wesentlichen durch die Erhöhung der Rückstellungen für Gewerbesteuer um 428.356,75 EUR und die Erhöhung der Abbruchrückstellung der Windanlagen um 392.526,30 EUR. Weiterhin erhöhten sich die Rückstellungen für noch nicht berechnete Lieferungen und Leistungen sowie Rekultivierung und sonstige Rückstellungen.

## **III. Voraussichtliche Entwicklung und wesentliche Chancen und Risiken**

### **1) Prognosebericht für 2023**

Die geplante Stromproduktion für den WP Ullersdorf beträgt 113.865 MWh. Der Umsatz wird auf dieser Basis mit ca. 10.681.000,00 EUR geschätzt.

Für 2023 wird ein Ergebnis in Höhe von rd. 1.686.000,00 EUR erwartet.

## 2) Chancen- und Risikobericht 2023

Die Stromproduktion erfolgt witterungsabhängig. Bei der Standortwahl und Aufstellplanung des Windparks war man bestrebt, das Ertragspotenzial maximal auszuschöpfen. Es verbleibt das Risiko witterungsbedingter Minderproduktionen (geringe oder hohe Windgeschwindigkeiten, Windrichtung, Eis).

Von der Deutschen Wind Guard GmbH, Varel, wurde im November 2017, wie im Darlehensvertrag mit der NordLB festgelegt, ein Windgutachten auf Basis von Betriebsdaten erstellt. Die erwartete Stromproduktion aus den 3 Ursprungsgutachten in Höhe von 115.952 MWh/a wurde durch das neue Ertragsgutachten bestätigt. Unter Berücksichtigung der Genehmigungsaufgabe für Fledermausschutz wurde die Ertragsprognose für das Geschäftsjahr 2018 um 1% auf 114.792 MWh/a und für die Geschäftsjahre ab 2019 um weitere 0,8% auf 113.865 reduziert.

Die Erstinbetriebnahme erfolgte im Gültigkeitszeitraum des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-2012) unter Berücksichtigung einer Direktvermarktung. Für einen Zeitraum von 20 Jahren zuzüglich des Jahres der Inbetriebnahme ist die Vergütung festgelegt.

Die erhöhte Anfangsvergütung (ohne Marge aus der Managementprämie 9,13 ct/kWh und inkl. Marge aus der Managementprämie 9,38 ct/kWh) war für die ersten fünf Betriebsjahre gesichert. In 2019/2020 wurde die BDO ARBICON GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt, die erforderlichen Nachweise zur Verlängerung des Bezugszeitraumes für die erhöhte Anfangsvergütung zu erstellen. Mit dem Ergebnis des Gutachtens wurde die maximale Förderdauer bestätigt. Die Zahlung der erhöhten Anfangsvergütung endet für alle 18 Windenergieanlagen am 31. Dezember 2034. Das Gutachten wurde beim Netzbetreiber eingereicht, die Eingangsbestätigung des Netzbetreibers liegt vor. Der Netzbetreiber hat die vorgelegten Gutachten anerkannt und zahlt die erhöhte Anfangsvergütung weiterhin aus. Ein weiteres Gutachten ist voraussichtlich im nächsten Jahr zu erstellen, hierzu erfolgt eine gesonderte Aufforderung durch den Netzbetreiber.

Wesentliche Chancen oder Risiken u.a. aus dem Wegfall der staatlichen EEG-Förderung sind nicht erkennbar.

Der anhaltende Anstieg der Marktpreise für Strom wird als Chance gesehen, höhere Vermarktungserlöse zu erwirtschaften durch die direkte Teilnahme am Strommarkt. Für diesen Zeitraum wird die festgeschriebene EEG-Vergütung mit dem Direktvermarkter nicht wahrgenommen.

Das Risiko bei Wegfall der Managementprämie, ohne Kompensation aus Mehrerlösen aus der Direktvermarktung, beträgt 2,50 EUR/MWh. Durch das Coronavirus SARS-CoV-2 haben sich im Jahr 2022 keine wesentlichen Einflüsse ergeben. Für das Jahr 2023 werden aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2 keine wesentlichen Einflüsse erwartet.

## IV. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag

Die Gesellschafter der STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG haben auf einer außerordentlichen Gesellschafterversammlung am 15. Februar 2023 die Umfirmierung der Gesellschaft in Iqony Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG beschlossen. Die Eintragung der Umfirmierung ins Handelsregister steht zum Zeitpunkt der Aufstellung noch aus. Die Umfirmierung der Komplementärin STEAG WEA Ullersdorf GmbH in Iqony WEA Ullersdorf GmbH ist bereits vollzogen.

Anlässlich der Gesellschafterversammlung am 2. Februar 2023 haben die Gesellschafter die Absicht geäußert, neben der Ausschüttung des Jahresergebnis 2022 eine Kapitalmaßnahme in Höhe von 1,5 Millionen € durchzuführen. Die Abstimmung im Gesellschafterkreis sowie mit der finanzierenden Bank, der NordLB, wird aktuell vorangetrieben. Es ist beabsichtigt, die Kapitalmaßnahme bis spätestens Ende des Jahres 2023 durchzuführen.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass durch die aktuelle Bedrohungssituation durch Russland neue langfristige Herausforderungen auf die deutsche sowie die europäische Wirtschaft zu kommen. Inwieweit dies Auswirkungen auf den Windpark Ullersdorf hat, ist zurzeit nicht abzusehen.

Die STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG hat die Effekte, die diese Entwicklungen auf die Gesellschaft haben könnten, aus heutiger Sicht analysiert. Zukünftige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft bleiben abzuwarten und können derzeit noch nicht quantifiziert werden. Die Geschäftsführung sieht aufgrund der Analysen die Fortführung des Unternehmens aktuell nicht gefährdet.

## V. Risikomanagement und sonstige Risiken

Die SWU ist in das Risikomanagement der Iqony Energies GmbH (vormals: STEAG New Energies GmbH) sowie der STEAG GmbH eingebunden. Sämtliche erkennbaren Risiken werden, sofern erforderlich, in die Risikoberichte der Iqony Energies GmbH (vormals: STEAG New Energies GmbH) und der STEAG GmbH aufgenommen. Erforderliche Gegenmaßnahmen werden in diesem Rahmen diskutiert und der Gesellschafterversammlung zum Beschluss vorgelegt.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Geschäftsführung (der persönlich haftenden Gesellschafterin IQONY WEA Ullersdorf GmbH)

Karsten Hilt	Technische Planung Wind, Iqony Energies GmbH
Michael Stumpf	Kaufmännischer Bereich, Unternehmenscontrolling, Iqony Energies GmbH

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Es ist kein Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen vorhanden.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor, da die Gesellschaft keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

### 3.4.6 VERKEHRSGESELLSCHAFT KREIS NEUSS MBH

#### Basisdaten

Sitz: Oberstr. 91 in 41460 Neuss

Kontakt: Telefon: 02181601-6111  
Fax: 02181 601-68111

Gründungsjahr: 1995

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) im Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisnahverkehrsplanes. Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des ÖPNV innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der Beteiligung wird der Einfluss auf das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Gebiet der Stadt Meerbusch gewährleistet.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	%-Anteil
Rhein-Kreis Neuss	33,00
Stadtwerke Neuss GmbH	25,00
Stadt Grevenbroich	9,00
Stadtbad- und Verkehrsgesellschaft Dormagen mbH	8,00
Stadt Meerbusch	8,00
Stadt Kaarst	6,00
Stadt Korschenbroich	5,00
Gemeinde Jüchen	4,00
Stadt Rommerskirchen	2,00

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aufgabe der Gesellschaft ist die Durchleitung von ÖPNV-Ausgleichszahlungen an die beauftragten Träger und Verkehrsunternehmen des ÖPNV.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	39,4	40,2	-0,8
II. Guthaben bei Kreditinstituten	2.026,0	1.693,1	+332,9
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.065,4</b>	<b>1.733,3</b>	<b>+332,1</b>
<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Gezeichnetes Kapital	25,6	25,6	0,0
II. Kapitalrücklage	74,4	74,4	0,0
III. Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>4,0</b>	<b>4,0</b>	<b>0,0</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>1.961,4</b>	<b>1.629,3</b>	<b>+332,1</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.065,4</b>	<b>1.733,3</b>	<b>332,1</b>

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. sonstige betriebliche Erträge	7,2	7,9	-0,7
2. sonstige betriebliche Aufwendungen	7,2	7,9	-0,7
3. Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0

## Kennzahlen

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	4,8	5,8	-1,0
Eigenkapitalrentabilität	0,0	0,0	0,0
Anlagendeckungsgrad <sup>5</sup>	-	-	-
Verschuldungsgrad	1.966,5	1.634,2	+332,3
Umsatzrentabilität <sup>6</sup>	-	-	-

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2021: 0) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft hat - wie in den Vorjahren - namens und auf Rechnung des Rhein-Kreises Neuss die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs abgewickelt. Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, Organisation und Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs im Rhein-Kreis Neuss einschließlich der Anbindung an die angrenzenden Verkehrsgebiete auf der Grundlage des Kreisnahverkehrsplanes. Ziel des Unternehmens ist die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) innerhalb des Kreises und der einzelnen Kommunen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich auf die Berechnung und das Inkasso der von den Gesellschaftern aufzubringenden ÖPNV- und SPNV-Kosten und die Abrechnung mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr.

Diese Tätigkeit führt nicht zu Umsätzen im Sinne des Umsatzsteuerrechts.

Aus dieser Tätigkeit hat sich in diesem Jahr ein ausgeglichenes Ergebnis ergeben.

Gemäß § 13 des Gesellschaftervertrages trägt der Kreis insbesondere die allgemeinen Verwaltungskosten der Gesellschaft. Die Kosten werden in Rechnung gestellt.

Das Personal der Gesellschaft besteht lediglich aus dem Geschäftsführer, dessen Tätigkeit bereits durch sein Hauptamt abgegolten ist.

Der Bestand der Gesellschaft war in den vergangenen Geschäftsjahren zu keiner Zeit gefährdet.

<sup>5</sup> Die Gesellschaft verfügt über kein Anlagevermögen.

<sup>6</sup> Die Tätigkeiten der Gesellschaft führen nicht zu Umsatz im Sinne des Umsatzsteuerrechtes.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Aufsichtsrat

Cöllen, Heiner	Neuss	Aufsichtsratsvorsitzender
Brügge, Dirk	Grevenbroich	Kreisdirektor
Schmitz, Klaus	Dormagen	Geschäftsführer Stadtbad- und Verkehrsgesellschaft Dormagen
Lierenfeld, Erik	Dormagen	Bürgermeister
Krützen, Klaus	Grevenbroich	Bürgermeister
Linges, Jürgen	Grevenbroich	
Duda, Oswald	Jüchen	
Kulmiz, Dr. Leontine von	Jüchen	
Burkhart, Sigrid	Kaarst	Technische Beigeordnete
Ibach, Hans Dietmar	Kaarst	Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
Onkelbach, Georg	Korschenbroich	
Scheufeld, Bernd	Korschenbroich	
Pottbäcker, Denise	Meerbusch	
Diesel, Monika	Meerbusch	
Medeweller, Albert	Neuss	
Kiechle, Verena	Neuss	
Kramer, Norbert	Rommerskirchen	
Paulus, Gabriele	Rommerskirchen	

### Geschäftsführung

Petrauschke, Hans-Jürgen	Geschäftsführer
--------------------------	-----------------

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 33,33 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Angaben sind hier nicht erforderlich, da die Gesellschaft keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

### 3.4.7 IT KOOPERATION RHEINLAND (ZWECKVERBAND)

#### Basisdaten

Sitz: Hammfelddamm 4 in 41460 Neuss



Kontakt: Telefon: 02131 750-0

Fax: 02131 750-1090

E-Mail: info@itk-rheinland.de

Internetauftritt: www.itk-rheinland.de

Gründungsjahr: 2008

#### Zweck der Beteiligung

Der Zweckverband hat die Aufgabe, die KDVB für die Verbandsmitglieder zu betreiben und Technikunterstützte Informationsverarbeitung (TUIV) im Sinne eines Beratungs-, Organisations-, Software-, Qualifizierungs- und Produktionsverbundes für seine Verbandsmitglieder bereitzustellen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der Beteiligung an der ITK soll sichergestellt werden, dass moderne IT-Leistungen zu günstigen Konditionen bereitgestellt werden können. In der Kooperation mit 11 weiteren Gebietskörperschaften gelingt es, eine moderne und bürgerfreundliche Verwaltung beizubehalten.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Anteil	Stimmanteil
Stadt Dormagen	3,17 %	1
Stadt Grevenbroich	3,48 %	2
Stadt Jüchen	1,47 %	1
Stadt Kaarst	3,57 %	2
Stadt Korschenbroich	1,36 %	1
Stadt Meerbusch	4,36 %	2
Stadt Mönchengladbach	13,25 %	11
Gemeinde Rommerskirchen	0,97 %	1
Stadt Neuss	16,04 %	8
Rhein-Kreis Neuss	7,59 %	3
Landeshauptstadt Düsseldorf	44,73 %	24
Zweckverband Landfolge Garzweiler	0,02 %	1

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Stadt Meerbusch nutzt die von der IT Kooperation Rheinland betriebene Kommunale Datenverarbeitungszentrale und nimmt die Technikunterstützte Informationsverarbeitung (TUIV) im Sinne eines Beratungs-, Organisations-, Software-, Qualifizierungs- und Produktionsverbundes in Anspruch.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	7.278,5	4.821,1	+4.457,4
II. Sachanlagen	5.761,9	5.233,8	+528,1
III. Finanzanlagen	44.000,0	44.000,0	0,0
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	1.245,2	1.283,0	-37,8
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.626,4	16.457,3	+2.169,1
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	3.974,8	3.219,6	+755,2
<b>Bilanzsumme</b>	84.797,0	76.426,5	+8.370,5
<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Stammkapital	100,0	100,0	0,0
II. Rücklagen	10.412,1	6.110,1	+4.302,0
III. Bilanzgewinn/-verlust	5.894,3	4.610,7	+1.283,6
<b>B. Rückstellungen</b>	63.053,0	59.383,8	+3.669,2
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	3.661,3	5.006,7	-1.345,4
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	1.676,0	1.215,1	+460,9
<b>Bilanzsumme</b>	84.797,0	76.426,5	+8.370,5

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	64.241,0	60.915,3	3.325,7
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-38,5	150,0	-188,5
3. sonstige betriebliche Erträge	1.060,8	1.352,9	-292,1
4. Materialaufwand	22.547,7	23.591,3	-1.043,6
6. Personalaufwand	25.907,6	23.727,3	2.180,3
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.889,2	4.524,9	364,3
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.660,5	3.528,8	131,7
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	49,2	57,5	-8,3
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.721,6	2.627,0	94,6
11. Ergebnis vor Steuern = Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss / -fehlbetrag	5.585,9	4.476,4	1.109,5
12. Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage	308,4	134,3	174,1
13. Bilanzgewinn / -verlust	5.894,3	4.610,7	1.283,6

## Kennzahlen

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	19,3	14,2	+5,1
Eigenkapitalrentabilität	35,9	42,6	-6,7
Anlagendeckungsgrad 2	132,9	123,7	+9,2
Verschuldungsgrad	406,6	595,1	-188,5
Umsatzrentabilität	9,2	7,6	+1,6

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 321 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 310) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### A. Geschäftstätigkeit

Der Zweckverband stellt für seine Mitglieder, die Städte und Gemeinden des Rhein-Kreis Neuss, den Rhein-Kreis Neuss, die Landeshauptstadt Düsseldorf, die Stadt Mönchengladbach sowie den Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler technikunterstützte Informationsverarbeitung im Sinne eines Beratungs-, Organisations-, Software-, Qualifikations- und Produktionsverbundes bereit.

### B. Wirtschaftsbericht

#### I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland Krieg gegen die Ukraine („Ukraine-Krieg“). Die zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sind maßgeblich von der weiteren Entwicklung des Ukraine-Kriegs abhängig.

Die gesamtwirtschaftliche Lage war geprägt von den Folgen des Ukraine-Kriegs. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahr 2022 um 1,9 Prozent höher als im Vorjahr. Der Zuwachs war aber im Wesentlichen begründet durch – in Folge des Krieges - stark gestiegene Preise insbesondere für Energie. Wachstumshemmend waren neben der allgemeinen Unsicherheit vor allem Material- und Lieferengpässe.

Die ITK Rheinland ist eine der größten Datenzentralen in Nordrhein-Westfalen mit 12 Mitgliedern im Jahr 2022. Über Produktpreise tragen die Verbandsmitglieder die Kosten der ITK Rheinland. Die Produktpreise werden jeweils zum 30. Juni des Vorjahres bekannt gegeben. Durch die Zusammenarbeit im Zweckverband werden Skaleneffekte erzielt, die allen Beteiligten zugutekommen.

Am 7. September 2020 entschied der Verwaltungsrat über eine grundsätzliche Änderung des Preisbildungsmodells und damit die Beendigung der Preisfestschreibung, welche im Zuge der Fusion mit der IT der Stadt Mönchengladbach beschlossen wurde und für die Jahre 2017 bis einschließlich 2021 galt. Die verbliebenen offenen Punkte wurden Anfang 2021 den Gremien zur Entscheidung vorgelegt. Damit wurde die Novellierung des Preisbildungsmodells der ITK Rheinland im ersten Halbjahr 2021 erfolgreich abgeschlossen. Im Jahr 2022 wurden die neuen Grundsätze für die Produktpreisbildung somit erstmalig angewendet.

Darüber hinaus war das Geschäftsjahr insbesondere durch folgende Projekte geprägt:

#### Einführung SAP bei der ITK Rheinland:

Im Zuge des weiteren Ausbaus des intern genutzten SAP Finanzwesens wurden im Jahr 2021 weitere Projekte wie etwa eine Vertragsverwaltung und ein Assetmanagementsystem, welche ebenfalls an das bei der ITK Rheinland bestehende SAP System angebunden werden sollen, begonnen. Die Arbeiten hierfür sollen in 2023 ihren Abschluss finden. Zur Optimierung des Vertriebs- bzw. Angebotsprozesses soll künftig der XFT Sales Manager zum Einsatz kommen und der Einkaufsprozess künftig durch den XFT Purchase Manager unterstützt werden. Die Implementierung in den SAP-Mandanten der ITK wurde gerade begonnen und soll im ersten Halbjahr 2024 abgeschlossen werden.

### SAP im Verbandsgebiet:

Die Aufgabenerledigung in den Steuerämtern der Städte Kaarst, Meerbusch, Mönchengladbach und Neuss sowie bei der Landeshauptstadt Düsseldorf wird durch SAP-basierte Anwendungen unterstützt. Die bisher in Düsseldorf und Mönchengladbach genutzten Altverfahren konnten erfolgreich durch den DZ Kommunalmaster Steuern und Abgaben (KM-StA) abgelöst werden. Das Einführungsprojekt für die Städte Kaarst, Meerbusch und Neuss soll Ende 2023 / Anfang 2024 abgeschlossen werden.

### IT an Schulen

Im Bereich der Betreuung der IT an Schulen begann im Jahr 2020 aufgrund der Auswirkungen des Covid19-Virus wie erwartet eine erhebliche Erweiterung der von der ITK Rheinland zu erbringenden Dienstleistungen. Der Ausbau „Digitale Schule“ schreitet weiter voran und im Jahr 2021 wurde der damit beschäftigte Servicebereich personell entsprechend verstärkt. Dieser Trend setzte sich auch im Jahr 2022 weiter fort.

### Groupware Strategie:

Im Jahr 2016 sind Beratungen zur strategischen Entscheidung über die zukünftige Groupware- Lösung der ITK Rheinland und ihrer Verbandsmitglieder gestartet. Die Frage war hierbei, ob Lotus Notes von IBM durch ein alternatives Produkt abgelöst werden soll. Nach intensiven Beratungen und Diskussionen haben sich die Verbandsmitglieder dafür ausgesprochen, zukünftig Exchange von Microsoft einzusetzen. Die ITK Rheinland konnte im ersten Halbjahr 2018 erfolgreich auf Exchange umgestellt werden. In 2019 wurde ein weiteres Verbandsmitglied umgestellt. Im Jahr 2020 folgten weitere Kommunen und im Jahr 2021 konnte mit der Stadt Meerbusch der vorletzte Kunde erfolgreich umgestellt werden. Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat der ITK Rheinland den Auftrag erteilt, bis April 2024 die Umstellung auf Exchange durchzuführen.

### Backup-Rechenzentrum:

Die Verbandsmitglieder haben in der Sitzung der Zweckverbandsversammlung am 29.November 2022 die ITK Rheinland mit der Durchführung und Umsetzung zur Errichtung eines Backup- Rechenzentrums bei einem Colocation-Anbieter oder in einer Enterprise-Fläche beauftragt. Die Ausschreibung ist bereits mit Unterstützung eines externen Planungsbüros in Vorbereitung. Die Vergabe des Auftrags ist noch im Jahr 2023 geplant und in Abhängigkeit von den Lieferzeiten für die aktiven Komponenten soll ab Ende 2023 mit der Bestückung des Backup- Rechenzentrums begonnen werden.

### Dokumentenmanagementsystem:

Am 15. November 2017 hat sich der Verwaltungsrat darauf verständigt, dass die ITK Rheinland zukünftig nur noch ein einheitliches Dokumentenmanagementsystem im gesamten Verbandsgebiet bereitstellt. Dieses wurde auf der bestehenden Installation d.velop documents des Herstellers d.velop public sector GmbH, welche von der Stadt Mönchengladbach übernommen wurde, aufgebaut. Die ersten Umstellungsprojekte starteten 2018. Derzeit steht die Umstellung auf den Web-client von d.3 documents an, die mit dem Wechsel von einem Multimandanten- auf ein Single-Mandaten System einhergeht. Um den Anforderungen der Kunden gerecht zu werden, wurde ein leistungsfähiges Team aufgestellt, mit dem die ITK Rheinland in der Lage ist, die erforderlichen Umstellungsprojekte sowie die Weiterentwicklung der eAkte in den Kommunen voranzubringen. Die vollständige Umstellung aller Verwaltungsbereiche

bei den Verbandsmitgliedern wird jedoch erst mittel- bis langfristig erwartet, da diese Projekte teilweise bis zu 10 Jahre und länger laufen können. Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, wurde das betreuende Team entsprechend der zukünftigen Aufgabenverteilung organisatorisch angepasst.

#### Sicherheitszertifizierung:

Um den steigenden Anforderungen in den Bereichen Datenschutz und IT-Sicherheit gerecht zu werden, wurde die ITK Rheinland nach ISO 27001 zertifiziert. Die Erstzertifizierung wurde am 21. Dezember 2018 erfolgreich abgeschlossen. Das Rechenzentrum der ITK Rheinland ist seitdem offiziell nach DIN ISO / IEC 27001 zertifiziert. In den Jahren 2019 und 2020 wurden die notwendigen Überwachungsaudits durchgeführt und die ITK Rheinland im Jahr 2021 erfolgreich rezertifiziert. Die dauerhafte Aufrechterhaltung der Zertifizierung ist jedoch nur möglich, wenn das vorgesehene Backup-Rechenzentrum errichtet wird.

#### Organisationsuntersuchung:

Der Verwaltungsrat hat am 5. April 2017 beschlossen, dass eine Organisationsuntersuchung der ITK Rheinland durchgeführt werden soll. Schwerpunkte dieser Organisationsuntersuchung waren Personal, Organisation, Prozesse (Kundenbeziehung) und die Rechtsform der ITK Rheinland. Die Durchführung erfolgte im ersten Halbjahr 2018 und die Ergebnisse wurden am 20. Juni 2018 dem Verwaltungsrat präsentiert, der in der Folge über einzelne Vorschläge der Berater diskutiert und diverse Maßnahmen beschlossen hat.

Insbesondere wurde die grundsätzliche Konsolidierung der einzelnen Anwendungen und Betriebsmodelle und die Zurverfügungstellung des dafür benötigten Personals beschlossen. Darüber hinaus wurden durch die Berater strategische Veränderungen angeraten. Hierzu wurden von Seiten der Gremien weitere zusätzliche Stellen genehmigt. Die Umsetzung dieser Maßnahmen erfolgt über einen längeren Zeitraum und wurde Anfang 2019 begonnen.

Inzwischen wurde auch die Stelle für das Prozessmanagement besetzt. Eine Bestandsaufnahme aller relevanten Prozesse wurde durchgeführt. Diese werden nun kontinuierlich beschrieben und umgesetzt. Das Prozessmanagement bildet mit einem Prozesshandbuch und einer Prozesslandkarte die Basis für eine Zertifizierung nach DIN 9001. Der Ausbau des Prozessmanagements und des Controllings schreitet weiter voran. Ein kontinuierlicher Ausbau ist notwendig, um für die zukünftigen Anforderungen aus dem Zweckverband oder gesetzlicher Art gerüstet zu sein.

#### Digitalisierungsprojekte:

Die Digitalisierung der Verwaltung ist eine weitere große Herausforderung für die ITK Rheinland und das große IT-Zukunftsthema für die Verbandsmitglieder. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, wurden die entsprechenden Aktivitäten gebündelt und im Zuge der Umorganisation der ITK Rheinland ein eigener Servicebereich mit dem Schwerpunkt „Digitalisierung“ gebildet. Derzeit umfasst dieser Servicebereich 49 Mitarbeitende. Die Umsetzung der Digitalisierungsprojekte orientiert sich an dem Bedarf der Verbandsmitglieder und erfolgt nur nach Anforderung und in enger Abstimmung mit den betroffenen Kommunen.

### Onlinezugangsgesetz (OZG)

Die Umsetzungsfrist für das Onlinezugangsgesetz ist am 31.12.2022 offiziell abgelaufen. Die ambitionierten Ziele wurden rückwirkend betrachtet leider nicht erfüllt. Das Ziel, alle 575 Verwaltungsleistungen zu digitalisieren, konnte leider nur hinsichtlich einer deutlich geringeren Zahl umgesetzt werden.

Viele Projekte befinden sich noch nicht in finalen Phasen oder wurden z.T. zurückgestellt. Die meisten OZG-Umsetzungsprojekte wurden durch FormSolutions-Formulare umgesetzt. Die Bürger können über die Online-Formulare z.T. einfacher die entsprechenden Verwaltungsleistungen abrufen. Durch diese Vorgehensweise ist eine Anbindung an die Fachverfahren jedoch nicht berücksichtigt und steht den Verwaltungen somit auch nicht zur Verfügung. Der Aufwand in den Verwaltungen hat sich durch diese Art der Umsetzung nicht verringert. Dies war vor Beginn der OZG-Umsetzung jedoch eines der Kernziele.

Verwaltungen können nach wie vor die OZG-Dienste des KDN oder die EfA Dienste über d.NRW nachnutzen. In der Praxis hat sich jedoch herausgestellt, dass die Dienste oft nicht 1:1 für die Verbandsmitglieder der ITK Rheinland nachnutzbar sind. Hier gibt es auf kommunaler Ebene oft zu große Unterschiede, wodurch angepasste (Eigen-) Entwicklungen nötig sind.

Aus diesem Grund hat die ITK Rheinland zusammen mit ihren Verbandsmitgliedern Düsseldorf, Neuss, Mönchengladbach, Rhein-Kreis Neuss, Kaarst und Jüchen auch in 2022 weiter im OZG-Beirat gearbeitet. Hier wurden zeitnah und gezielt OZG-Leistungen der Verbandsmitglieder als intelligente Online Antragsassistenten mit FormSolutions umgesetzt. Folgende Dienste wurden bereits umgesetzt oder befinden sich in der Umsetzung:

OZG-Dienste		
<b>Altenhilfe Investitionskostenpauschale (1)</b>	Grundsteuer (Änderungsmitteilung) (1)	Reitkennzeichen € (1)
<b>Anerkennung Gesundheitsberufe (1)</b>	Grundsteuer (Eigentümerwechsel) (2)	Reitkennzeichen (1)
<b>Anzeige Gartenbrunnen (1)</b>	Grundsteuer (Vollmacht) (1)	Schwimm- und Familienkarte (3)
<b>Artenschutz (1)</b>	Halteverbotszone (Umzüge) (4)	Sondernutzungserlaubnis (1)
<b>Ausnahmegenehmigung Feuerwerk (1)</b>	Handwerker Parkausweis (1)	Unbedenklichkeitsbescheinigung € (2)
<b>Baulastenauskunft € (1)</b>	Handwerker Parkausweis € (1)	Untersuchungsberechtigungsschein (1)
<b>Bestandsveränderung (1)</b>	Handwerker Parkausweis (1)	Verbraucherschutz (Beschwerde) (1)
<b>Bildung und Teilhabe (1)</b>	Hausbaum (1)	Verbraucherschutz (Entnahme Proben) (1)
<b>Demografischer Wandel (1)</b>	Hochzeitswiese (1)	Verbraucherschutz (Lebensmittel) (1)
<b>Ehrenamtskarte (1)</b>	Hundeabmeldung (1)	Vergnügungssteuer (Filmvorführungen) (1)
<b>Ehrenamtskarte (Jubiläum) (1)</b>	Hundeabmeldung (1)	Vergnügungssteuer (Spielgerätemeldung) (1)
<b>Ersatz Fischereischein € (2)</b>	Hygienebelehrung (1)	Verpflichtungserklärung € (1)
<b>Familienhilfepass (1)</b>	Jagdschein € (1)	Verpflichtungserklärung (1)

Feinstaubplakette € (1)	Jugendfreizeiten (1)	Verpflichtungserklärung € (1)
Feinstaubplakette (1)	Kartenverkauf (1)	Verpflichtungserklärung (1)
Fischereischein € (2)	Kontaktformular Ehemeldungen oder Ehefähigkeitszeugnisse (1)	Visa-Verlängerung (2)
Förderprogramm Entsiegelung (1)	Liegenschaftskarten (1)	Wirtschaftliche Jugendhilfe (1)
Fundsachen (1)	Online Halterauskunft € (3)	Wohnberechtigungsschein (1)
Gehwegabsenkungen (1)	Parkerleichterung für ärztliche Tätigkeit (1)	Zulassung Fischereischein € (2)
Gewerbeanmeldung (Tätigkeitangaben) (1)	Parkerleichterung für Schwerbehinderte (3)	Zulassung von Vorhaben im Außenbereich (1)
Gewerberegisterauszug (1)	Parkerleichterung für soziale Dienste (1)	Zweitwohnungssteuer (1)

\*() Anzahl der Assistenten zum jeweiligen Umsetzungs-Thema

€ zahlungspflichtiger Dienst

Zudem dient der OZG-Beirat den Verbandsmitgliedern aus Austauschplattform für allgemeine OZG-Themen.

Ende 2022 sind mit den Städten Grevenbroich, Meerbusch und Dormagen die ersten Mandanten produktiv mit dem Kommunalportal.NRW gestartet. Auch die Stadt Jüchen und der Rhein-Kreis Neuss wollen in 2023 mit dem Kommunalportal.NRW an den Start gehen. Die ITK Rheinland unterstützt die Kommunen bei der Einführung. Zentrale Koordinierungsstelle und Ansprechpartner wird zukünftig die in 2022 neu gegründete NextGov GmbH sein. Die NextGov GmbH ist eine Tochtergesellschaft der regioIT und soll die Weiterentwicklung der Portal-Landschaft in NRW vorantreiben. Mittelfristiges Ziel ist eine Konsolidierung der Portal-Landschaft in NRW. Somit soll es in Zukunft nur noch ein von der NextGov GmbH bereitgestelltes Portal für Abwicklung der OZG-Dienste in NRW geben. Wie genau diese Konsolidierung in Zukunft aussehen soll, ist noch nicht geklärt und wird in den kommenden Monaten erarbeitet.

Seit Anfang 2023 liegt ein erster Referentenentwurf zum OZG Änderungsgesetz vor („OZG 2.0). Der Entwurf enthält folgende Kernpunkte:

- Streichung OZG-Umsetzungsfrist zugunsten einer noch zu regelnden Schwerpunktsetzung und begleitenden Evaluierung, §§ 1a, 12 OZG
- Bund stellt zentrale Basisdienste bereit und ersetzt damit landeseigene Entwicklungen für Bürgerkonto und Postfach, §§ 3, 13 OZG
- Regelung zum Verwaltungsverfahrenrecht für die OZG-Umsetzung zur einfachen und einheitlichen elektronischen Ersetzung der Schriftform, zudem Einführung eines qualifizierten elektronischen Siegels, § 9a OZG
- Stärkere Berücksichtigung der Belange der Kommunen, §§ 1, 1a OZG
- Das einheitliche Organisationskonto erhält Rechtssicherheit und wird verbindlich, § 3 Absatz 2, 3 OZG
- Bereitstellung eines einheitlichen Supports, § 3a OZG

- Datenschutzregelungen für EfA-Antragsassistenten, §§ 2, 8a OZG
- Regelung des Once-Only-Prinzips durch eine Generalklausel, §§ 5, 5a EGovG
- Verbindlichkeit der Nutzerfreundlichkeit und Barrierefreiheit, § 7 OZG, § 16 EGovG

Es bleibt abzuwarten, wie das endgültige OZG Änderungsgesetz nach der Verabschiedung aussieht. Ggf. werden noch Änderungen am Referentenentwurf vorgenommen.

## II. Geschäftsverlauf

Die wichtigsten Aspekte aus der Geschäftstätigkeit der ITK Rheinland im Jahr 2022 werden nachfolgend im Überblick dargestellt.

Im Berichtszeitraum wurden 2.875 T€ mehr Umsatzerlöse mit Verbandsmitgliedern (bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator) erzielt als geplant waren (Plan: 59.752 T€, Ist: 62.627 T€). Diese Steigerung liegt unter anderem darin begründet, dass mehr Aufträge in 2022 fertiggestellt und somit abgerechnet werden konnten, als vorgesehen. Darüber hinaus wurden nach Planerstellung weitere Aufträge angenommen und fertiggestellt.

Bis Ende 2022 sind neue Beauftragungen durch die Verbandsmitglieder hinzugekommen, aus denen in den Folgejahren Erlöse in Höhe von bis zu 5.357 T€ generiert werden. Des Weiteren liegen die Weiterverrechnungen deutlich über dem Plan 2022 (Plan: 1.190 T€, Ist: 1.702 T€). Der Grund hierfür ist der „Digitalpakt Schule“. Dadurch sind die Abrufe insbesondere von IPad's für die Schulen deutlich angestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 80 T€ (Plan: 981 T€, Ist: 1.061 T€) über dem Plan 2022. Dies liegt überwiegend an zusätzlichen Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen (+57 T€). Auf die Abweichungen zum Vorjahr wird unter Punkt III eingegangen.

Gegenüber dem Plan ist für den Materialaufwand (inklusive Weiterverrechnungen) insgesamt eine Steigerung um 334 T€ zu verzeichnen (Plan: 22.214 T€, Ist: 22.548 T€). Die Hilfs- und Betriebsstoffe im Materialaufwand (ohne Weiterverrechnungen) im Jahr 2022 liegen mit - 1.214 T€ unter dem Planansatz (-57 %).

Die Reduzierung des Materialaufwands (inklusive Weiterverrechnungen) gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Abrufe an Lizenzen und Hardware bei den Weiterverrechnungen für IT an Schulen aufgrund des Digitalpakts Schule deutlich zurückgegangen sind. Das benötigte Volumen für Softwarelizenzen bis 250 € viel ebenfalls niedriger aus. Eine Steigerung gab es hingegen bei der Softwarewartung und –miete, welche im Vergleich zum Vorjahr angestiegen sind, die Reduzierungen jedoch nicht kompensieren konnte.

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Plan geringer ausgefallen (-8 %). Die Bemühungen der ITK Rheinland qualifiziertes Personal zu finden, waren nicht so erfolgreich wie ursprünglich geplant. Gleichzeitig fiel die Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellung leicht höher aus als erwartet. Die höhere Zuführung konnte die Einsparungen jedoch nicht kompensieren.

Die Aufwendungen für Abschreibungen sind gegenüber dem Plan um 375 T€ geringer ausgefallen.

Die ITK Rheinland steht insgesamt auf einer stabilen Basis, durch die es möglich ist, den Mitgliedern weiterhin gute Produkte zu wirtschaftlichen Konditionen anzubieten.

### III. Ertragslage

Im Jahr 2022 hat die ITK Rheinland einen Jahresüberschuss in Höhe von 5.586 T€ erwirtschaftet und weist eine Kostenüberdeckung in Höhe von 5.894 T€ aus. Die einzelnen Positionen können der nachfolgenden Darstellung entnommen werden (alle Beträge gerundet):

Positionen	2022 T€	2021 T€	Veränderung Ist-VJ T€
1. Umsatzerlöse	64.241	60.915	3.326
• davon Erlöse Verbandsmitglieder	60.925	55.586	5.339
• davon Erlöse von Dritten	1.614	1.678	-64
• davon Erlöse Weiterverrechnung	1.702	3.651	-1.949
2. Veränderung des Bestands an unfertigen Leistungen	-38	150	-188
3. Sonstige betriebliche Erträge	1.061	1.353	-292
4. Materialaufwand	22.548	23.591	-1.043
• davon Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	1.535	4.046	-2.511
<i>davon Weiterverrechnung</i>	<i>633</i>	<i>2.611</i>	<i>-1.978</i>
• davon Aufwendungen für bezogene Leistungen	21.013	19.545	1.468
<i>davon Weiterberrechnung</i>	<i>1.087</i>	<i>1.042</i>	<i>45</i>
5. Personalaufwand	25.908	23.727	2.181
• davon Löhne und Gehälter	19.072	18.306	766
• davon soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	6.836	5.421	1.415
6. Abschreibungen	4.889	4.525	364
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.660	3.529	131
8. Zinsen und ähnl. Erträge aus Finanzanlagen	49	58	-9
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.722	2.627	95
10. Jahresüberschuss	5.586	4.477	1.109
11. Entnahme aus Rücklage	308	134	174
12. Bilanzgewinn	5.894	4.611	1.283

## Umsatzerlöse

Die Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr im Bereich der Erlöse mit Verbandsmitgliedern in Höhe von 5.339 T€ resultiert hauptsächlich aus der Steigerung der zusätzlichen Aufträge durch unsere Verbandsmitglieder.

Die Erlöse mit Dritten und die Erlöse aus Weiterverrechnung verzeichnen im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung. Die im Vorjahr getätigten Abrufe für den Digitalpakt Schule wurden im Jahr 2022 nicht in gleicher Höhe getätigt.

## Veränderungen des Bestands an unfertigen Leistungen

In diesem Posten der Gewinn- und Verlustrechnung werden die Veränderungen des Bestands an unfertigen Leistungen dargestellt. In der Bilanzposition B I 2. „Unfertige Leistungen“ wird der Bestand der nicht fertiggestellten Arbeiten ausgewiesen.

Im Jahr 2022 kamen bis zum Jahresende zwei neue unfertige Leistungen hinzu. Aus dem Vorjahr bestand lediglich eine unfertigen Leistungen zum Bilanzstichtag weiter und wurde um die Leistung, welche im Jahr 2022 entstanden ist, entsprechend erhöht. Gleichzeitig sind auch Leistungen fertiggestellt worden, so dass es zu einer leichten Reduzierung des Bestands an unfertigen Leistungen kommt.

## Sonstige betriebliche Erträge

Die Veränderungen zum Vorjahr in den sonstigen betrieblichen Erträgen ergeben sich im Wesentlichen aus folgenden Sachverhalten:

Die Erstattungsansprüche auf (anteilige) Zahlung von Pensionen und Beihilfen bestehen gegenüber früheren Dienstherren hinsichtlich der bereits vor der Fusion erworbenen Ansprüche von übernommenen Beamtinnen und Beamten sowie den Erstattungsansprüchen aus Beihilfen für die 14 Beamtinnen und Beamten, die durch die Fusion mit dem IT-Bereich der Stadt Mönchengladbach zur ITK Rheinland gewechselt sind. Hier ist eine leichte Steigerung im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen.

Die im Jahr 2021 gebildeten und bestehenden Rückstellungen wurden 2022 zu einem Großteil in Anspruch genommen. Rückstellungen, bei denen die ursprünglichen Ansatz- und Bewertungsvoraussetzungen aufgrund neuer Erkenntnisse entfallen oder zu aktualisieren sind, wurden teilweise oder ganz aufgelöst. Die Höhe dieser Auflösungen war im Vergleich zum Vorjahr allerdings deutlich geringer.

Die übrigen Erträge enthalten im Wesentlichen Skontoerträge und Erträge aus sonstigen Kostenerstattungen, die keinen Bezug zur Leistungserbringung der ITK Rheinland haben. Diese sind im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen.

## Materialaufwand

### Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe

Die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe lagen mit rund -2.511 T€ deutlich unter dem Vorjahreswert. Der deutliche Rückgang in diesem Bereich ist im Wesentlichen auf die reduzierten Abrufe bei den Lizenzen und Hardware aus Weiterverrechnungen für IT an Schulen aufgrund des Digitalpakts Schule zurückzuführen. Der Anteil an erworbenen Lizenzen unter 250 Euro ist ebenfalls zurückgegangen.

### Aufwendungen für bezogene Leistungen

In Summe sind die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 1.468 T€ gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Dies liegt hauptsächlich an gestiegenen Kosten aus Softwarewartung und Softwaremiete für neue Produkte. Die hier enthaltenen Weiterverrechnungen sind dagegen nur leicht gestiegen.

### **Personalaufwand**

Im Jahr 2022 haben sich die Personalkosten gegenüber dem Vorjahr um rund 9 % erhöht. Die Bemühungen der ITK Rheinland qualifiziertes Personal zu finden werden stetig fortgeführt und haben in diesem Jahr zu einer Steigerung des Aufwands geführt. Darüber hinaus ist es zu einer Steigerung bei der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen gekommen.

### **Abschreibungen**

Die Abschreibungen sind gegenüber dem Vorjahr insbesondere aufgrund höherer Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände um 364 T€ gestiegen.

### **Sonstige betriebliche Aufwendungen**

Insgesamt liegt die Position „sonstige betriebliche Aufwendungen“ mit 131 T€ leicht über dem Vorjahresbetrag.

Die leichte Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Wesentlichen auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie zurückzuführen. Corona bedingte Mehrbedarfe an Bandbreite mussten umgesetzt werden, die in diesem Jahr aufwandsseitig voll zum Tragen gekommen sind und somit zu einer Erhöhung der Kosten geführt haben.

## **IV. Vermögenslage**

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8.370 T€ verändert. Hauptursache für diese Steigerung ist eine Erhöhung des Anlagevermögens um 2.986 T€, eine Steigerung bei den Forderungen gegen Verbandsmitglieder zum Bilanzstichtag um 1.647 T€ und ein höherer Bestand an liquiden Mitteln mit einer Steigerung von 2.498 T€.

Die Anlagendeckung (Deckung des Anlagevermögens durch das Eigenkapital) ergab einen Wert von 28,8 % (i. VJ. 20,0 %). Unter zusätzlicher Berücksichtigung des langfristigen Fremdkapitals betrug die Anlagendeckung 132,9 % (i. VJ. 123,7 %). Die Langfrist-Deckung, d. h. die Deckung des Anlagevermögens und des langfristigen Umlaufvermögens durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital, lag bei 105,8 % (i. VJ. 95,7 %). Die Forderung, dass langfristig gebundenes Vermögen durch langfristiges Kapital finanziert werden soll, konnte nach der Nichterfüllung in den Vorjahren aufgrund der Anlage von Festgeldern, im laufenden Jahr wieder erfüllt werden.

Im Berichtsjahr wurden 7.874 T€ (i. VJ. 4.374 T€) in das Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) investiert. Hierbei handelte es sich überwiegend um Ersatzbeschaffungen von Servern und sonstiger Hardware sowie Lizenzen. Die Steigerung wird durch die Anschaffung von Netzwerk- und Sicherheitskomponenten verursacht. Die gesamten Investitionen wurden zu 62,1 % (i. VJ. 103,5 %) durch Abschreibungen gedeckt. Die Finanzierung erfolgte aus dem laufenden Cashflow.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 betrug die Eigenkapitalquote 19,3 % gegenüber 14,2 % im Vorjahr.

Am Bilanzstichtag stehen den kurzfristigen Forderungen in Höhe von 3.958 T€ (i. VJ. 621 T€) kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten von 7.080 T€ (i. VJ. 8.050 T€) gegenüber.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten liegen bei 3.444 T€ (i. VJ. 4.703 T€). Die kurzfristigen Rückstellungen belaufen sich auf 3.636 T€ (i. VJ. 3.347 T€) und die langfristigen Rückstellungen in Höhe von 59.417 T€ (i. VJ. 56.037 T€) haben zum Bilanzstichtag einen Anteil von 70,1 % (i. VJ. 72,1 %) an der Bilanzsumme.

#### IV. Finanzlage

Der Zweckverband verfügt entsprechend der aktuellen Liquiditätsplanung mittel- bis langfristig über eine ausreichende Liquidität, die jedoch auch der Refinanzierung der künftig fälligen Pensionsverpflichtungen dient. Anhand des Vermögens- und Finanzplans werden der Kapitalbedarf und die Fremdkapitalaufnahme abgestimmt. Für die zukünftigen Zahlungsströme der Pensionen wurden die vorhandenen liquiden Mittel in Geldanlagen gezeichnet. Diese haben bedarfsorientierte Laufzeiten, so dass die Rückzahlungen dann erfolgen, wenn die liquiden Mittel für die zukünftigen Pensionszahlungen benötigt werden. Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gesichert.

Die ITK Rheinland verfolgt im Bereich des Finanzmanagements das Ziel, die Finanzierung des laufenden Geschäfts und der Investitionen zu optimieren. Für die Finanzierung des laufenden Geschäfts, der Kredittilgung und der Investitionen stehen der Cashflow sowie eine Kreditlinie von 10 Millionen Euro zur Verfügung.

Der nachfolgenden Kapitalflussrechnung können die wesentlichen Daten zur Finanzlage entnommen werden:

		<u>2022</u>	<u>2021</u>
		T€	T€
1.	Periodenergebnis	5.586	4.476
2.	+/- Abschreibungen / Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	4.889	4.525
3.	+/- Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	3.669	1.525
4.	+/- Zunahme / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-2.887	2.523
5.	+/- Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-798	-1.404
6.	+/- Zinsaufwendungen / Zinserträge	<u>-43</u>	<u>-51</u>
7.	= <b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 6)</b>	<u>10.416</u>	<u>11.594</u>

8.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-5.353	-2.440
9.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	<u>-2.521</u>	<u>-1.934</u>
10.	=	<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 8 bis 9)</b>	<b><u>-7.874</u></b>	<b><u>-4.374</u></b>
11.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Finanzkrediten	-87	-87
12.	+	Erhaltene Zinsen	49	58
13.	-	Gezahlte Zinsen	<u>-6</u>	<u>-7</u>
14.	=	<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 11 bis = 13)</b>	<b><u>-44</u></b>	<b><u>-36</u></b>
15.		Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe der Zeilen 7, 10 und 14)	2.498	7.184
16.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>1.412</u>	<u>-5.772</u>
17.	=	<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe 15 bis 16)</b>	<b><u>3.910</u></b>	<b><u>1.412</u></b>
		Zusammensetzung des Finanzmittelfonds am Ende der Periode = Kontostand Sparkasse Neuss	<u>3.910</u>	<u>1.412</u>

## VI. Gesamtbeurteilung

Insgesamt ist der Geschäftsverlauf und die wirtschaftliche Lage der ITK Rheinland positiv zu bewerten. Die ITK Rheinland verfügt über eine solide Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

## C. Chancen und Risikobericht

### Chancen

Für die ITK Rheinland ergeben sich nach Ansicht des Vorstandsvorstehers im Wesentlichen folgende Chancen:

#### Ausdehnung des Leistungsportfolios für die Verbandsmitglieder

Die durch die letzten Fusionen entstandene größere personelle Basis ermöglicht Qualitätssteigerungen und eine Vertiefung der angebotenen Dienstleistungen. Zudem eröffnen sich neue Möglichkeiten zur Bewältigung der anstehenden Herausforderungen bezüglich steigender Komplexität, Demografie und Fachkräftemangel in der IT.

#### Aufbau eines Compliance Management Systems

Mit dem Aufbau eines Prozessmanagements, verschiedener Zertifizierungen im Bereich Rechenzentrum und Qualitätsmanagement wurde der Bedarf nach einem Compliance Management System (CMS) für die ITK Rheinland bereits deutlich. Zusätzlich dazu wurde im Jahr 2020 beschlossen, ein Tax CMS aufzubauen und dieses im Jahr 2023 durch die KPMG zertifizieren zu lassen. Im Rahmen der Vorbereitungen für das Tax CMS wurde deutlich, dass ein umfassendes CMS für die ITK Rheinland empfehlenswert

ist. Hierzu wurde von Seiten des Prozessmanagements ein Vorschlag erarbeitet, welcher aktuell umgesetzt wird.

Darüber hinaus wurde deutlich, dass auch der Aufbau eines Risikomanagementsystems für die ITK Rheinland sinnvoll ist. Im Jahresabschlussbericht 2019 wurde dies seitens des Wirtschaftsprüfers bereits empfohlen. Im Rahmen der bestehenden Zertifizierungen existiert für Teilbereiche der ITK Rheinland bereits ein Risikomanagement, jedoch nicht vollumfänglich. Auch im Kontext der Zertifizierung des Tax CMS wurde weiterer Bedarf für eine vollumfängliche Risikobetrachtung der ITK Rheinland erkannt.

Mit dem Aufbau des Compliance Management Systems und dem damit einhergehenden Aufbau des Risikomanagementsystems, stellt sich die ITK Rheinland adäquat für die Zukunft auf. So können zum Beispiel neue Regularien als Risiko erkannt und frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden.

#### Überarbeitung des Preisbildungsmodells

Der Verwaltungsrat wurde von der Zweckverbandsversammlung am 15. August 2015 damit beauftragt, ein neues Preisbildungsmodell zu erarbeiten. Um festzulegen nach welchen Kriterien die Neubepreisung erfolgen soll, wurden in Zusammenarbeit mit den Verbandsmitgliedern und mit externer Beratung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW diverse alternative Vorschläge für eine Preiskalkulation ermittelt.

Am 7. September 2020 wurde dem Verwaltungsrat ein Vorschlag vorgelegt und beschlossen. Letzte Fragestellungen wurden Anfang 2021 weisungsgemäß mit dem Arbeitskreis Koordinierung geklärt, so dass ab 2022 eine Preisliste mit den nun beschlossenen Änderungen gilt.

Im Ergebnis wurde die grundsätzliche Systematik der ITK Rheinland, alle Kosten, welche die Verfahrensnutzer gleichermaßen betreffen, zu sammeln und diese anhand eines festgelegten Verteilschlüssels auf die Verbandsmitglieder zu verteilen, von allen Beteiligten mitgetragen und somit zur Weiterführung beschlossen. Um der gewünschten verursachungsgerechteren Verteilung der Kosten gerecht zu werden, wurden für die finanzstärksten Produkte alternative, verursachungsgerechtere Verteilschlüssel ermittelt und mittels Vergleichsberechnungen den Beteiligten zur Diskussion vorgelegt. Im Nachgang wurden angepasste Verteilschlüssel gemeinschaftlich beschlossen und letzte offene Fragestellungen an den Arbeitskreis Koordinierung zur Entscheidung weitergeleitet. Darüber hinaus werden individuelle Lösungen weiterhin nur den betreffenden Verbandsmitgliedern in Rechnung gestellt.

Die Gemeinkosten waren aufgrund der übergangsweisen Festschreibung bereits aus den Produkten herausgelöst und wurden separat auf die Verbandsmitglieder verteilt. Die Diskussion zu den Gemeinkosten erstreckte sich überwiegend auf den Inhalt. Auch hier haben alle Beteiligten festgestellt, dass die bisherige Zuordnung größtenteils dem allgemeinen Verständnis entsprach. Lediglich bei den Kosten des ServiceDesks gab es größere Diskrepanzen.

Im Rahmen der Diskussion über die Zuordnung der Kosten für das ServiceDesk wurde beschlossen, die Hälfte der Kosten in den Gemeinkosten zu belassen und die andere Hälfte nach Ticketaufkommen auf die Verbandsmitglieder umzulegen. Die Tickets wurden dafür jedoch einer Bewertung unterzogen, welcher dem Schwierigkeitsgrad der Ticketbearbeitung entspricht.

Im Anschluss daran wurde über die Verteilung der Gemeinkosten diskutiert. Im Ergebnis wurde sich auf die Lösung, welche für die Festschreibung Anwendung fand, geeinigt. Dabei wird die Hälfte der Gemeinkosten nach Umsatz des letzten abgeschlossenen Wirtschaftsjahres und die andere Hälfte nach modifiziertem Einwohnerschlüssel verteilt.

Die Produktpreisliste wurde in diesem Jahr erstmalig nach dem neuen Modell kalkuliert.

#### Umsetzung der identifizierten Handlungsfelder aus der Organisationsuntersuchung

Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchung, welche der Verwaltungsrat am 5. April 2017 beschlossen hatte, sind dem Verwaltungsrat am 20. Juni 2018 präsentiert worden. Die in der Folge ergangenen Beschlüsse müssen nun umgesetzt werden. Insbesondere die grundsätzliche Konsolidierung von Anwendungen und Betriebsmodellen stellt eine langfristige Aufgabe für die ITK Rheinland dar. Die vorgeschlagene Anpassung der Organisationsstruktur der ITK Rheinland wurde Mitte 2019 fachbereichsübergreifend umgesetzt. Dies wurde notwendig, um eine stringenteren Umsetzung der Arbeitsabläufe innerhalb der ITK Rheinland sowie an der Schnittstelle zu den Verbandsmitgliedern zu gewährleisten. Darüber hinaus wurde ein Prozessmanagement implementiert sowie der Ausbau des Controllings weiter vorangetrieben. Beides, Prozessmanagement und Controlling, werden bei der zukünftigen Herausforderung, eine Nachhaltigkeitsberichterstattung zu implementieren, von großer Bedeutung sein.

#### **Risiken**

Das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sowie der Eigenbetriebsverordnung für das Land NRW verpflichtet die ITK Rheinland, ein angemessenes Risikomanagement einzurichten. Insbesondere sollen bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt und adäquate Maßnahmen zur Risikobeherrschung umgesetzt werden.

Der Vorstandsvorsteher sieht bei der zukünftigen Geschäftsentwicklung folgende Risiken, die absteigend in der Reihenfolge ihrer Bedeutung aufgeführt werden:

#### IT-Sicherheit

Die fortschreitende Digitalisierung bringt viele Vorteile und Möglichkeiten mit sich. Um die Vorzüge und das volle Potenzial der Digitalisierung nutzen zu können, muss gleichzeitig die IT-Sicherheit gestärkt werden, denn die Bedrohungen durch Cyber-Kriminelle sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2022 führte die ITK Rheinland mit Hilfe ihrer IT-Sicherheitsinfrastruktur rund 1,3 Mio. Schadprogramm-Analysen durch und verzeichnete damit einen Anstieg von 115% im Vorjahresvergleich. Auch der Umgang mit Schwachstellen ist und bleibt eine der größten Herausforderungen der IT-Sicherheit, denn Cyberkriminelle nutzen diese Lücken, um einen maximalen Schaden bei ihren Opfern zu verursachen.

Die ITK Rheinland muss als kommunaler IT-Dienstleister kontinuierlich auf diese dynamische Bedrohungslage reagieren, um einen bestmöglichen Schutz für die sensiblen Daten der Anwender im Zweckverband gewährleisten zu können. Das Rechenzentrum ist dabei ein zentraler Bestandteil, denn alle Verbandsmitglieder sind über Datenleitungen direkt verbunden. Dabei greifen die Verbandsmitglieder auf internen Daten und Verfahren zu, rufen Informationen aus dem Internet ab oder stellen Informationen im Internet zur Verfügung.

Es ist bereits absehbar, dass hierfür weitere Investitionen und Maßnahmen notwendig sind. Durch den anhaltenden Ukraine-Krieg und die damit einhergehende Bedrohung durch russische Hacker, ist aktuell mit einer Steigerung von Angriffen zu rechnen. Es muss daher weiter kontinuierlich in die IT-Sicherheit investiert werden. Am 28. März 2022 hat der Verwaltungsrat daher beschlossen, den Bereich der IT-Sicherheit um zwei weitere Stellen auszudehnen. Weitere umfängliche Investitionen in Netzwerk- und Sicherheitskomponenten wurden im ersten Quartal 2022 getätigt.

#### Personalgewinnung/demographischer Wandel

In den nächsten Jahren wird eine nicht unerhebliche Anzahl an Beschäftigten die ITK Rheinland altersbedingt verlassen. Zusätzlich zu der Herausforderung jeweils geeignete Nachfolger zu finden, ist es zwingend erforderlich, das vorhandene Wissen dieser Kollegen zu transferieren beziehungsweise in geeigneter Form zu konservieren.

Durch die Konkurrenz zur Privatwirtschaft, die finanziell deutlich attraktivere Arbeitsbedingungen als der öffentliche Dienst bieten kann, gestaltet sich die Gewinnung neuer Mitarbeitender immer schwieriger.

Daher wird die ITK Rheinland die Ausbildung von eigenen Nachwuchskräften weiter intensivieren, um den absehbar verstärkt zunehmenden demographischen Wandel aufzufangen. Zum 31. Dezember 2022 sind bei der ITK Rheinland insgesamt fünf Auszubildende beschäftigt.

#### Steuer

Der neue § 2 b UStG ist zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten, die erstmalige Anwendung erfolgte zum 1. Januar 2017, wobei gem. § 27 Absatz 22 UStG ein Wahlrecht dahingehend bestand, für einen Übergangszeitraum weiterhin nach den bis dahin geltenden Regelungen besteuert zu werden. Die ITK Rheinland hat 2016 gegenüber dem Finanzamt erklärt, dass sie weiterhin nach dem alten Recht behandelt werden will. Diese Erklärung kann widerrufen werden, wovon die ITK Rheinland jedoch keinen Gebrauch gemacht hat. Diese Option wurde um 2 Jahre, bis zum 31.12.2022 verlängert. Eine erneute Verlängerung des Optionszeitraums um weitere 2 Jahre, bis zum 31.12.2024, trat Mitte Dezember 2022 in Kraft.

Die Ende 2016 bei der ITK Rheinland durchgeführte Betriebsprüfung durch das Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Krefeld wurde im ersten Halbjahr 2018 von Seiten des Finanzamtes abgeschlossen. Die Vertreter der Betriebsprüfung sind der Ansicht, dass die ITK Rheinland mit Teilen ihrer Leistungen einen Betrieb gewerblicher Art (BgA) begründet. Im Rahmen des BgA ist die ITK Rheinland demnach unternehmerisch tätig und die Leistungen unterliegen der gesetzlichen Umsatzsteuer. Die Abstimmung über die dem BgA zugehörigen Leistungen ist abgeschlossen und der ITK Rheinland wurden im Mai 2018 die Umsatzsteuerbescheide für die Jahre 2009 bis 2015 zugesandt. Gleichzeitig muss die ITK Rheinland seit 2016 Umsatzsteuervoranmeldungen abgeben. Eine Ertragssteuerpflicht wurde nicht festgestellt.

Gemäß Beschluss des Verwaltungsrates vom 21. März 2018 hat die ITK Rheinland gegen die Auffassung des Finanzamtes und die daraus resultierenden Umsatzsteuerbescheide Einspruch eingelegt und beabsichtigt, die vertretene Rechtsposition gegebenenfalls gerichtlich klären zu lassen. Sollte die ITK Rheinland vollständig umsatzsteuerpflichtig werden, so würde auf die Verbandsmitglieder nach aktueller Sachlage eine Mehrbelastung von schätzungsweise rund 6,1 Mio. Euro zukommen. Diese Summe setzt

sich aus der Umsatzsteuerbelastung für den bei der ITK Rheinland erbrachten Mehrwert (z. B. auf Personalkosten) und der Steuerbelastung auf bisher nicht steuerpflichtige Leistungen von Lieferanten abzüglich voraussichtlicher Vorsteuerbeträge zusammen.

Mit Veröffentlichung des BMF-Schreibens zum § 4 Nr. 29 UStG am 19. Juli 2022, sieht sich die Finanzverwaltung nun in der Lage, über die Einsprüche zu entscheiden. Die ITK Rheinland wurde mit Schreiben vom 12. Oktober 2022 dazu aufgefordert, Unterlagen zur Aufteilung der Leistungen zwischen steuerpflichtigen und steuerbefreiten BgAs beizubringen und die einzelnen Leistungen der BgA dahingehend zu prüfen ob die Merkmale „Unmittelbarkeit“ und „Wettbewerbsverzerrung“ erfüllt bzw. nicht erfüllt sein könnten. Für die Bereitstellung der geforderten Unterlagen zur Aufteilung der Leistungen benötigt die ITK Rheinland die Unterstützung ihrer Verbandsmitglieder. Daher wurden am 28. Oktober 2022 die Verbandsmitglieder aufgefordert, bei der Beantwortung der Fragen mitzuwirken. Die Zusammenstellung und Prüfung der Antworten dauert an. Die ITK Rheinland befindet sich gleichzeitig im engen Austausch mit der Finanzverwaltung, um etwaige Fristen nicht unbeantwortet verstreichen zu lassen.

Einige Verbandsmitglieder, die für die ITK Rheinland sogenannte „Verwaltungsleistungen“ erbringen, haben auf die weitere Verlängerung der Option jedoch verzichtet. Diese stellen ab dem 01.01.2023 ihre Leistungen inklusive Umsatzsteuer der ITK Rheinland in Rechnung, so dass es hier bereits zu einer Mehrbelastung, wenn auch in einem überschaubaren Ausmaß, kommt.

#### Haushaltslage der Kommunen des Zweckverbands

Die wirtschaftliche Lage für die Kommunen im Zweckverband hat sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Da die ITK Rheinland nahezu ausschließlich für ihre angeschlossenen Kommunen tätig ist, bestehen hier entsprechende Risiken. Insbesondere durch den anhaltenden Ukraine-Krieg und die daraus resultierenden Flüchtlingsströme und gestiegenen Inflation haben auch Konsequenzen für die Haushaltslage der Kommunen. Bisher hat die ITK Rheinland keine größeren Auswirkungen der höheren Ausgaben, sinkenden Einnahmen und der Steuerausfälle ihrer angeschlossenen Kommunen zu spüren bekommen. Allerdings ist nicht absehbar, inwieweit sich dies in den Folgejahren noch ändern kann.

Weitere wesentliche Ereignisse, welche Einfluss auf diese Einschätzung zur Risikolage haben, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Im Vergleich zu Unternehmen im privatwirtschaftlichen Bereich ist die Risikolage überschaubar und durch gemeinsame Anstrengungen mit den Mitgliedern und Arbeitsgemeinschaften zu meistern.

Risiken, die den Bestand der ITK Rheinland gefährden oder die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich beeinträchtigen, sind nicht zu erkennen.

Die Chancen und Risiken sind bei den folgenden Prognoseaussagen im Lagebericht nicht enthalten, da sie lediglich theoretisch denkbare Auswirkungen auf die Prognosen haben.

#### **D. Prognosebericht**

Im Jahr 2023 wird mit Umsatzerlösen von rund 63.034 T€, davon etwa 61.324 T€ an Umsatzerlösen mit Verbandsmitgliedern, gerechnet. Grundlage für diese Prognose ist die satzungsgemäße Bekanntgabe der Produktpreise 2023 für die Verbandsmitglieder am 30. Juni 2022. Die Berechnung dieser Preise beruht auf dem Beschluss des Verwaltungsrates vom 7. September 2020 zur Novellierung der Preisbildung.

Die Personalplanung sieht eine vollständige Substitution der Personalabgänge vor.

Die ITK Rheinland ist, wie schon im Chancen- und Risikobericht dargestellt, nahezu ausschließlich für Kommunen tätig. Das Ausmaß der jeweiligen Effekte aus dem Ukraine-Krieg kann nicht präzise eingeschätzt werden. Wir gehen jedoch unverändert davon aus, den vorgenannten Planwert der Umsatzerlöse zu erreichen. Aufgrund dessen wurde die Erwartung über die voraussichtliche Entwicklung in 2023 nicht gegenüber der ursprünglichen Planung für 2023 angepasst.

Im Wesentlichen wird von einer positiven Entwicklung ausgegangen.

### E. Berichterstattung über Sachverhalte im Sinne von § 53 Abs. 1 Nr. 2 Haushaltsgrundsätzegesetz

Der Verbandsvorsteher hat gemäß § 25 Abs. 2 EigVO NRW im Lagebericht auch auf Sachverhalte einzugehen, die Gegenstand der Berichterstattung gemäß § 103 Absatz 3 Satz 2 GO NRW im Rahmen der Prüfung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes sein können. Auf berichtspflichtige Sachverhalte ist im Rahmen der bisherigen Berichterstattung eingegangen worden.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Verwaltungsrat

Harald Zillekens (Vorsitzender)	Bürgermeister	Stadt Jüchen
Marc Venten (stellv. Vorsitzender)	Bürgermeister	Stadt Korschenbroich
Susanne Garding-Maak	Kämmerin	Gemeinde Rommerskirchen
Dr. Michael Rauterkus	Beigeordneter	Landeshauptstadt Düsseldorf
Harald Vieten	Dezernent	Rhein-Kreis Neuss
Eric Lierenfeld	Bürgermeister	Stadt Dormagen
Claus Ropertz (bis 06.02.2022)	Dezernent	Stadt Greven- broich
Roland Knapp (ab 07.02.2022)	Amtsleiter	Stadt Grevenbroich
Ursula Baum	Bürgermeisterin	Stadt Kaarst
Christian Bommers	Bürgermeister	Stadt Meerbusch
Björn Felten	Leiter Fachbereich Organi- sation und IT	Stadt Mönchengla- dbach
Holger Lachmann (bis 24.10.2022)	Beigeordneter	Stadt Neuss
Ralf Kriesemer (ab 25.10.2022)	Fachbereichsleiter	Stadt Neuss

## Geschäftsführung

Dr. Bodo Karnbach	Geschäftsführer
Wolfgang Vits	Geschäftsführer

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehört am 31.12.2022 von den insgesamt 11 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 18 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Die Verbandsversammlung hat in Ihrer Sitzung am 25.11.2019 den Gleichstellungsplan der ITK Rheinland beschlossen, dieser wurde am 11.12.2019 für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter veröffentlicht und hat eine Geltungsdauer vom 01.12.2019 bis 31.12.2022.

### 3.4.8 D-NRW AÖR

#### Basisdaten

Sitz: Rheinische Straße 1 in 44137 Dortmund

Kontakt: Telefon: 0231 222 438-10  
Fax: 0231 222 438-11  
E-Mail: info@d-nrw.de



Internetauftritt: www.d-nrw.de

Gründungsjahr: 2017

#### Zweck der Beteiligung

Die d-NRW AÖR unterstützt Ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der Beteiligung soll der Einsatz von Informationstechnik in der Verwaltung der Stadt Meerbusch unterstützt und die Entwicklung zukunftsweisender IT-Lösungen in Nordrhein-Westfalen vorangetrieben werden.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Träger der d-NRW AÖR zum 31.12.2022 sind:

- Land Nordrhein-Westfalen
  - vertreten durch das für Digitalisierungen zuständige Ministerium,
- 335 Städte und Gemeinden,
- 31 Kreise inkl. der Städteregion Aachen sowie
- die Landschaftsverbände LVR und LWL.

#### Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	63,8	7,4	+56,4
II. Sachanlagen	75,9	68,4	+7,5
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	2.396,2	2.392,5	+3,7
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.788,2	7.780,4	-2.992,2
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	18.758,0	10.347,2	+8.410,8
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	10,2	5,1	+5,1
<b>Bilanzsumme</b>	26.092,4	20.601,0	+5.491,4
<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. gezeichnetes Kapital	1.368,0	1.281,0	+87,0
II. Kapitalrücklage	1.528,8	1.528,8	0,0
III. Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0
<b>B. Rückstellungen</b>	5.607,4	3.339,7	+2.267,7
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	17.558,6	14.451,6	+3.107,0
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	29,6	0,0	+29,6
<b>Bilanzsumme</b>	26.092,4	20.601,0	+5.491,4

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	101.209,1	51.001,5	+50.207,6
2. sonstige betriebliche Erträge	432,7	344,2	+88,5
3. Materialaufwand	-96.866,3	-47.342,1	+49.524,2
4. Personalaufwand	-4.039,9	-3.312,7	+727,2
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-45,6	-39,8	+5,8
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-676,1	-636,8	+39,3
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13,8	-31,3	-17,5
8. Ergebnis nach Steuern	7,96	-17,0	+25,0
9. Sonstige Steuern	-7,96	17,0	-25,0
10. Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0

## Kennzahlen

	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	11,1	13,6	-2,5
Eigenkapitalrentabilität	0,0	0,0	0,0
Anlagendeckungsgrad 2	2.073,5	3.704,3	-1.630,8
Verschuldungsgrad	799,7	633,1	+166,6
Umsatzrentabilität	0,0	0,0	0,0

## Personalbestand

Im Jahr 2022 waren durchschnittlich 69 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2021: 62) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### I. Grundlagen des Unternehmens

#### Geschäftsmodell des Unternehmens

Die d-NRW AöR ist auf der Grundlage des Gesetzes vom 25.10.2016 über die Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“, das am 05.11.2016 in Kraft getreten ist – geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 23.01.2018 (GV. NRW. S. 90), in Kraft getreten am 02.02.2018, durch Artikel 3 des Gesetzes vom 30.06.2020 (GV. NRW. S. 644), in Kraft getreten am 14.07.2020 und durch Artikel 5 des Gesetzes vom 01.02.2022 (GV. NRW. S. 122), in Kraft getreten am 19.02.2022 – seit dem Jahreswechsel 2016/2017 als Rechtsnachfolgerin der d-NRW Besitz-GmbH & Co. KG und der d-NRW Besitz-GmbH Verwaltungsgesellschaft tätig.

Die d-NRW AöR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Mit der im Berichtsjahr erfolgten Änderung des Errichtungsgesetzes können der Anstalt gem. § 6 Absatz 2 (n. F.) nunmehr Digitalisierungsaufgaben der Landesverwaltung mit strategischer Bedeutung durch Rechtsverordnung zugewiesen und zugleich eine Betrauung Dritter mit diesen Aufgaben ausgeschlossen werden. Die zugehörige Rechtsverordnung zur Aufgabenübertragung auf die d-NRW AöR (d-NRW VO) vom 28.03.2022, verkündet durch Bekanntmachung im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW am 25.04.2022 (GV. NRW. 2022 S. 493), ist am 26.04.2022 in Kraft getreten. Folgende Aufgaben sind dadurch auf die Anstalt übertragen worden:

Geschäftsstelle Onlinezugang / Koordinierung und Bereitstellung von sog. EfA-Diensten (Kommunalvertreter.NRW) / FIM-Koordinierung nebst Landesredaktion NRW / Geschäftsstelle Digitales Archiv NRW und die Weiterentwicklung, Pflege und Wartung in den Aufgabenbereichen Serviceportal.NRW / Wirtschafts-Service-Portal.NRW / Vergabeportal.NRW / Meldeportal Behörden und Lichtbildportal / Förderplan.web / Sozialplattform / KiBiz.web / Bauportal.NRW / PfAD-Familie sowie Betrieb von einzelnen XStandards mit der Koordinierungsstelle für IT-Standards (KoSIT).

Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Träger der d-NRW AöR sind mit Stand vom 31.12.2022 das Land Nordrhein-Westfalen sowie 368 nordrhein-westfälische Kommunen (Städte, Gemeinden, Kreise inkl. der Städteregion Aachen und die beiden Landschaftsverbände).

### II. Geschäftsverlauf

#### a) Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die deutsche Gesamtwirtschaft ist im Berichtsjahr trotz Inflation, Ukraine-Krieg, Energiepreiskrise und fortdauernder Lieferschwierigkeiten um ca. 2,0 % (Vorjahr: 2,9 %) gewachsen. Wie schon in den Vorjahren ist der IT-Sektor vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Für den Bereich Information und Kommunikation konnte ein deutlicher Zuwachs von 3,6 % verzeichnet werden. Aufgrund der voranschreitenden Digitalisierung gewinnt die Informationstechnologie-Branche weiter an Bedeutung, was sich im stetigen Umsatzwachstum des IT-Bereichs, insbesondere in der IT-Dienstleistungsbranche widerspiegelt. Es gilt, die großen Chancen und Potentiale der Digitalisierung noch intensiver zu erschließen

und die digitale Transformation weiter zu beschleunigen. Die Digitalisierung der Verwaltung im Zusammenhang mit dem sich vollziehenden digitalen Wandel von Gesellschaft und Wirtschaft bildete die Grundlage für weiterhin gute Umsätze.

#### b) Produktentwicklung

Bei der Produktentwicklung standen die Zusammenarbeit von Land und Kommunen im Bereich des Serviceportals.NRW, die Weiterentwicklung des Wirtschafts-Service-Portals.NRW, die Entwicklung der Sozialplattform, die Realisierung des Bauportal.NRW, die Umsetzung eines Antragservice für die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen, die IT-Unterstützung für die Abwicklung des Förderprogrammcontrollings verschiedener Ressorts, die Aufträge für den Ausbau von IT-Lösungen für den Bereich Kinder und Jugend im Geschäftsbereich des MKJFGFI, diverse Entwicklungen im Bereich der PfAD-Projekte sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) im Vordergrund.

#### c) Absatz- Beschaffungspolitik

Wesentliche Vertragspartner auf der Beschaffungsseite waren die BMS Consulting GmbH, Düsseldorf, die Capgemini Deutschland GmbH, Ratingen, die Cassini Consulting AG, Düsseldorf, die cosinex GmbH, Bochum, die Deloitte Consulting GmbH, Düsseldorf, die Detecon International GmbH, Köln, die flowconcept Agentur für Kommunikation GmbH, Oberhaching, die KPMG AG, Hamburg, die Materna Information & Communications SE, Dortmund, die Nortal AG, Berlin, die publicplan GmbH, Düsseldorf, die T-Systems International GmbH, Düsseldorf, sowie das Kommunale Rechenzentrum Niederrhein, Kamp-Lintfort, und das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe, Lemgo. Wesentliche Vertragspartner auf der Absatzseite waren das Land Nordrhein-Westfalen und die Kommunen in NRW.

#### d) Produktion

Die Produktion erfolgte unmittelbar durch die unter lit. c) genannten Projektpartner auf Beschaffungsseite.

#### e) Investitionen

Die Anstalt hat im Jahr 2022 keine nennenswerten Investitionsmaßnahmen ergriffen.

#### f) Finanzierung

Die Finanzierung der Anstalt erfolgte im Geschäftsjahr 2022 vollständig durch die Kostenerstattung aus Aufträgen.

#### g) Personal

Die Anstalt hat im Jahr 2022 im Durchschnitt 69 Mitarbeiter:innen beschäftigt. Kennzeichnend war – wie bereits in den Vorjahren – die Aufstockung der Personalressourcen infolge von neuen Aufgaben und zunehmenden Projektaufträgen.

#### h) Umwelt

Umweltrisiken und umweltrechtliche Auflagen oder Anforderungen bestehen nicht. Umweltschutzmaßnahmen wurden infolgedessen nicht durchgeführt.

### i) Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr

Auf die im Berichtsjahr erfolgte Änderung des Errichtungsgesetzes der d-NRW AöR, die insbesondere eine Verordnungsermächtigung (§ 6 Abs. 2) beinhaltet, und die exklusive Zuweisung von Digitalisierungsaufgaben auf die Anstalt per Rechtsverordnung (d-NRW VO) wurde bereits unter I. hingewiesen.

Im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen vom 15.05.2022 haben sich nachfolgende Umressortierungen ergeben, die für die d-NRW AöR bedeutsam sind. Die allgemeine Aufsicht über die Anstalt ist vom vormaligen Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (MWIDE) NRW auf das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKBD) NRW übergegangen, das zugleich auch das Land Nordrhein-Westfalen als Träger der Anstalt vertritt.

Im Berichtsjahr erfolgte im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung zur Gewinnung von externen Dienstleistungskapazitäten zur Umsetzung, Wartung, Pflege, Gestaltung und Redaktion von nrwGOV-Themenseiten die Zuschlagserteilung mit einer Obergrenze von bis zu 3 Mio. EUR und einer Laufzeit von 4 Jahren.

Als sog. Kommunalvertreter.NRW bildet die d-NRW AöR die Schnittstelle zwischen den ITDienstleistern und kommunalen Verwaltungen und organisiert zentral für nachnutzbare Online-Dienste die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustauschs und stellt den Kommunen diese Dienste zur Nachnutzung bereit. Damit zusammenhängend waren im Berichtsjahr 85 Beitritte von Städten, Gemeinden und Kreisen zu verzeichnen, die den Trägerkreis der d-NRW AöR bis zum Jahresende 2022 auf insgesamt 368 Kommunen haben anwachsen lassen.

### III. Lage des Unternehmens

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2022 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 101.209 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 51.002) ergibt sich mithin eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleistungskapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.

#### a) Vermögenslage

Die Anstalt hat Vermögen in erster Linie durch Erlöse aus Projektaufträgen für Softwarelösungen aufgebaut. Durch die Umwandlung von der privatrechtlichen in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform greift seit dem Jahr 2017 das Kostenerstattungsprinzip.

Wesentliche Bilanzposten Aktiva	31.12.2021 T€	31.12.2022 T€	Veränderung T€
Anlagevermögen	76	140	+64
Umlaufvermögen	20.520	25.940	+5.422
Rechnungsabgrenzung	5	10	+5
<b>Passiva</b>			
Eigenkapital	2.810	2.897	+87
Fremdkapital	17.791	23.195	+5.404
<b>Bilanzsumme</b>	<b>20.601</b>	<b>26.092</b>	<b>+5.491</b>

Im Vergleich zum 31.12.2021 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 5.422 erhöht. Grund dafür sind bei einer Erhöhung der bereits geleisteten Anzahlungen (+TEUR 4) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 8.411) bei zugleich verringerten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (-TEUR 2.194) sowie eine Verringerung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (-TEUR 802).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+TEUR 87) und das Fremdkapital ist um +TEUR 5.404 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 1.116) und die „Sonstige Verbindlichkeiten“ (+TEUR 2.102) gewachsen. Demgegenüber sind die „Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 112) im Vergleich zum 31.12.2021 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+TEUR 2.268). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 2.557) und die Rückstellungen für Urlaub und Mehrarbeit (+TEUR 28), bei verringerten „Sonstige Rückstellungen“ (-TEUR 279) und verringerten Rückstellungen für Gewährleistungen (-TEUR 42).

#### b) Finanzlage

Die Finanzlage der Anstalt ist in 2022 zufriedenstellend gewesen. Finanzierungsquellen waren Aufträge aus dem Kreis der Anstaltsträger. Die Anstalt hat über eine ausreichende Liquidität verfügt.

Die Eigenkapitalquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr wegen der höheren Bilanzsumme (+TEUR 5.491), insbesondere aufgrund von erhöhten Geldmitteln (+TEUR 8.411), auf 11,1 % (31.12.2021: 13,6 %) verringert.

Der Finanzmittelbestand (Bankguthaben, Kassenbestand) beträgt TEUR 18.758 (31.12.2021: TEUR 10.347).

Die Liquidität 2. Grades beträgt 101,6 % (Vorjahr: 101,9 %).

#### c) Ertragslage

Die Ertragslage hat im Wirtschaftsjahr 2022 in engem Zusammenhang mit dem Geschäftsbetrieb in den Produktbereichen Onlinezugangsgesetz (OZG), Wirtschafts-Service-Portal.NRW, Sozialplattform, Förderprogrammcontrolling, Landesredaktion FIM, Kommunalvertreter. NRW, Serviceportal.NRW, Digitales Archiv, Online Sicherheitsprüfung, PfAD, Meldeportal Behörden und KiBiz.web sowie den Beratungsleistungen im Bereich der Landesverwaltung gestanden. Diese Bereiche haben sich positiv entwickelt.

	31.12.2021	31.12.2022	Veränderung
	T€	T€	T€
Betriebserträge	51.346	101.642	+50.297
Betriebsaufwendungen	-51.348	-101.628	+50.314
Finanzergebnis	-31	-14	-17
Jahresergebnis	0	0	0

Für das Geschäftsjahr 2022 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AÖR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Für den Fall von Kostenüberdeckungen ist grundsätzlich von einer Ausgleichsverpflichtung auszugehen. Dieser Ausgleichsverpflichtung ist zunächst – soweit möglich – auftragsindividuell nachzukommen. Sofern dies nicht möglich ist, resultiert aus § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AÖR die grundsätzliche Verpflichtung, in einem Geschäftsjahr insgesamt entstehende Kostenüber- oder -unterdeckungen bei der Entgeltgestaltung zukünftiger Geschäftsjahre entgeltmindernd (Kostenüberschreitung) bzw. entgelterhöhend (Kostenunterdeckung) zu berücksichtigen.

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2021 T€	31.12.2022 T€	Veränderung T€
Projekterlöse	22.604	16.184	-6.420
Dienstleistungen ohne USt.	29.820	87.582	+57.763
Übrige Umsatzerlöse	1	0	-1
	<b>52.425</b>	<b>103.766</b>	<b>+51.342</b>
Aufwand/Ertrag aus Ausgleichsverpflichtung	-1.423	-2.557	-1.134
	<b>51.002</b>	<b>101.209</b>	<b>+50.208</b>

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 49.524 auf TEUR 96.866 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. TEUR 676 (Vorjahr: TEUR 637) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z. B. Telefonkosten TEUR 24 (Vorjahr: TEUR 21), Raummiete TEUR 195 (Vorjahr: TEUR 185), Fortbildungskosten TEUR 57 (Vorjahr: TEUR 62), Rechts- und Beratungskosten TEUR 105 (Vorjahr: TEUR 52), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 5 (Vorjahr: TEUR 11), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 22) sowie Buchführungskosten TEUR 27 (Vorjahr: TEUR 25).

Bei den Zinsaufwendungen TEUR 14 (Vorjahr: TEUR 31) – ausgewiesen im Finanzergebnis – handelt es sich um Verwahrentgelte.

#### d) Finanzielle (und nichtfinanzielle) Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren der Anstalt sind vor allem die bestehenden Rahmenverträge „RV 2019-2023 (Lose 1-7)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 3.238 (von ursprünglich TEUR 40.000), „nrwGOV & NRW.OS 2020-2024 (Lose 1-2)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 922 (von ursprünglich TEUR 10.000), „RV 2021- 2025 (Lose 1-6)“ mit einem noch verbleibenden Volumen in Höhe von TEUR 121.000 (von ursprünglich TEUR 200.000).

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind ebenfalls mit den Rahmenverträgen verbunden. Die Inanspruchnahme von Leistungen aus den Rahmenverträgen der d-NRW AÖR bedeutet für die auftraggebenden Stellen (Ministerien) eine wesentliche Vereinfachung und ist daher grundsätzlich mit einer großen Kundenzufriedenheit verbunden.

Entsprechendes gilt für die Nachnutzung von sog. EfA-Diensten durch die Kommunen, deren Arbeit damit maßgeblich erleichtert wird. Dies spiegelt sich im Hinblick auf den Trägerkreis der d-NRW AÖR auch in den zahlreichen Beitritten im Berichtsjahr wider.

Hinsichtlich der Beschäftigten der d-NRW ist zu vermerken, dass für die Organisation seit jeher eine große Zufriedenheit der Mitarbeiter:innen kennzeichnend ist. Hinweise darauf finden sich nicht nur in den einschlägigen Bewertungsportalen, sondern sind auch in der äußerst geringen Fluktuationsrate (4 % in 2022) erkennbar. Veränderungen ergeben sich zumeist aus persönlichen Gründen (z. B. Nähe zum Wohnort, weniger aus Gründen, die mit der Tätigkeit bei d-NRW verbunden sind). Positiv hervorgehoben werden die Fortbildungsmöglichkeiten, die den Beschäftigten eine persönliche und fachliche Weiterentwicklung gestatten. Einen großen Zuspruch finden die IPMA-Schulungen mit denen eine Zertifizierung für das Projektmanagement verbunden ist. Ebenso haben sich die berufsbegleitenden Fortbildungen zum Master (z. B. im Bereich IT-Management) als beliebtes Mittel zur Qualifizierung und Bindung der Beschäftigten bewährt. Für den Gesamtkontext befindet sich ein Personalentwicklungskonzept in der Aufstellung. Die d-NRW AÖR verfügt mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von 36,4 Jahren (Stand: 31.12.2023 – ohne studierende Aushilfen) über ein agiles und hochmotiviertes Team, das maßgeblich für den Erfolg der Anstalt ist.

#### e) Risikomanagement

Ein dokumentiertes Risikofrüherkennungssystem gibt es bislang nicht. Aktuell wird vor dem Hintergrund des stetigen Wachstums der d-NRW AÖR ein Risikomanagementsystem etabliert.

### **IV. Wesentliche Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

#### a) Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AÖR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AÖR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AÖR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch ergeben sich weitere Potentiale für die Anstalt. Weitere Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, sind auf der Grundlage der bereits o. g. d-NRW VO zu erwarten, mit der der Anstalt strategische Digitalisierungsaufgaben exklusiv per Rechtsverordnung übertragen worden sind. Dadurch kann sich die d-NRW AÖR noch stärker in die digitale Transformation einbringen.

#### b) Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen (z. B. Ausgestaltung des OZG-Folgegesetzes). Unwägbarkeiten ergeben sich zudem noch im Nachgang der nordrhein-westfälischen Landtagswahl 2022, weil die Ausrichtung der weiteren Digitalisierung der Verwaltung in NRW bislang noch nicht abschließend geklärt ist.

#### c) Prognose

Vor dem Hintergrund, dass die Konjunkturmittel des Bundes in Höhe von TEUR 200.000, die im Zusammenhang mit der OZG-Umsetzung derzeit bewirtschaftet werden, nur zeitlich befristet zur Verfügung stehen, ist zu erwarten, dass sich Umsatzerlöse und damit einhergehend auch die Betriebserlöse und -aufwendungen in den kommenden Jahren voraussichtlich reduzieren werden, d. h. sich wieder in Richtung der Vorjahreswerte bewegen werden.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Verwaltungsrat

Sebastian Kopietz	Stadtdirektor Stadt Bochum
Harald Zillikens	Bürgermeister Stadt Jüchen
Andreas Wohland	Beigeordneter Städte & Gemeindebund NRW
Dirk Brügge	Kreisdirektor Rhein-Kreis-Neuss
Dr. Marco Kuhn	Erster Beigeordneter Landkreistag NRW
Prof. Dr. Andreas Meyer-Falcke	CIO – Beauftragter der Landesregierung für IT MWIDE NRW
Simone Dreyer	Regierungsbeschäftigte MAGS NRW
Lee Hamacher	Ministerialdirigentin MKJFGFI NRW
Dr. Heinz Oberheim	Ministerialrat FM NRW
Katharina Jestaedt	Ministerialdirigentin IM NRW
Diane Jägers	Ministerialdirigentin MHKBG NRWD

### Geschäftsführung

Dr. Roger Lienenkamp	Geschäftsführer
----------------------	-----------------

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören zum 31.12.2022 von den insgesamt 11 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 44,0 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Für die d-NRW AöR wurde ein Gleichstellungsplan, mit Gültigkeit für die Jahre 2021 bis 2025, erstellt.

### 3.4.9 LOKALRADIO KREIS NEUSS GMBH & CO. KG

#### Basisdaten

<u>Sitz:</u>	Moselstr. 14 in 41464 Neuss
<u>Kontakt:</u>	Telefon: 02131 - 400000 Fax: 02131 - 400011 E-Mail: redaktion@news894.de
<u>Internetauftritt:</u>	www.news894.de
<u>Gründungsjahr:</u>	1989

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Landesmediengesetz für den Betrieb des lokalen Rundfunks. Dabei handelt es sich im Einzelnen um folgende Aufgaben:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und dem Vertragspartner zur Verfügung zu stellen,
- dem Vertragspartner die zur Wahrnehmung seiner gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen,
- für den Vertragspartner den in § 72 LMG NRW genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen und
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit der Beteiligung verfolgt die Stadt den Zweck, ein pluralistisches Medienangebot zu gewährleisten.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	%-Anteil
Lokalfunk Kreis Neuss GmbH & Co. KG	75,0
Rhein-Kreis Neuss	7,0
Stadt Neuss	7,0
Stadt Grevenbroich	2,0
Stadt Dormagen	2,0
Stadt Kaarst	2,0
Stadt Meerbusch	2,0
Stadt Korschenbroich	1,5

Gemeinde Jüchen	1,0
Gemeinde Rommerskirchen	0,5

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Lokalradio Neuss GmbH & Co. KG nimmt die Aufgaben nach dem Landesmediengesetz für den Betrieb des lokalen Rundfunks wahr. Hierzu gehört die Beschaffung der zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen und diese den Vertragspartnern zur Verfügung zu stellen. Weitere Aufgaben sind die Bereitstellung erforderlicher Mittel im vertraglich bestimmten Umfang sowie die Verbreitung von Hörfunkwerbung.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	14,9	17,9	-3,0
II. Sachanlagen	124,5	157,5	-33,0
III. Finanzanlagen	26,0	26,0	0,0
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	64,0	103,6	-39,6
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	741,8	790,7	-48,9
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	5,2	4,6	0,6
<b>Bilanzsumme</b>	976,5	1.100,4	-123,9

<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	770,0	770,0	0,0
II. Kapitalrücklage	25,6	25,6	0,0
III. Verlustvortrag	1,4	0,00	+1,4

B. Sonderposten für aktivierte eigene Anteile	26,0	26,0	0,0
C. Rückstellungen	55,5	65,4	-9,9
D. Verbindlichkeiten	100,8	213,4	-112,6
<b>Bilanzsumme</b>	<b>976,5</b>	<b>1.100,4</b>	<b>-123,9</b>

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	1.322,1	1.303,1	+19,0
2. sonstige betriebliche Erträge	26,0	69,1	-43,1
3. Materialaufwand	811,9	827,5	-15,6
4. Personalaufwand	103,2	119,7	-16,5
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	47,7	54,5	-6,8
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	381,9	328,5	53,4
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2,4	4,6	-2,2
8. Steuern vom Einkommen und Ertrag	2,3	2,6	-0,3
9. Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1,4	34,8	-36,2
10. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	0,0	34,8	-34,8
11. Belastung auf Verlustvortragkonten der Gesellschafter	1,4	0,0	+1,4
12. Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,0	0,0	0,0

## Kennzahlen

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	81,3	72,3	+9,0
Eigenkapitalrentabilität	-0,2	4,4	-4,6
Anlagendeckungsgrad 2	480,1	394,9	+85,2
Verschuldungsgrad	19,7	35,0	-15,3
Umsatzrentabilität	-0,1	2,7	-2,8

## Personalbestand

Im Geschäftsjahr 2022 waren durchschnittlich 2 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2021: 3) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### 1 Grundlagen des Unternehmens

Die Gesellschaft ist eine Betriebsgesellschaft gem. §§ 52 ff. LMG NRW. Die Betriebsgesellschaft ist eine der beiden Säulen im lokalen Rundfunkmodell NRW. Daneben gibt es eine zweite Säule, die sogenannte Veranstaltergemeinschaft, ein e.V., der Inhaber der Sendelizenz und verantwortlich für die journalistischen Inhalte, das Radioprogramm, ist.

Zwischen der Gesellschaft und der Veranstaltergemeinschaft wurde eine vertragliche Vereinbarung zur Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Sendegebiet Kreis Neuss abgeschlossen, in der die Grundpflichten gem. § 60 LMG NRW geregelt sind. So stellt die Betriebsgesellschaft alle zur Programmproduktion erforderlichen technischen Einrichtungen zur Verfügung und erstattet der Veranstaltergemeinschaft sämtliche entstandenen Kosten, insbesondere die Personalkosten der Redaktion. Der Betriebsgesellschaft obliegt die Vermarktung der zur Verfügung gestellten Werbezeiten sowie die Erbringung weiterer betriebswirtschaftlicher Leistungen.

Die Leitung und Überwachung der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG erfolgt einerseits auf Grundlage der Umsatzerlöse und des Jahresergebnisses. Wichtiger nichtfinanzieller Leistungsindikator ist die Hörerreichweite.

#### 1.1 Branchenentwicklung

Im Jahr 2022 verzeichnete die Gattung Hörfunk in Deutschland eine marginale Abschwächung der Werbeumsätze in Höhe von -0,6% gegenüber dem Vorjahr und liegt damit jedoch weiterhin über dem Niveau des Gesamtmarktes, der um 3,4% schrumpfte. Der Marktanteil des Radios am Gesamtwerbe- markt verbesserte sich leicht von 5,0% auf 5,2% (Basis: Bruttowerbeumsätze). Radio NRW bleibt mit €

131 Mio. das umsatzstärkste Radioangebot in Deutschland und kann einen Zuwachs von 1,2% gegenüber dem Vorjahr verbuchen. (Quelle: RMS/Nielsen Media Research, unbereinigte Bruttowerbeumsätze)

Betrachtet man den NRW-Markt isoliert, so ist radio NRW mit 1,6 Mio. Hörern weiterhin das meistgehörte Radioprogramm in NRW und gewinnt gegenüber dem Vorjahr 15.000 Hörer (+1,0%). In der werberelevanten Zielgruppe der 14-49-Jährigen liegt radio NRW mit 694.000 Hörern (-3,7%) deutlich vor 1Live mit 536.000 Hörern (-8,2%). Die Radio-Kombi des WDR „Best of 14-49“ erreicht 995.000 Hörer und verliert 2,6% bzw. 27.000 Hörer in der Zielgruppe gegenüber dem Vorjahr. Der Reichweitenabstand der WDR-Kombi und radio NRW bleibt mit 301.000 Hörern konstant. (Quelle: MA 2022 Audio II Update, Durchschnittliche Stunde 6.00 bis 18.00 Uhr, Mo-Fr.).

## 2 Lage und Geschäftsentwicklung

### 2.1 Vermögens- und Finanzlage

Die Zugänge des Anlagevermögens betrafen im Wesentlichen Soft- und Hardware für die Büro- IT (11 T€). Die planmäßigen Abschreibungen betragen 48 T€, so dass sich das Anlagevermögen insgesamt um 36 T€ verringerte und zum Jahresende 2022 bei 165 T€ lag. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände der Gesellschaft reduzierten sich um insgesamt 40 T€ auf 64 T€, während die liquiden Mittel um 49 T€ zurückgingen. Dies ist maßgeblich auf den Rückgang des Jahresüberschusses zurückzuführen.

Auf der Passivseite reduzierten sich die Steuer- und die sonstigen Rückstellungen insgesamt um 10 T€. Der Rückgang der Verbindlichkeiten (insgesamt um 113 T€ gegenüber dem Vorjahr) ergibt sich aus der Auszahlung des Jahresüberschusses aus dem Vorjahr an die Gesellschafter sowie aus erhöhten Verbindlichkeiten des Vorjahres aufgrund von Umsatzkorrekturen von Seiten radio NRW zum Jahresende. Diese flossen dann als Verbindlichkeiten in den Vorjahresabschluss ein und fallen im Berichtsjahr weg. Bei einer Bilanzsumme von 976 T€ wird ein Eigenkapital von 794 T€ ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote lag bei 81,3% (Vorjahr: 72,3%).

### 2.2 Ertragslage

Das Jahr stand weiter stark unter krisenhaftem Einfluss, neben der Corona-Pandemie waren der Ukrainekrieg und die sich hieraus ergebenden wirtschaftlichen Implikationen ausschlaggebend. Das Jahresergebnis lag im Berichtsjahr mit -1 T€ erwartungsgemäß noch einmal unter dem des Vorjahres (2021: +35 T€). Die Umsatzerlöse entwickelten sich mit einem Anstieg von rund 1,5% zwar insgesamt ebenfalls planmäßig, in den einzelnen Erlössegmenten ergaben sich zum Teil jedoch deutliche Verschiebungen zum Plan:

Umsatz	2022	Anteil	2021	Anteil	Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
Umsatzerlöse Lokal	411	40,6	406	31,2	5	1,2
Umsatzerlöse Funk-Kombi West	376	28,3	429	32,9	-53	-12,4
Umsatzerlöse radio NRW	462	34,9	398	30,5	64	16,1
Sonstige Erlöse	74	5,7	70	5,4	4	5,7
<b>Summe Umsatz</b>	<b>1.323</b>	<b>100,0</b>	<b>1.303</b>	<b>100,0</b>	<b>20</b>	<b>1,5</b>

Die sogenannten Hörerreichweiten (Elektronische Medien Analyse Nordrhein-Westfalen: E.M.A.) beschreiben als nichtfinanzieller Leistungsindikator die Akzeptanz des Senders im Hörermarkt und entwickelte sich wie folgt:

Zielgruppe 14-49 Jahre

Hörerreichweite	E.M.A. 2022 II	E.M.A. 2022 I	E.M.A. 2021 II	E.M.A. 2021 I
Durchschnittsstunde 6-18 Uhr, Mo-Fr	6,8%	7,4%	4,5%	4,7%

Die Reichweite der E.M.A. 2022 I wird für die Zuweisung der Erlöse von Seiten radio NRW zugrunde gelegt und war mit 7,4% sehr zufriedenstellend.

Insgesamt sind wir mit dem Geschäftsverlauf 2022 zufrieden.

### 3 Prognosebericht und Bericht über die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

#### 3.1 Prognosebericht

Wir erwarten für die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2023 sowohl im lokalen Markt als auch in der Funk-Kombi West ein deutliches Umsatzwachstum. Diese Erwartung stützt sich einerseits auf das Ausbleiben eines umfassenden Wirtschaftseinbruchs und andererseits auf ein Ende der Einschränkungen aus den Corona-Maßnahmen. Radio NRW prognostiziert Vertriebsprovisionen in 2023 leicht unter Vorjahresniveau. Bei gleichzeitig sinkender individueller Reichweite von NE-WS 89.4, die maßgeblich ist für den Anteil des Radios an den radio NRW-Vertriebsprovisionen, wird das gute Vorjahresniveau der radio NRW-Zuflüsse nicht erreicht werden können. Die aktuelle Erhebung im Jahr 2023 zeigt für den Sender mit 5,5% einen weiter rückläufigen Reichweitenwert. In der Gesamtbetrachtung wird das Jahresergebnis in 2023 voraussichtlich in der Verlustzone und deutlich unter dem Vorjahr liegen, da die geplante Gesamtumsatzsteigerung die krisenbedingt höher geplanten Gesamtkosten nicht kompensieren wird.

#### 3.2 Risiko- und Chancenbericht

Die Ergebnisse des Senders sind stark von den erzielten Werbeerlösen und der Hörerreichweite abhängig. Die Hörerreichweite ist Grundlage für die von radio NRW zugeteilten Vertriebsprovisionen und dient als Argumentation gegenüber den lokalen und regionalen Werbekunden (Werbewirksamkeit). Wirtschaftliche Schwächephasen, ausgelöst zum Beispiel durch Lieferkettenprobleme, Preissteigerungen, Corona-Maßnahmen oder auch durch den Ukraine-Krieg können einen direkten wesentlichen negativen Einfluss auf das Buchungsverhalten der lokalen und regionalen Werbekunden und damit auf die Umsatzerlöse haben.

Hinzu kommt, dass Werbeerlöse und Hörerreichweite durch den Hinzutritt neuer Wettbewerber in Nordrhein-Westfalen beeinträchtigt werden können: Mit Antenne NRW wurde in 2021 ein DAB+-Angebot und mit NRW1 in 2022 ein weiteres regionales UKW-Format in den Markt gebracht. Beide Wettbewer-

ber werden ihre Marktaktivitäten in 2023 verstärken. Zudem wird ein sich weiter änderndes Medien-nutzungsverhalten, insbesondere in der jungen Zielgruppe (14-29 Jahre), einen negativen Einfluss auf die Hörerreichweite und damit direkt und indirekt auch auf die Werbeerlöse haben.

Da die Kostenseite kaum flexibel angepasst werden kann, sondern stattdessen direkt von den inflationsbedingten Kostensteigerungen betroffen ist, haben unerwartete, kurzfristige Einflüsse auf der Erlösseite direkte Auswirkungen auf das Jahresergebnis.

In dem von der Landesanstalt für Medien intensiv vorangetriebenen Strukturanalyse-Prozess des NRW-Lokalfunks liegt eine Chance auf Entwicklung einer mittelfristig wirtschaftlichen Tragfähigkeit eines flächendeckenden Lokalfunks.

In die Risikobetrachtung der Geschäftsführung werden auch die verwendeten Finanzinstrumente einbezogen. Zu den im Unternehmen verwendeten Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen die Forderungen und Verbindlichkeiten, die sich aus der laufenden Geschäftstätigkeit ergeben. Die Forderungen unterliegen einem Ausfallrisiko, das heißt dem Risiko, dass Geschäftspartner ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können und somit ein Ausfall der Forderung zu verzeichnen ist. Diesem Risiko wird fallweise über eine Beurteilung der Bonität der Kunden im Vorfeld des Eingehens einer Geschäftsbeziehung vorgesorgt und durch die laufende Überwachung entgegengewirkt. Damit wird das Risiko sowohl antizipativ als auch laufend in die Risikobeurteilung einbezogen. Daneben wird das Risiko bilanziell über Wertberichtigungen im Jahresabschluss berücksichtigt. Darüber hinaus ist das Unternehmen Liquiditätsrisiken und Zahlungsschwankungen ausgesetzt, denen über eine stetige Überwachung der Liquidität begegnet wird. Auf den Einsatz derivativer Finanzinstrumente wird vollständig verzichtet.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Geschäftsführung

Geschäftsführer der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG ist die Lokalradio Kreis Neuss Verwaltungs-GmbH, Neuss, vertreten durch ihren Geschäftsführer Herrn Uwe Peltzer, Mönchengladbach, Geschäftsführer der Radiogesellschaften der Rheinische Post Mediengruppe. Als Vergütung für die geleistete Tätigkeit wurden dem Geschäftsführer im Berichtsjahr keine Bezüge gewährt. Der Geschäftsführer ist bei der Gesellschaft nicht angestellt.

### Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

In diesem Unternehmen ist kein Aufsichtsgremium vorhanden.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

In der Unternehmenssatzung für den Sender, in diesem Fall der Gesellschaftsvertrag der Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG, gibt es keinen Hinweis auf einen Gleichstellungsplan nach LGG. Dies hat den Hintergrund, dass der Vertrag im Jahr 1989 abgeschlossen wurde und das Gesetz zu diesem Zeitpunkt noch nicht existierte und daher kein Gleichstellungsplan vereinbart werden musste. Gleichwohl trägt die Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co KG dafür Sorge, dass die Ziele des LGG beachtet werden.

### 3.4.10 GWG GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSGESELLSCHAFT KREIS VIERSEN AG

#### Basisdaten

Sitz: Willy-Brandt-Ring 17 in 41747 Viersen

Kontakt: Telefon: 02162 / 5780-0

Fax: 02162 / 5780-599

E-Mail: [info@gwg-kreis-viersen.de](mailto:info@gwg-kreis-viersen.de)



Internetauftritt: [www.gwg-kreis-viersen.de](http://www.gwg-kreis-viersen.de)

Gründungsjahr: 1901

#### Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der Mitglieder der Gesellschaft. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die GmbH besitzt in Meerbusch 791 Wohneinheiten. Mit der Beteiligung sollen die Interessen der Stadt an einer günstigen Wohnraumversorgung unterstrichen werden.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	%-Anteil
Kreis Viersen	42,43
Sparkasse Krefeld	38,92
Stadt Willich	5,52
Schwalmtalwerke Anstalt des öffentlichen Rechts	2,98
Stadt Meerbusch	2,88
Stadt Viersen	2,47
Gemeinde Niederkrüchten	1,94
Gemeinde Brüggen	1,43
Stadt Tönisvorst	0,45
Stadt Kempen	0,32
Stadt Nettetal	0,32
Gemeinde Grefrath	0,32
1 Privatperson	0,02

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Kreis Viersen AG besitzt in dem Gebiet der Stadt Meerbusch 791 Wohneinheiten.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	<b>2022</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	<b>TEURO</b>	<b>TEURO</b>	<b>TEURO</b>
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	171,8	82,1	+89,7
II. Sachanlagen	233.063,9	226.061,1	+7.002,8
III. Finanzanlagen	559,6	553,9	+5,7
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Vorräte	9.774,2	9.732,0	+42,2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	778,8	508,5	+270,3
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	22.386,4	1.820,6	+20.565,8
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>9,3</b>	<b>5,7</b>	<b>+3,6</b>
<b>D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung</b>	<b>0,0</b>	<b>47,7</b>	<b>-47,7</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>266.744,0</b>	<b>238.811,6</b>	<b>+27.932,4</b>

<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	<b>2022</b>	<b>Vorjahr</b>	<b>Veränderung Berichts- zu Vorjahr</b>
	<b>TEURO</b>	<b>TEURO</b>	<b>TEURO</b>
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. gezeichnetes Kapital	32.508,0	16.254,0	+16.254
II. Kapitalrücklage	3.870,0	0	+3.870,0
III. Gewinnrücklagen	35.878,9	33.427,0	+2.451,9

IV. Gewinnvortrag	195,2	148,0	+47,2
V. Jahresüberschuss	5.037,1	2.649,7	+2.387,4
VI. Einstellungen in Rücklagen	251,9	0,0	+251,9
<b>B. Rückstellungen</b>	<b>1.467,9</b>	<b>1.119,0</b>	<b>+348,9</b>
<b>C. Verbindlichkeiten</b>	<b>181.057,3</b>	<b>178.259,4</b>	<b>+2.797,9</b>
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>6.981,5</b>	<b>6.954,6</b>	<b>+26,9</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>266.744,0</b>	<b>238.811,6</b>	<b>+27.932,4</b>

## Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	33.044,5	31.858,0	1.186,5
2. Erhöhung des Bestands an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen oder unfertigen Bauten sowie fertigen Leistungen	401,6	707,3	-305,7
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.187,1	934,1	253,0
4. sonstige betriebliche Erträge	2.664,9	740,4	1.924,5
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	16.058,1	15.946,5	111,6
6. Personalaufwand	4.263,0	4.310,1	-47,1
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6.465,8	6.205,6	260,2
8. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.195,8	1.718,1	477,7
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	77,5	80,0	-2,5
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	5,0	2,0	3,0
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,7	0,7	0,0
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.456,2	2.661,6	-205,4
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	76,0	12,6	63,4
14. Ergebnis nach Steuern	5.866,3	3.468,1	2.398,2
15. Sonstige Steuern	829,3	818,4	10,9
16. Jahresüberschuss	5.037,1	2.649,7	2.387,4
17. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	195,2	148,0	47,2
18. Einstellung in Gewinnrücklage	251,9	0,0	251,9
19. Bilanzgewinn	4.980,4	2.797,7	2.182,7

## Kennzahlen

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	28,7	22,0	+6,7
Eigenkapitalrentabilität	6,6	5,1	+1,5
Anlagendeckungsgrad 2	104,4	95,5	+8,9
Verschuldungsgrad	236,3	341,8	-105,5
Umsatzrentabilität	15,2	8,3	+6,9

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 58 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2021: 59) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### 1. Gegenstand und Zwecksetzung des Unternehmens

#### 1.1 Gegenstand des Unternehmens

Das im Jahre 1901 als Aktiengesellschaft gegründete Unternehmen hat seinen Sitz in Viersen. Wesentliche Anteilseigner sind der Kreis Viersen sowie die Sparkasse Krefeld.

Hauptgeschäftsfeld des Unternehmens ist die Errichtung und Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes. Ein weiteres Geschäftsfeld ist die so genannte Fremdverwaltung (Verwaltung des Wohnungsbesitzes Dritter).

Der regionale Tätigkeitsschwerpunkt liegt am Niederrhein in den Städten und Gemeinden des Kreises Viersen sowie in den Städten Krefeld und Meerbusch.

#### 1.2 Berichtserstattung über die öffentliche Zwecksetzung

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung.

Die Gesellschaft ist dieser Verpflichtung, unter Berücksichtigung einer angemessenen Preisbildung bei der Wohnraumvermietung, stets nachgekommen.

### 2. Geschäftsverlauf

#### 2.1 Rahmenbedingungen

Der Geschäftsverlauf des Jahres 2022 war durch die folgenden wesentlichen Rahmenbedingungen gekennzeichnet (die nachfolgenden Daten stammen aus einer entsprechenden Veröffentlichung des GdW Bundesverband):

Die krisenhafte Zuspitzung auf den Gasmärkten belastet die deutsche Wirtschaft schwer. Die hochgeschneitlen Gaspreise erhöhen die Energiekosten drastisch und gehen mit einem massiven gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftentzug einher. Dies dämpft nicht nur die noch unvollständige Erholung von der Corona-Krise, sondern drückt die deutsche Wirtschaft in die Rezession. Die gestiegenen Energiepreise verstärken den Preisauftrieb, der bereits in der Corona-Pandemie eingesetzt hat. Durch die Störungen internationaler Lieferketten stiegen die Preise für Rohstoffe und Vorprodukte. Diese Preissteigerungen wurden an die Verbraucher weitergegeben. Die sehr expansive Geld- und Finanzpolitik hat den Preisauftrieb zusätzlich verstärkt.

Mit nachlassenden Lieferengpässen und der rückläufigen Teuerung dürfte die Wertschöpfung in den kommenden beiden Jahren wieder ausgeweitet werden. Trotzdem wird das BIP 2023 voraussichtlich um 0,4% zurückgehen und erst 2024 wieder um 1,9% steigen.

Das Statistische Bundesamt Destatis stellt für das Jahr 2022 ein BIP-Wachstum von 1,9% fest und bestätigt damit, dass die deutsche Wirtschaft sich nach dem Corona-Krisenjahr 2020 wieder langsam erholt. Im Vergleich zum Jahr 2019, dem Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, war das BIP 2022 um 0,7 % höher. Dabei profitierten Dienstleistungsbereiche von Nachholeffekten, hohe Preise und Materialmangel bremsten Industrieproduktion und Bau.

346 Mrd. € betrug der Beitrag der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft zur gesamtdeutschen Wertschöpfung im Jahr 2021. Einzelhandel oder die Automobilindustrie werden von der Wirtschaftsleistung der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft mit einem Anteil von 11 % übertroffen, wodurch sie in Deutschland zu den größten Branchen gehört.

Die Bauinvestitionen in Neubau, Modernisierung und Instandhaltung von Wohnungen stiegen mit 0,7% gegenüber dem Vorjahr nur moderat. Mit einem Volumen von 256 Mrd. EUR repräsentiert der Wohnungsbau 62% mit Abstand den größten Anteil aller Bauinvestitionen in Deutschland.

Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen ging 2021 erstmals seit vielen Jahren zurück und betrug mit 293.000 Wohnungen 4,2% weniger als im Vorjahr. Weiterhin entsteht zu wenig Wohnungsneubau. Nur 73% der von der Bundesregierung angestrebten 400.000 Wohnungen pro Jahr wurden 2021 auch errichtet. Beim Mietwohnungsbau liegt die Bedarfsdeckung niedriger, und zwar bei lediglich 50 %, beim geförderten sozialen Mietwohnungsbau gar nur bei 22 % der angestrebten Zahl von 100.000 Sozialwohnungen im Jahr. Hier sank die Zahl der fertiggestellten Wohnungen 2021 im dritten Jahr in Folge auf nur noch 22.000 neu errichtete Sozial-Mietwohnungen.

Trotz bislang steigender Bautätigkeit wird immer noch zu wenig gebaut. Von den in 2019 aus Sicht des GdW benötigten 320.000 benötigten Wohnungen wurden 92% auch errichtet. Allerdings liegt beim freifinanzierten Mietwohnungsbau die Bedarfsdeckung bei lediglich 87%, bei geförderten Mietwohnungen nur bei 32%. In diesen beiden wichtigen Bereichen des Wohnungsbaus sank 2019 die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im Vergleich zum Vorjahr sogar leicht.

Der unerwartete Stopp der KFW-Förderungen für energieeffiziente Neubauten und Sanierungen und das Hin-und-Her bezüglich der Neuausrichtung dieser Förderung hat Wohnungsbauinvestoren verunsichert. Bei den Baugenehmigungen im ersten Halbjahr 2022 zeigte sich bereits ein deutlicher Rückgang, der auch damit in Verbindung stehen dürfte.

## 2.2 Bestandsentwicklung

Zum Stichtag 31.12.2022 verwaltete das Unternehmen 4.767 eigene Wohneinheiten (Vorjahr 4.791). Im eigenen Wohnungsbestand sind 1.193 Wohneinheiten (Vorjahr 1.231) öffentlich gefördert. Dazu befinden sich im weiteren Eigentum des Unternehmens 13 Gewerbeeinheiten sowie 2.053 Garagen/Stellplätze.

In der regionalen Aufgliederung verteilt sich der Bestand unserer eigenen Wohnungen wie folgt:

	31.12.2022	31.12.2021	Veränderung
Brüggen	181 WE	181 WE	
Geldern	0 WE	46 WE	-46
Grefrath	218 WE	218 WE	
Kempen	538 WE	524 WE	+14
Krefeld	111 WE	114 WE	-3
Meerbusch	791 WE	791 WE	
Nettetal	815 WE	823 WE	-8
Niederkrüchten	67 WE	67 WE	
Schwalmtal	312 WE	312 WE	
Tönisvorst	192 WE	192 WE	
Viersen	802 WE	802 WE	
Willich	740 WE	721 WE	+19
	<b>4.767 WE</b>	<b>4.791 WE</b>	<b>-24</b>

Im Geschäftsjahr 2022 wurde das zur Bebauung mit Wohnungen vorgesehene Grundstück Heerstr. (344 T€) in Schwalmtal angekauft.

Die Gesellschaft hat den gesamten Bestand in Geldern mit 46 WE verkauft, mit dem Ziel, sich stärker auf das Hauptgeschäftsgebiet im Kreis Viersen und in der Stadt Meerbusch konzentrieren zu können. Im Bereich der Althausverkäufe wurden 2 Häuser mit 3 WE in Krefeld sowie 1 Haus mit 6 WE in Kempen verkauft. Darüber hinaus wurden 6 unbebaute Grundstücke in Willich verkauft.

Im Geschäftsjahr erfolgte der Abriss der Bestandsgebäude Schaager Str. 7-13 und Johann-Peters-Str. 2-8 in Nettetal mit 8 WE. Auf dem Grundstück ist der Bau neuer Wohnungen geplant.

Im Bereich der Fremdverwaltung wurden insgesamt 176 Wohneinheiten, 110 Gewerbeeinheiten, 700 Garagen/Stellplätze und 19 Wohnungseigentümergeinschaften betreut.

## 2.3 Neubautätigkeit

Im Bereich der „Grundstücke mit Wohnbauten“ wurden Zugänge von 4,9 Mio. € für die in 2022 fertiggestellten Neubauten bilanziert. Bei diesen handelt es sich (unter Berücksichtigung von Umbuchungen aus dem Posten „Anlagen im Bau“) um die Hunsbrückstr. 12 (3,7 Mio. €) in Kempen-St. Hubert mit 20

WE sowie die Anrather Str. 19, 19a (5,2 Mio.€) in Willich mit 19 WE, davon 11 öffentlich gefördert. Beide Häuser wurden nach dem Standard KfW 55 gebaut und helfen somit, den Ausstoß von CO<sub>2</sub> zu reduzieren.

Die Bilanzposition „Anlagen im Bau“ verzeichnete Zugänge i.H.v. 9,0 Mio. €. Diese Zugänge umfassten die Projekte Von-Schaesberg-Weg 43, 43a (0,5 Mio. €) in Brüggen, Gerhart-Hauptmann-Str. 19, 21 (2,7 Mio. €) in Meerbusch-Strümp, Dr. Lindemann-Str. 31, 33 (0,4 Mio. €) in Niederkrüchten, Florianstr. 8 (1,9 Mio. €) und Florianstr. 6 (1,6 Mio. €) in Niederkrüchten-Elmpt sowie die Kita Mühlengasse (1,9 Mio.€) in Grefrath-Oedt. Alle im Bau befindlichen Häuser werden den Standard KfW 55 erreichen.

## 2.4 Modernisierung / Instandhaltung

Neben den geplanten aufwandswirksamen Großinstandhaltungen wurden im Geschäftsjahr 2,5 Mio. € (Vorjahr 2,1 Mio. €) für Modernisierung in die Bauten des Anlagevermögens investiert.

Die Zugänge umfassten im Wesentlichen die energetische Komplettsanierung der Häuser Doomerstr. 1-3 in Willich-Anrath (Fertigstellung in 2022) sowie Kamperlingsweg 11-17 (Fertigstellung in 2023) in Kempen. Durch die energetische Sanierung wird der CO<sub>2</sub>-Verbrauch der Häuser deutlich gesenkt. Darüber hinaus wurden bei den Häusern Boisheimer Str. 2-4 in Nettetal-Schaag sowie An der Wae 7-13 in Niederkrüchten-Elmpt leerstehende Gewerbeeinheiten zu Wohnungen umgebaut.

Im Bereich der Großinstandhaltung wurden insbesondere Dach-, Fenster-, Aufzugs-, und Balkonsanierungen durchgeführt.

## 2.5 Vermietung

Die Gesamtleerstandsquote des Bestandes beträgt 2,6 % (124 WE) und ist im Vergleich zum Vorjahr (2,6 %, 127 WE) unverändert. Der marktbedingte Leerstand liegt bei 0,9 % (45 WE) und ist damit im Vergleich zum Vorjahr (1,1 %, 52 WE) leicht gesunken.

Die Fluktuationsquote liegt bei 6,5 % (Vorjahr 6,8%) des Bestandes. Die wesentlichen Ursachen für die Fluktuation waren: Tod des Mieters, Wohnungsgröße/-schnitt, Wohnortwechsel sowie Umzug ins Alten-/Pflegeheim.

Die durchschnittliche Nettokaltmiete für das Geschäftsjahr 2022 beträgt 5,74 € pro qm (Vorjahr 5,54 € pro qm). Wesentliche Gründe für die Erhöhung der Nettokaltmiete liegen in der Fertigstellung neuer Wohnungen und der angemessenen Anpassung der Bestandsmieten an die ortsübliche Vergleichsmiete sowie vereinbarter Staffelmieten. Darüber hinaus wirkte sich der Verkauf des gesamten Objektbestandes in Geldern aufgrund einer unterdurchschnittlichen Kaltmiete ebenfalls erhöhend auf die Kennzahl aus.

### 3. Darstellung der Lage

#### 3.1 Vermögenslage

Vermögenslage	2022 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
<b>Vermögen</b>			
Immaterielle Vermögensgegenstände	172	82	90
Immobilienvermögen	232.480	225.503	6.977
Übrige Sachanlagen	583	558	25
Finanzanlagen	560	554	6
<b>Anlagevermögen</b>	<b>233.795</b>	<b>226.697</b>	<b>7.098</b>
<b>Umlaufvermögen</b>			
Verkaufsgrundstücke	219	608	-389
Übrige Vorräte	9.555	9.124	431
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	779	508	271
Flüssige Mittel	22.386	1.821	20.565
Rechnungsabgrenzungsposten	10	6	4
<b>Aktiver Unterschiedsbetrag</b>			
Vermögensverrechnung	0	48	-48
<b>Umlaufvermögen/RAP</b>	<b>32.949</b>	<b>12.115</b>	<b>20.834</b>
	<b>266.744</b>	<b>238.812</b>	<b>27.932</b>
<b>Vermögen</b>			
Gezeichnetes Kapital	32.508	16.254	16.254
Kapitalrücklage	3.870	0	3.870
Gewinnrücklage	35.879	33.427	2.452
Bilanzgewinn	4.980	2.798	2.182
<b>Eigenkapital</b>	<b>77.237</b>	<b>52.479</b>	<b>24.758</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>			
Rückstellungen	1.468	1.119	349
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern	166.837	164.029	2.808
Erhaltene Anzahlungen	10.441	10.107	334
Übrige Verbindlichkeiten	3.779	4.123	-344
Rechnungsabgrenzungsposten	6.982	6.955	27
<b>Fremdkapital/RAP</b>	<b>189.507</b>	<b>186.333</b>	<b>3.174</b>
	<b>266.744</b>	<b>238.812</b>	<b>27.932</b>

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 27,9 Mio. € auf 266,7 Mio. € erhöht. Auf der Aktivseite ist dieser Anstieg insbesondere durch die im Geschäftsjahr durchgeführte Kapitalerhöhung i.H.v. 20,1 Mio.€ bedingt und erhöhte den Bestand der flüssigen Mitteln. Ebenfalls gestiegen ist das Immobilienvermögen. Aufgrund der Neubau- und Modernisierungstätigkeit im Geschäftsjahr 2022 hat sich das Immobilienvermögen der Gesellschaft nach erfolgter planmäßiger Abschreibung um insgesamt 7,0 Mio. € erhöht.

Auf der Passivseite führte die Kapitalerhöhung im Bereich des Eigenkapitals zu einen Anstieg des gezeichneten Kapitals auf 32,5 Mio. € und zu der Bildung einer Kapitalrücklage von 3,9 Mio. € (Aufgeld). Es wurden 15.480 neue Stückaktien zu einem Betrag von jeweils 1.300 € ausgegeben, mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 1.050 € und einem Aufgeld von 250 €. Darüber hinaus erhöhten sich im Bereich des Eigenkapitals die Gewinnrücklagen um 2,5 Mio. €. Dies resultierte zum einen aus der Zuführung zur gesetzlichen Rücklage i.H.v. 0,3 Mio. €. Nach Durchführung der Kapitalerhöhung müssen 5 % des Jahresüberschusses in die gesetzliche Rücklage eingestellt werden, bis diese 50 % des Grundkapitals erreicht hat. Darüber hinaus wurden 2,2 Mio. € des Bilanzgewinns zum 31.12.2021 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt. Der hohe Jahresüberschuss führte im Vergleich zum Vorjahr zu einer Erhöhung des Bilanzgewinns zum 31.12.2022 um 2,2 Mio.€.

Aufgrund der umfangreichen Bautätigkeit sind die Finanzverbindlichkeiten im Saldo um 2,8 Mio. € auf 166,8 Mio. € gestiegen. Diese Veränderung ist maßgeblich mit der Neuvaluierung von 15,6 Mio. € im Rahmen der Bautätigkeit und den planmäßigen Tilgungen von 5,4 Mio. €, Rückzahlungen von 6,5 Mio. € sowie Tilgungsnachlässen aus öffentlichem Mitteln i.H.v. 0,9 Mio.€ verbunden.

### 3.2 Finanzlage

Die Finanzlage des Unternehmens stellt sich als Kapitalflussrechnung wie folgt dar:

Finanzlage	2022 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Jahresergebnis	5.037	2.650	2.387
Abschreibungen	6.466	6.206	260
Erhöhung langfristige Rückstellungen	6	23	-17
Aktivierte Eigenleistungen	-1.187	-934	253
Sonstige zahlungswirksame Erträge	-135	-350	215
<b>Cashflow</b>	<b>10.187</b>	<b>7.595</b>	<b>2.592</b>
Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-1.997	-109	-1.888
Abnahme der Verkaufsgrundstücke	389	0	389
Zunahme sonstiger Aktiva	-658	-388	-270
Zu-/Abnahme kurzfristiger Rückstellungen	343	-85	428
Zunahme sonstiger Aktiva	100	94	6

<b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>8.364</b>	<b>7.107</b>	<b>1.257</b>
Auszahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-118	-86	-32
Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	-18.117	-15.553	-2.584
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	6.924	263	6.661
Auszahlungen für Finanzanlagen	-10	0	-10
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	4	24	-20
<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-11.317</b>	<b>-15.332</b>	<b>4.015</b>
Valutierung von Darlehen	15.627	18.803	-3.176
Planmäßige Tilgung von Darlehen	-5.367	-4.945	-422
Rückzahlung von Darlehen	-6.464	-4.579	-1.885
Einzahlung Gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklage	20.124	0	20.124
Auszahlungen an Aktionäre	-402	-402	0
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>23.518</b>	<b>8.877</b>	<b>14.641</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	20.565	652	19.913
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	1.821	1.169	652
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>22.386</b>	<b>1.821</b>	<b>20.565</b>

Der positive Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (8.364 T€) führt zusammen mit dem Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (23.518 T€) und einem negativen Cashflow aus der Investitionstätigkeit (11.317 T€) zu einer Zunahme der Finanzmittel um 20.565 T€ auf 22.386 T€.

Die Bilanz zum 31.12.2022 enthält mit 234.024 T€ mittel- und langfristig gebundenes Vermögen, dabei handelt es sich im Wesentlichen um Anlagevermögen. Das kurzfristig gebundene Vermögen in Höhe von 32.720 T€ enthält im Wesentlichen abzurechnende Betriebskosten sowie liquide Mittel. Dieses Vermögen wird durch 250.352 T€ langfristige Mittel finanziert.

Die Liquidität war über das ganze Jahr 2022 gegeben. Die Gesellschaft konnte ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen. Die Zahlungsfähigkeit ist unter Einbeziehung der Finanzplanung auch für das Jahr 2023 gegeben.

### 3.3 Ertragslage

Die Ertragslage wurde nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitet und stellt sich wie folgt dar:

Ertragslage	2022 TEUR	Vorjahr TEUR	Veränderung TEUR
Umsatzerlöse	33.044	31.858	1.186
Bestandsveränderungen	402	707	-305
Aktivierte Eigenleistungen	1.187	934	253
<b>Gesamtleistungen</b>	<b>34.633</b>	<b>33.499</b>	<b>1.134</b>
Andere betrieblichen Erträge	2.625	707	1.918
<b>Betriebsleistung</b>	<b>37.258</b>	<b>34.206</b>	<b>3.052</b>
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	16.058	15.946	112
Personalaufwand	4.263	4.310	-47
Abschreibungen (planmäßig)	6.466	6.206	260
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.189	1.718	471
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.431	2.658	-227
Sonstige (gewinnunabhängige) Steuern	829	818	11
<b>Aufwendungen für die Betriebsleistung</b>	<b>32.236</b>	<b>31.656</b>	<b>580</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>5.022</b>	<b>2.550</b>	<b>2.472</b>
<b>Beteiligungs- und Finanzergebnis</b>	<b>58</b>	<b>80</b>	<b>-22</b>
<b>Neutrales Ergebnis</b>	<b>33</b>	<b>33</b>	<b>0</b>
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>5.113</b>	<b>2.663</b>	<b>2.450</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	76	13	63
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>5.037</b>	<b>2.650</b>	<b>2.387</b>

Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 2.472 T€ auf 5.022 T€ verbessert. Die Betriebsleistung ist dabei um 3.052 T€ auf 37.258 T€ gestiegen, die Aufwendungen für die Betriebsleistung sind um 580 T€ auf 32.236 T€ gestiegen.

Der Anstieg der Betriebsleistung resultiert zum einen aus der Erhöhung der Umsatzerlöse um 1.186 T€, wobei die Sollmieten innerhalb dieser Position um 591 T€ und die Erlöse aus dem Verkauf von unbebauten Grundstücken um 630 T€ gestiegen sind. Der Anstieg der anderen betrieblichen Erträge um 1.918 T€ begründet sich im Wesentlichen aus dem Verkauf von bebauten Grundstücken aus dem Anlagevermögen.

Bei den Aufwendungen für die Betriebsleistungen betreffen die Wesentlichen Erhöhungen die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen (112 T€), welche insbesondere Betriebskosten und

Kosten der Instandhaltung umfassen, die planmäßige Abschreibung (260 T€), die aufgrund der umfangreichen Investitionstätigkeit weiter gestiegen ist sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (471 T€). Die Zinsaufwendungen (-227 T€) sind trotz hoher Neuvaluierungen aufgrund der Prolongationen zu deutlich niedrigeren Zinssätzen als bislang gesunken.

Das Beteiligungs- und Finanzergebnis enthält im Wesentlichen die Erträge aus der Gewinnabführung von der GWG Dienstleistungs-GmbH sowie Aufwendungen für Verwahrensentgelte.

Das positive neutrale Ergebnis umfasst in 2022 im Wesentlichen die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Ausbuchung von Verbindlichkeiten.

Das Unternehmen erwirtschaftete im Geschäftsjahr ein Ergebnis vor Steuern von 5.113 T€ und nach Abzug der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag von 5.037 T€.

### 3.4 Finanzielle Leistungsindikatoren

Wesentliche Leistungsindikatoren des Unternehmens sind im Vergleich für die Jahre 2022 und 2021 in der folgenden Tabelle dargestellt:

Kennzahlen	in	2022	2021
Bilanzsumme	T€	266.744	238.812
Sachanlagevermögen	T€	233.063	226.061
Sachanlagenintensität	%	87,3	94,7
Investitionen in Sachanlagen	T€	18.656	16.467
Planmäßige Abschreibungen (Sachanlagen)	T€	6438	6.200
Sachanlagenabnutzungsgrad	%	34,7	34,5
Eigenkapital	T€	77.237	52.479
Eigenkapitalquote	%	29,0	22,0
Langfristiges Fremdkapital (Darlehen)	T€	166.837	164.029
Finanzierungsquote	%	62,5	68,7
Jahresüberschuss	T€	5.037	2.650
Umsatzerlöse	T€	33.044	31.858
durchschnittliche Sollmiete	€/qm/mtl.	5,74	5,54
Instandhaltungskosten	€/qm/mtl.	1,32	1,26
Fluktuationsquote	%	6,5	6,8
Marktbedingter Leerstand	%	0,9	1,1

### 3.5 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Das Unternehmen beschäftigte zum Ende des Berichtsjahrs mit 36 Frauen und 22 Männern insgesamt 58 (Vorjahr 59) Mitarbeiter-linnen, darin enthalten sind 4 Auszubildende. Im kaufmännischen Bereich ist die Mitarbeiterschaft im Wesentlichen durch Immobilienkaufleute und Betriebswirte geprägt, im technischen Bereich sind es Techniker und Architekten.

Die Vergütung erfolgt seit dem 01.10.2005 nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD), besonderer Teil Sparkassen (BT-S).

Als Altersvorsorge sind alle Mitarbeiter bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse versichert. Der Beitragssatz beträgt zurzeit 7,75 % und setzt sich zusammen aus der allgemeinen Umlage i.H.v. 4,25 % und dem Sanierungsgeld von 3,50 %. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird es durch einen Rahmenvertrag mit der Sparkassen-Pensionskasse ermöglicht, eine zusätzliche Altersversorgung durch Gehaltsumwandlung aufzubauen.

Die Hausmeistertätigkeiten sowie die Tätigkeiten des sog. Regiebetriebs (Arbeiten im Bereich Grünpflege, Malerarbeiten, Fliesenarbeiten sowie Aufräum- und sonstige Arbeiten) werden durch die GWG Dienstleistungs-GmbH, einer 100 %igen Tochtergesellschaft, durchgeführt. In diesem Zusammenhang ist ein Handwerker im Rahmen eines Personalgestellungsvertrages bei der GWG Dienstleistungs-GmbH tätig.

## **4. Risikobericht**

### **4.1 Risikomanagement**

Im Rahmen des Risikomanagements überwacht das Unternehmen derzeit 48 potenzielle Einzelrisiken. Die Bedeutung jedes Einzelrisikos wird in einer Matrix definiert, die zum einen die Schadenshöhe und zum anderen die Eintrittswahrscheinlichkeit berücksichtigt. Jedes Einzelrisiko wird dann auf Grund dieser Evaluierung in eine der 25 Risikoklassen eingeordnet.

### **4.2 Finanzinstrumente**

Als wesentliches Finanzinstrument sind hierbei die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern in Höhe von 166,8 Mio. € zu sehen. Es handelt sich hierbei um von Dritten gewährte, grundschuldlich abgesicherte, Darlehen zur Finanzierung unseres Anlagevermögens. Die Gesellschaft sieht sich mit der Zinswende und damit - nach einer langen Niedrigzinsphase - mit steigenden Zinsen konfrontiert. Das Zinsrisiko (Preisänderungsrisiko) wird wegen der Verteilung der Zinsbindungsfristen auf unterschiedliche Zeiträume gedämpft. Das bestehende Kreditportfolio unterliegt dabei einer regelmäßigen Kontrolle. In der Neubau- und Modernisierungstätigkeit - daher bei der Neuaufnahme von Darlehen - wird die Gesellschaft aufgrund der gestiegenen Zinsen bei Bankdarlehen stärker auf den Einsatz von Eigenkapital sowie öffentlich geförderten Darlehen setzen.

Die übrigen Risiken von Finanzierungsinstrumenten (Ausfallrisiko, Liquiditätsrisiko, Zahlungsstromrisiko) sind nicht erkennbar bzw. durch den kontinuierlichen Mittelzufluss der Mieten entsprechend abgesichert. Im Bereich der Forderungen sind eventuell bestehende Ausfallrisiken durch Wertberichtigungen antizipiert.

### 4.3 Baukosten - Baupreisindex

Ausgehend vom Basisjahr 2015 hat sich der Baupreisindex für Wohngebäude wie folgt entwickelt:

Quartal	Index	Veränderungen zum Vorjahreszeitraum
I / 2022	138,1	14,3%
II / 2022	147,2	17,6%
III / 2022	151,0	16,5%
IV / 2022	154,7	16,9%

Die Preise für den Neubau von Wohngebäuden in Deutschland sind im November 2022 gegenüber November 2021 um 16,9% gestiegen. Bei den Baupreisen von Wohngebäuden betrafen die stärksten Preissteigerungen die Dachdeckungs- und Dachabdichtungsarbeiten (20,3%), Tischlerarbeiten (19,5%), Heizanlagen und Warmwasser (19,0%), Betonarbeiten (17,6%), Nieder- und Mittelspannungsanlagen (17,1%) sowie Wärmedämm-Verbundsysteme (16,5%). Die Preise für Instandhaltungsarbeiten an Wohngebäuden (ohne Schönheitsreparaturen) stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 16,8%.

Die Entwicklung der Baukosten wird kontinuierlich durch die Gesellschaft überwacht.

### 4.4 Auswirkung des Coronavirus

Wie auch in den Jahren zuvor konnten im Geschäftsjahr 2022 keine wesentlichen negativen Einflüsse auf die Gesellschaft festgestellt werden. Mit dem Wegfall aller Corona-Schutzmaßnahmen, niedrigen Infektionszahlen sowie einer entspannten Lage in den Krankenhäusern, gilt die Pandemie als beendet. Für die Zukunft bestehen daher keine weiteren Risiken für die Gesellschaft.

### 4.5 Ukraine-Krise

Am 24.02.2022 überfiel die Russische Föderation die Ukraine und es ist nicht absehbar, wann dieser Krieg enden könnte. Weltweit hat der Krieg zu einem starken Anstieg der Inflation (insbesondere durch stark steigende Energiekosten) geführt, wodurch die Zentralbanken nach einer langen Niedrigzinsphase damit begonnen haben, die Leitzinsen deutlich zu erhöhen. Darüber hinaus führen gestörte Lieferketten zu verlängerten Materiallieferzeiten.

Die Auswirkungen auf die Gesellschaft zeigen sich insbesondere in den deutlich gestiegenen Kapitalmarktinzinsen (vgl. 4.2) und Baukosten (vgl. 4.3) sowie in den Materiallieferzeiten und führen zu einer Beeinträchtigung der Neubau-, Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen. Insbesondere im Bereich der Neubaumaßnahmen wird mit Verzögerungen (Baubeginn, Fertigstellung) gerechnet. Im Bereich der Vermietung könnte es zu erhöhten Mietausfällen kommen, wenn Mieter die gestiegenen Energiekosten nicht mehr bezahlen können. Aufgrund der staatlichen Hilfen für die Bevölkerung (u.a. Strom-/Gaspreisbremse) ist das Ausfallrisiko nur unwesentlich erhöht.

## 5. Prognose- und Chancenbericht

Mit dem Bauprogramm 2021 - 2025 hat die Gesellschaft einen Rahmen für die Bau- und Modernisierungstätigkeit gesetzt. Zu diesem Zweck haben die Aktionäre mit einer Kapitalerhöhung im Geschäftsjahr 2022 ca. 20,1 Mio. € der Gesellschaft zugeführt. Das zusätzliche Eigenkapital stabilisiert die Eigenkapitalquote, die aufgrund der hohen Bau- und Modernisierungstätigkeit der vergangenen Jahre abgenommen hat. Gleichzeitig kann die Gesellschaft diese zusätzlichen liquiden Mittel für die Optimierung der Finanzierungsstruktur bei Neubauvorhaben (vgl. 4.2) einsetzen, um den stark gestiegenen Zinsen entgegenzuwirken.

Im Geschäftsjahr 2022 hat die Gesellschaft die kompletten Bestände in Geldern verkauft. Im Geschäftsjahr 2023 beginnt der Abverkauf der Bestände in Krefeld. Beides setzt Kapazitäten frei, wodurch sich die Gesellschaft noch stärker auf das Neubau- und Modernisierungsprogramm im Geschäftsgebiet Kreis Viersen und der Stadt Meerbusch konzentrieren kann.

Im Bereich des Neubauprogramms wird die Gesellschaft auch weiterhin darauf setzen, breite Schichten der Bevölkerung mit preisgünstigem Wohnraum zu versorgen. Mit dem politischen Ziel der Klimaneutralität im Jahr 2045, wird sich die Gesellschaft auf den Klimaschutz im Neubaubereich fokussieren. Alle Neubauvorhaben dieses Bauprogramms werden mindestens den besonders energiesparenden Standard KfW 55 erreichen und soweit möglich den eigenen Energiebedarf aus erneuerbaren Energien decken.

Für das Jahr 2023 rechnet das Unternehmen mit der Fertigstellung von insgesamt 52 Wohnungen in Meerbusch und Niederkrüchten, von denen 38 öffentlich gefördert sind. Des Weiteren befinden sich zum Stichtag 31.12.2022 weitere 34 Wohnungen in Brüggen und Niederkrüchten im Bau, davon 25 öffentlich gefördert, mit deren Fertigstellung in 2024 gerechnet wird.

Das Bauprogramm der Gesellschaft für die Jahre 2021 - 2025 umfasst darüber hinaus den Bau von weiteren ca. 300 Wohnungen im Geschäftsgebiet. Der Anteil der öffentlich geförderten Wohnungen liegt je nach Bauvorhaben voraussichtlich zwischen 50% und 80%.

Im Bereich der Modernisierungstätigkeit werden energetische Maßnahmen aufgrund des Klimawandels von besonderer Bedeutung sein und führen dazu, den Wohnungsbestand zukunftsfähig zu gestalten. Die Gesellschaft wird die Modernisierungstätigkeit in den nächsten Jahren weiter intensivieren und sich für diesen Zweck und auch im Hinblick auf bezahlbare Mieten, sowohl auf das Förderprogramm des Landes NRW (RL Mod.) als auch auf die Bundesförderung (BEG) stützen.

Damit die energetische Modernisierungstätigkeit zielorientiert und sinnvoll gesteuert bzw. umgesetzt werden kann, hat die Gesellschaft im Jahr 2022 mit der Einführung eines Portfoliomanagement-System begonnen. Der Einsatz dieses Systems wird ab 2023 erfolgen. Um die Zielerreichung der energetischen Maßnahmen messbar machen zu können, wird die Gesellschaft darüber hinaus eine CO<sub>2</sub> Bilanzierung einführen. Die erstmalige Aufstellung soll voraussichtlich 2024 erfolgen.

Zum Stichtag 31.12.2022 werden 8 freifinanzierte WE in Kempen energetisch modernisiert. Der Abschluss der Maßnahme wird in 2023 erfolgen. Darüber hinaus wird in 2023 die energetische Modernisierung von voraussichtlich 75 freifinanzierten WE in Grefrath, Meerbusch, Nettetal und Tönisvorst beginnen, davon werden 66 WE nach der Maßnahme öffentlich gefördert sein. 6 WE werden voraussichtlich den KfW Standard 40 EE erreichen, 51 WE den KfW Standard 70 EE und 18 WE den KfW Standard 70. Die einzelnen Maßnahmen werden zu einer deutlichen Energieeinsparung bzw. CO<sub>2</sub>-Reduktion führen.

Aufgrund unserer mittelfristigen Wirtschaftsplanung prognostizieren wir folgende wesentliche Posten:

Posten	Plan 2023 (T€)
Umsatzerlöse aus Sollmieten	23.000 €
Instandhaltungsaufwendungen	5.800 €
Personalaufwand	4.600 €
Abschreibungen	6.800 €
Zinsaufwendungen	2.350
Jahresüberschuss	2.500 €

## 6. Erklärung zur Unternehmensführung

Die GWG AG unterliegt als sogenanntes drittelparitätisch mitbestimmtes Unternehmen nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Satz 2 DrittelbG den Verpflichtungen aus § 76 Abs. 4 und § 111 Abs. 5 AktG sowie den Publikationsvorschriften des § 289a Abs. 2 Nr. 4 und Abs. 4 HGB. Demnach müssen Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, Vorstand und in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes festgelegt werden. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat folgende Zielgrößen festgelegt:

1. Der Aufsichtsrat der GWG AG besteht aus 9 Mitgliedern, von denen 3 Frauen sind. Dies entspricht einer Quote von 33% und damit der gesetzlich vorgeschriebenen Zielgröße von 30%. Der Aufsichtsrat legt daher fest, an dieser Quote bis zur Neuwahl des Aufsichtsrates im Jahre 2026 festzuhalten.
2. Der Vorstand der GWG AG (hauptamtlich sowie nebenamtlich) besteht aus zwei männlichen Personen. Unter Berücksichtigung der laufenden Vertragssituation kann seitens des Aufsichtsrates bis zum 30.06.2026 bzw. 31.12.2027 keine hiervon abweichende Zielgröße festgelegt werden.
3. Die erste Führungsebene unterhalb des Vorstandes der GWG AG besteht aus vier Abteilungsleitern/Abteilungsleiterinnen. Bei drei männlichen und einer weiblichen Führungskraft wird eine Frauenquote in der ersten Führungsebene unterhalb des Vorstandes von 25 % erreicht. Da mittelfristig keine Änderung in der Abteilungsleitung vorgesehen ist, kann keine hiervon abweichende Zielgröße festgelegt werden. Aufgrund der flachen Hierarchie der GWG AG ist eine durchgängige zweite Führungsebene unterhalb des Vorstandes nicht vorhanden. Aussagen über eine Quote und somit über Zielgrößen sind hier nicht festlegbar

## Organe und deren Zusammensetzung

### Vorstand

Herr Michael Aach Viersen	Dipl.-Kfm.
Herr Dr. Andreas Coenen Viersen	Landrat

### Aufsichtsrat

Werner, Günter Nettetal - Vorsitzender -	Beamter i.R.
Birnbrich, Lothar Krefeld - Stellvertretender Vorsitzender -	Vorstandsvorsitzender
Fischer, Peter Kempen	Bereichsleiter Verwaltung
Fruhen, Luise Tönisvorst	Apothekerin
Heinen, Jürgen Schwalmtal	Suchtberater
Wassong, Karl-Heinz Niederkrüchten	Bürgermeister
Buten, Bettina Mönchengladbach	Wohnungswirtschaftliche Assistentin
Fuchs, Sabine Willich	Bauzeichnerin
Simun, Darko Ratingen	Finanzierungssachbearbeiter

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Ausführungen hierzu unter 6. (S. 117).

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ausführungen hierzu unter 6. (S. 117).

### 3.4.11 NRW.URBAN KOMMUNALE ENTWICKLUNG GMBH

#### Basisdaten

Sitz: Revierstraße 3 in 44279 Dortmund

Kontakt: Telefon: 0231 4341.0  
 Fax: 0231 4341.325  
 E-Mail: info@nrw-urban.de



Internetauftritt: www.nrw-urban.de

Gründungsjahr: 2017

#### Zweck der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen in erster Linie gegenüber den nordrhein-westfälischen Kommunen und kommunal nahestehenden Dritten, wie beispielsweise kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Stadtentwicklungsgesellschaften, insbesondere in Zusammenhang mit der Baulandentwicklung sowie der Wahrnehmung von städtebaulichen Aufgaben, Maßnahmen der Stadtentwicklung und Strukturpolitik, Aufbereitung, Erschließung und Verwertung von Baulandflächen sowie verwandten Geschäften.

#### Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Beteiligung an der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH dient der Bauland- sowie Stadtentwicklung der Stadt Meerbusch.

#### Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammeinlage	Anteil am Stammkapital
NRW.URBAN Service GmbH, Dortmund	249.000 €	83,0 %
Gemeinde Nordwalde	1.000 €	0,3 %
Stadt Krefeld	1.000 €	0,3 %
Stadt Bochum	1.000 €	0,3 %
Stadt Herdecke	1.000 €	0,3 %
Stadt Telgte	1.000 €	0,3 %
Stadt Duisburg	1.000 €	0,3 %
Stadt Wuppertal	1.000 €	0,3 %
Stadt Mettmann	1.000 €	0,3 %
Gemeinde Rommerskirchen	1.000 €	0,3 %
Stadt Bornheim	1.000 €	0,3 %

Stadt Münster	1.000 €	0,3 %
KonvOY GmbH, Münster	1.000 €	0,3 %
Stadt Eschweiler	1.000 €	0,3 %
Stadt Gladbeck	1.000 €	0,3 %
Gemeinde Lotte	1.000 €	0,3 %
Gemeinde Everswinkel	1.000 €	0,3 %
Stadt Stadtlohn	1.000 €	0,3 %
Stadt Gelsenkirchen	1.000 €	0,3 %
Stadt Rheinberg	1.000 €	0,3 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Herne mbH, Herne	1.000 €	0,3 %
Stadt Hamm	1.000 €	0,3 %
Stadt Soest	1.000 €	0,3 %
Stadt Erftstadt	1.000 €	0,3 %
Stadt Beckum	1.000 €	0,3 %
Stadt Neukirchen-Vluyn	1.000 €	0,3 %
Stadt Meerbusch	1.000 €	0,3 %
Stadt Dortmund	1.000 €	0,3 %
Stadt Geldern	1.000 €	0,3 %
Gemeinde Nottuln	1.000 €	0,3 %
Gemeinde Westerkappeln	1.000 €	0,3 %
Stadt Waltrop	1.000 €	0,3 %
Stadt Siegen	1.000 €	0,3 %
Stadt Bedburg	1.000 €	0,3 %
Gemeinde Havixbeck	1.000 €	0,3 %
Stadt Overath	1.000 €	0,3 %
Stadt Essen	1.000 €	0,3 %
Stadt Schwelm	1.000 €	0,3 %
Stadt Jüchen	1.000 €	0,3 %
Gemeinde Wickede	1.000 €	0,3 %
Stadt Lünen	1.000 €	0,3 %
Stadt Emsdetten	1.000 €	0,3 %
Stadt Willich	1.000 €	0,3 %
Stadt Moers	1.000 €	0,3 %
Stadt Dormagen	1.000 €	0,3 %
Stadt Bergheim	1.000 €	0,3 %
Stadt Hattingen	1.000 €	0,3 %
Stadt Grevenbroich	1.000 €	0,3 %

Blütenstadt Leichlingen (Rhld.)	1.000 €	0,3 %
Haltern am See	1.000 €	0,3 %
Stadt Bad Honnef	1.000 €	0,3 %
Stadt Aachen	1.000 €	0,3 %
	<b>300.000 €</b>	<b>100 %</b>

## Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es bestehen keine unmittelbaren Leistungsbeziehungen zur Stadt Meerbusch.

## Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

<b>Vermögenslage</b>			
<b>Aktiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Umlaufvermögen</b>			
<b>I. Vorräte</b>			
Unfertige Leistungen	112,1	110,1	+2
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>			
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung	2.084,7	1.156,7	+928,0
2. Forderungen gegen Gesellschafter	28.376,0	10.573,5	+17.802,5
3. Sonstige Vermögensgegenstände	23,3	0,0	+23,3
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.034,9	378,3	+656,6
<b>Bilanzsumme</b>	<b>31.630,9</b>	<b>12.218,5</b>	<b>+19.412,4</b>
<b>Kapitallage</b>			
<b>Passiva</b>			
	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
<b>A. Eigenkapital</b>			
I. Gezeichnetes Kapital	300,0	300,0	0,0
II. Gewinnrücklagen	3,2	0,7	+2,5

IV. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	28,5	6,7	+21,8
<b>B. Rückstellungen</b>	23,6	13,5	+10,1
<b>E. Verbindlichkeiten</b>			
1. Erhaltene Anzahlungen	114,5	99,8	+14,7
2. Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	319,9	33,1	+286,8
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.443,6	1.191,8	+1.251,8
4. Sonstige Verbindlichkeiten	28.397,6	10.573,0	+17.824,6
<b>Bilanzsumme</b>	31.630,9	12.218,5	+19.412,4

### Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2022	Vorjahr	Veränderung Berichts- zu Vorjahr
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	4.022,9	3.525,9	+497,0
2. Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	2,0	-24,2	+26,2
3. Sonstige betriebliche Erträge	5,4	0,1	+5,3
<b>4. Materialaufwand</b>			
Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.926,1	3.429,4	+496,7
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	0,0	0,1	-0,1
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	69,0	62,5	+6,5
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	60,0	19,9	+40,1
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	60,0	19,9	+40,1
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	11,0	3,1	+7,9
9. Ergebnis nach Steuern	24,3	6,7	+17,6
11. Gewinnvortrag	6,7	0,6	+6,1
12. Einstellung in Gewinnrücklagen	2,4	0,7	+1,7
10. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	28,5	6,7	+21,8

## Kennzahlen

	2022	Vorjahr	Veränderung Be- richts- zu Vorjahr
	%	%	%
Eigenkapitalquote	1,0	2,5	-1,5
Eigenkapitalrentabilität	8,6	2,2	+6,4
Anlagendeckungsgrad <sup>2</sup>	-	-	-
Verschuldungsgrad	9.436,1	3.874,7	+5.561,4
Umsatzrentabilität	0,7	0,2	+0,5

## Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2020: 0) für das Unternehmen tätig.

## Geschäftsentwicklung

### 1. Grundlagen des Unternehmens

Die Unternehmen der NRW.URBAN Gruppe, bestehend aus NRW.URBAN Service GmbH, Dortmund, NRW.URBAN GmbH, Düsseldorf, NRW.URBAN GmbH & Co. KG, Dortmund, NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH, Düsseldorf, und der Starke Projekte GmbH, Düsseldorf, befassen sich als Beteiligungsunternehmen des Landes Nordrhein-Westfalen mit allen Themen rund um die Flächenentwicklung für Wohnen, Industrie und Gewerbe sowie für komplexe städtebauliche Vorhaben in NRW. Die NRW Kommunale Entwicklung GmbH bietet hierbei nordrhein-westfälischen Kommunen die Möglichkeit, über eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung städtebauliche Projekte über die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH in einem Inhouse-Verhältnis zu entwickeln. Mit der Geschäftsbesorgung für die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH ist die NRW.URBAN Service GmbH beauftragt.

Die NRW Kommunale Entwicklung GmbH erbringt ihre Dienstleistungen gegenüber nordrhein-westfälischen Kommunen und kommunal nahestehenden Dritten, wie beispielsweise kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Stadtentwicklungsgesellschaften, in Zusammenhang mit der Baulandentwicklung sowie der Wahrnehmung von städtebaulichen Aufgaben, Maßnahmen der Stadtentwicklung und Strukturpolitik, Aufbereitung, Erschließung und Verwertung von Baulandflächen sowie verwandten Geschäften. Sie wird dabei als Treuhänder zur Baulandentwicklung im Rahmen der kooperativen Baulandentwicklung von ihren Gesellschaftern beauftragt. Im Rahmen des Treuhandverhältnisses realisiert sie für die Kommunen den Grunderwerb und die Erschließung. Zur Finanzierung hat die Gesellschaft am 9./30. April 2020 einen Kreditrahmenvertrag mit der NRW.BANK, Anstalt des öffentlichen Rechts, Düsseldorf/Münster, über einen Kreditrahmen in Höhe von maximal T€ 200.000 abge-

---

<sup>2</sup> Die Gesellschaft besitzt kein Anlagevermögen.

geschlossen. Aus diesem Kreditrahmen kann die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH entsprechend den jeweiligen Projektfortschritten Mittel abrufen. Die sukzessive Rückführung der Darlehn erfolgt aus den Erlösen aus der Vermarktung der Baugrundstücke.

## 2. Wirtschaftsbericht

### 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die allgemeinen Auswirkungen der andauernden Corona-Lage sowie die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und die damit verbundenen Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche/gesamtgesellschaftliche Situation mit Energiekrise, Flüchtlingskrise und Inflation haben die Geschäftstätigkeit in 2022 weiterhin beeinträchtigt. Kommunen als überwiegende Geschäftspartner waren für die von der NRW.URBAN Gruppe vertretenen Themen im Bereich der Baulandentwicklung unterschiedlich handlungsfähig. Die benannten Krisen und die sich dynamisch veränderten Marktsituationen, beispielsweise hinsichtlich des Zinsumfeldes, der Ressourcenverfügbarkeit der Bauwirtschaft sowie der ökologischen und energetischen Anforderungen an Bauprojekte, haben auf kommunaler Seite zu Verzögerungen und Modifikationen in der Projektumsetzung geführt.

### 2.2 Geschäftsverlauf

Die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH war im Geschäftsjahr 2022 mit der Akquisition, Vorbereitung und Umsetzung von Projekten der kooperativen Baulandentwicklung und weiterer Dienstleistungsprojekte für die Gesellschafter beschäftigt.

Neben der Projektarbeit wurde die Übertragung weiterer Geschäftsanteile und die Aufnahme neuer Gesellschafter in die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH vorbereitet und umgesetzt.

In 2022 wurden zehn weitere Kommunen Gesellschafter der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH. Zum 31.12.2022 waren somit insgesamt 50 Kommunen Gesellschafter der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH.

Neben der kooperativen Baulandentwicklung haben die Gesellschafter die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH mit 30 weiteren Projekten beauftragt.

Die weiterhin angespannte gesamtwirtschaftliche Lage führte dazu, dass die Umsatzziele nicht in voller Höhe erreicht werden konnten. Die Auftragslage war aber zu keinem Zeitpunkt angespannt und es konnte ein deutlicher Zuwachs zum Vorjahr erreicht werden.

#### a. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2022 hat die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH Umsatzerlöse aus der Projektentwicklung in Höhe von 4.023 T€ (+ 497 T€ ggü. dem VJ) erzielt.

Neben den Umsatzerlösen wurden Vorräte in Höhe von 2 T€ (+ 26 T€ ggü. dem VJ) aufgebaut.

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen betragen 3.926 T€ (+ 497 T€ ggü. dem VJ), welche insbesondere mit 3.902 T€ (Vorjahr: 3.421 T€) die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN Service GmbH betreffen.

Nach sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 69 T€ schließt die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH das Geschäftsjahr 2022 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 24 T€ ab.

Im Rahmen der Prognoseberichterstattung des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2022 war von moderat steigenden Umsatzerlösen ausgegangen worden. Diese Prognose ist trotz der gesamtwirtschaftliche/gesamtgemeinschaftliche Anspannungen mit deutlich steigenden Umsatzerlöse eingetreten.

## b. Finanzlage

Die liquiden Mittel betragen zum Bilanzstichtag 1.035 T€ (Vorjahr: 378 T€).

Es bestehen Treuhandverbindlichkeiten in Höhe von 28.376 T€ (Vorjahr: 10.573 T€); hiervon 11.253 T€ (Vorjahr: 8.023 T€) aus dem Kreditrahmenvertrag mit der NRW.BANK. Die zugeflossenen Mittel wurden insbesondere für Grundstückskäufe im Rahmen der Projektentwicklung zweckentsprechend verwendet.

## c. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH zum 31.12.2022 beträgt 31.631 T€ (Vorjahr: 12.219 T€).

Die Erhöhung der Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Treuhandverbindlichkeiten von 10.573 T€ um 17.803 T€ auf 28.376 T€. Ursächlich hierfür ist insbesondere die weitere Inanspruchnahme der Mittel aus dem Kreditrahmenvertrag mit der NRW.BANK. Korrespondierend hierzu sind die unter den Forderungen gegen Gesellschafter ausgewiesenen Erstattungsansprüche gegen die Treugeber angestiegen.

Das Eigenkapital beträgt 332 T€ (Vorjahr: 307 T€). Dies entspricht, bezogen auf die Bilanzsumme, einer Eigenkapitalquote von rund 1 %. Zum Bilanzstichtag bestehen Treuhandverbindlichkeiten aus dem Kreditrahmenvertrag mit der NRW.BANK in Höhe von 11.253 T€ (Vorjahr: 8.023 T€), welche unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden.

## d. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren haben sich im abgelaufenen Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	2022 (T€)	2021 (T€)	Veränd. T€	Veränd. %
Umsatzerlöse	4.023	3.526	497	14
Unfertige Leistungen	112	110	2	2
Jahresergebnis	24	7	17	243

Insgesamt beurteilen wir die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als zufriedenstellend.

## 3. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

### 3.1 Chancenbericht

Durch das attraktive Geschäftsmodell des Gesellschafterbeitritts und des ungebrochen großen Interesses der kommunalen Akteure an einem Gesellschaftsbeitritt, besteht die Chance auf Betrauung mit weiteren Projekten. Zudem wird durch die Aufnahme weiterer Gesellschafter der Kreis der potenziellen Auftraggeber für weitere Projekte dauerhaft erhöht. Die zur Hebung dieser Chancen zusätzlich erforderlichen Ressourcen kann die NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH flexibel über ihren Geschäftsbesorger zuführen. Die Ertragslage der Gesellschaft kann sich hierdurch nachhaltig verbessern.

### 3.2 Risikobericht

Die anhaltenden Krisen-Lagen und die dadurch verursachten Auswirkungen auf kommunaler Seite können weitere zeitliche Verzögerungen im Projektablauf der Flächenentwicklungsprojekte hervorrufen. Der erkennbar zurückgehende Immobilienmarkt mit einer reduzierten Nachfrage nach Wohngrundstücken wird erste Auswirkungen auf die Dynamik der Umsetzung der Flächenentwicklungsprojekte haben. Auf Grund des Geschäftsmodells bestehen keine grundlegenden Projektrealisierungsrisiken, sondern lediglich Risiken auf zeitverzögerte Umsätze im Einzelfall.

Weitere Risiken werden aktuell nicht gesehen. Insgesamt wirken sich die Risiken nur mittelbar auf den Geschäftsverlauf der NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH aus.

### 3.3 Prognosebericht

In 2023 wird die Gesellschaft die Tätigkeiten in den bestehenden Projekten auf Grund des Projektzyklus intensivieren. Durch das anhaltende Interesse der Kommunen an den Förderangeboten des Landes Nordrhein-Westfalen, insbesondere der kooperativen Baulandentwicklung, sowie der weiter wachsenden Zahl der Gesellschafter ist von der Betrauung mit weiteren Projekten auszugehen.

Insgesamt werden für 2023 moderat steigende Umsatzerlöse bei gleichbleibender Vermögens- und Finanzlage erwartet. Es wird ein positives Jahresergebnis auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2022 erwartet.

## Organe und deren Zusammensetzung

### Geschäftsführung

Herr Henk Brockmeyer, Bochum, Geschäftsführer NRW.URBAN Service GmbH (Dortmund), kaufmännische Bereiche Konzepte und Entwicklung,

Herr Ludger Kloidt, Krefeld, Geschäftsführer NRW.URBAN Service GmbH (Dortmund), Projektmanagement und Planung, Steuerung, Bau.

## Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Es ist kein Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen vorhanden.

## Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor, da die Gesellschaft keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

### 3.5 Übersicht Prüfungsgesellschaften

Beteiligung	Prüfungsgesellschaft
Stadtwerke Meerbusch GmbH	RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft
Stadtwerke Service Meerbusch Willich GmbH & Co. KG	RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft
Stadtwerke Service Meerbusch Willich Verwaltungs GmbH	RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft
MWEnergy GmbH	RSM GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft
STEAG Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG Jamlitz (seit dem 29. August 2023 Iqony Windpark Ullersdorf GmbH & Co. KG)	Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Verkehrsgesellschaft Kreis Neuss MBH	Dr. Glade, König & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerbera- tungsgesellschaft Neuss
IT Kooperation Rheinland D-NRW AÖR	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Südwestfalen-Revision GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Lokalradio Kreis Neuss GmbH & Co. KG GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Kreis Viersen AG	BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Verband der Wohnungs- und Immobilienwirt- schaft Rheinland Westfalen e.V.
NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH	BDO Concunia GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft